

NACHRICHTEN

20. JUN 1980
Freie Universität Berlin
BIBLIOTHEK II

ZUR WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITIK

GEWERKSCHAFTSSPIEGEL · INFORMATIONEN UND KOMMENTARE

Frankfurt/M., Juni 1980

Einzelpreis 3.- DM

XX. Jahrgang

D 3476 EX

6/80

Gegen den Willen der IG Metall, der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen sowie der IG Druck und Papier hat der DGB-Bundesvorstand beschlossen, zur bevorstehenden Bundestagswahl auf Wahlprüfsteine zu verzichten. Statt dessen soll, wie zu hören ist, das im Sommer verabschiedete Aktionsprogramm als Meßlatte an Kandidaten und Parteien angelegt werden. Abgesehen davon, daß das Aktionsprogramm keine klar und exakt formulierten Prüfsteine ersetzen kann, fehlt neben anderen Unzulänglichkeiten auch die Frage an Parteien und Kandidaten: Wie stehst du zu Frieden, Abrüstung und Entspannung?

Wer den Mitte Mai in Westberlin stattgefundenen Parteitag der CDU und da besonders die Rede des Unions-Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß aufmerksam verfolgt und auch das dort verabschiedete Wahlprogramm gelesen hat, dem konnte nicht verborgen bleiben, daß das Hauptziel der CDU/CSU ist, Unternehmerpolitik zu betreiben. Da müssen natürlich solche gewerkschaftlichen Forderungen wie z. B. die 35-Stunden-Woche auf der Strecke bleiben. Angesichts dieser Tatsache ist es mehr als unverständlich, wenn der DGB auf Prüfsteine verzichtet. Noch seltsamer

wird jedoch die ganze Sache, wenn man erfährt, daß der DGB-Landesbezirk Nordmark die Gewerkschafter dazu aufgerufen hat, im Wahlkampf gegenüber Strauß politische Abstinenz zu üben. Diese Anweisung steht auch in direktem Gegensatz zu den Aussagen führender Gewerkschaftsfunktionäre. So erklärte Hans Preiss, Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der IG Metall, auf einer DGB-Kreisdelegiertenkonferenz in Frankfurt, daß man nicht mit der Reaktion, die durch Strauß verkörpert werde, Frieden schließen könne. Und Leonhard Mahlein, Vorsit-

Parteien sollten vom DGB gemessen werden

zender der IG Druck und Papier, sagte, daß Strauß nicht nur das „Programm der sozialen Demontage“ verkörpere, sondern die Offensive der konservativen Kräfte gegen die Gewerkschaften und ihre Forderungen anführe (siehe S. 15). Erinnert sei in diesem Zusammenhang an Stoibers Handlungsanleitung vom vergangenen Jahr zur Spaltung der Einheitsgewerkschaften.

Schließlich können die Gewerkschaften nicht darauf verzichten, die SPD und deren Kanzlerkandidaten Helmut Schmidt beispielsweise nach den Gründen zu fragen, die sie bewegen haben, sich für die Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik stark zu machen. Nachdenklich sollte auch die Tatsache stimmen, daß statt der Bekämpfung von Gewerkschaftsgegnern von verschiedenen Gewerkschaftsfunktionären das aus der Strauß- und Stoiberschen Sudelküche zusammengebraute Gespenst seiner kommunistischen Unterwanderung der Gewerkschaften als existent betrachtet wird und sogar DKP-Mitglieder in der Deutschen Postgewerkschaft und der Gewerkschaft Nahrung - Genuß - Gaststätten mit Funktionsverbot bedroht werden. Das liegt aber, wie geschichtliche Erfahrungen besagen, nicht im Interesse der Gewerkschafter. Die lachenden Dritten wären auf jeden Fall Strauß und sein Adlatus Stoiber.

Aus dem Inhalt:

- Zur DGB-Programmdiskussion: Abrüstung und Frieden haben Vorrang
Von Walter Fabian 2
- Abgeschlossene Lohnrunde vermittelt erste Erkenntnisse für 1981 5
- Kontroverse Diskussion um Leistungslohn für Angestellte 6
- Auch Memorandum '80 durchbricht konservatives Meinungsmonopol 9
- Bei Schichtdienstleistenden Krankenquote bis 30 Prozent/ Interview mit Oskar Rudolf, Bezirksleiter der DPG Hessen 10
-
- Leonhard Mahlein: Perspektiven für die achtziger Jahre DGB-Mitgliederstatistik Beschlüsse der IG-Metall-Jugendkonferenz 13-20
-
- NGG-Spitze übernimmt Empfehlung der DPG gegen DKP-Mitglieder 23
- Wahlprogramm der CDU/CSU gegen Gewerkschaftsforderungen 25
- Bundesrepublik - Eldorado für Wirtschaftsmanipulatoren 26
- Rentenanpassungsbericht 1980: Sozialrenten im Rückstand 28
- Verstärktes Engagement für Rüstungsbegrenzung 29
- Schwedens Unternehmer zum Rückzug gezwungen 30

Zur DGB-Programmdiskussion: Abrüstung und Frieden haben Vorrang

Von Walter Fabian

Auf dem 12. Weltkongreß des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG), der im November 1979 in Madrid tagte, wurde unter dem Titel „Prioritäten der 80er Jahre“ ein „Manifest des IBFG“ verabschiedet; dort heißt es u. a.: „Wirtschaftlicher, sozialer und gesellschaftlicher Fortschritt sind nur in einer Welt des gesicherten Friedens zu erhalten... Der IBFG wendet sich gegen die Auffassung, daß Wetrüsten eine Maßnahme der Friedenssicherung sei. Er setzt sich für die allgemeine kontrollierte Abrüstung und die Schaffung eines weltumspannenden Systems der kollektiven Sicherheit ein... Der IBFG wird weiterhin für die totale Ächtung der Kernwaffen eintreten...“

Weiter heißt es in dem Manifest: „Der IBFG befürwortet Maßnahmen der Friedens- und Konfliktforschung. Er wird Grundlagen schaffen für die künftige Bewältigung sozialer und wirtschaftlicher Folgen der Abrüstung. Er wird konstruktive Vorschläge entwickeln, wie die ungeheuren Mittel und das umfangreiche Produktionspotential, die heute in den Dienst der Rüstung gestellt sind, zu friedlichen Produktionszwecken umgestellt werden können und so zu einer Welt des Friedens beitragen.“

Das sind ja nun wahrlich ganz realistische Minimalforderungen. Ich wäre aber schon froh, wenn diese Sätze ungekürzt — und konkret auf die Situation und besondere Verantwortung der Bundesrepublik bezogen — im Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm des DGB ständen, und zwar am richtigen, weithin sichtbaren Platz. Leider ist das nicht der Fall.

Zunächst muß man schon ziemlich lange suchen, bis man überhaupt die zentrale Aussage des Programms zum Thema Abrüstung und Frieden gefunden hat. Schließlich sollen ja Millionen von Gewerkschaftern das Grundsatzprogramm lesen und nutzen, die nicht gewohnt sind, mit solchen Programmen umzugehen. Wichtiger ist aber natürlich, daß das Thema von der Sache her an einen ganz herausgehobenen Platz gehört, denn die Verwirklichung und Bewahrung aller durch die Gewerkschaften erstrittenen und künftig zu erkämpfenden gesellschaftlichen und sozialen Fortschritte steht und fällt ja mit der Doppelforderung: Abbau des wahnwitzigen Rüstens und Abwehr der Kriegsgefahr. Das muß in einem Grundsatzprogramm, das 1980 diskutiert wird und im März 1981 beschlossen werden soll und dann wohl bis zum Jahre 2000 (wenn die Menschheit das erlebt!) gelten wird, in ganz lapidaren Sätzen an einer Stelle stehen, die niemand übersehen kann. Also nicht (wie jetzt vorgesehen) irgendwo auf Seite 4 der 5 Sei-

ten umfassenden Präambel, sondern wie ein Motto am Anfang oder wie ein Schlußwort am Ende dieses Grundsatzkapitels des Grundsatzprogramms. Ich bitte alle Kollegen, das nicht für eine Äußerlichkeit zu halten. So wie bekanntlich der Ton die Musik macht, so bestimmt auch der Platz einer Forderung ihren Stellenwert. Und daß Abrüstung und Frieden Priorität haben und die Voraussetzung für alles andere sind, das kann gar nicht deutlich genug gemacht werden.

Sodann macht mich ein Vergleich stutzig zwischen dem Grundsatzprogramm von 1963, das zur Zeit noch gilt, und dem Entwurf des künftigen Grundsatzprogramms. Da zeigt sich nämlich, daß an der damaligen wahrlich nicht glanzvollen Fassung außer zwei oder drei Worten überhaupt nichts geändert, nichts weiterentwickelt, nichts ergänzt.

Postjugend für Abrüstung

Einen umfangreichen Beschluß zur Abrüstung faßte die vom 15. bis 17. Mai in Ludwigshafen stattgefundene Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft (DPG). Unter anderem wird gefordert:

- „Keine Stationierung von Mittelstreckenraketen, Marschflugkörpern und sonstigen Atomwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland und der übrigen europäischen Länder
- Protest an den US-amerikanischen Kongreß wegen der Verzögerung der Ratifizierung des SALT-II-Abkommens.
- Sofortiger Beginn der SALT-III-Verhandlungen.
- Die Verhandlungen über den Truppenabbau in Europa aktiv zu unterstützen und erfolgreich zu Ende führen.“

nichts neu formuliert worden ist! Nun kann man natürlich mit Recht sagen, daß es sich hier um ein „uraltetes“ Thema handelt, das schon in der Frühzeit der Arbeiterbewegung brennend war und deshalb schon im 19. Jahrhundert in den Programmen, auf den Kongressen und in den Aktionen der Gewerkschaften und der Arbeiterparteien herausgestellt und diskutiert worden ist. Genau das, diese hundertjährige Tradition, sollte uns ja auch in dieser Frage aufrütteln und verpflichten! Aber andererseits muß man doch fragen: Ist denn in den fast zwei Jahrzehnten seit der damaligen Diskussion über ein Grundsatzprogramm nichts geschehen? Ist das Problem „Rüstung und Kriegsgefahr“ nicht noch viel brennender geworden? Müßte das nicht gesagt werden, und zwar in einer Sprache, die die Menschen aufrüttelt?

Eine weitere Anmerkung: Das Programm nennt ein paar Forderungen der Gewerkschaften zum Thema Abrüstung und Frieden (in sehr allgemeinen Formulierungen), aber es sagt nicht, was der DGB — die weitaus größte Organisation unseres Landes! — tun will, um sie zu verwirklichen. Nun ja, wird mancher sagen, das gehört eher ins Aktionsprogramm. Darüber ließe sich diskutieren. Aber leider gibt es unter den 16 Kapiteln plus Präambel im Aktionsprogramm '79 keinen Absatz über Frieden und Abrüstung! Haben wir dazu wirklich keine Aktionspflichten, keine Aktionspläne? Das ist doch ganz schlimm! Wir wollen uns doch nicht etwa untätig darauf verlassen, daß die Diplomaten, die sogenannten Staatsmänner und die Apparate der Vereinten Nationen oder gar die NATO das Wetrüsten beenden und die Kriegsgefahr bannen werden?

Ich befürworte nachdrücklich den Vorschlag der Verwaltungsstelle Nürnberg der IG Metall (veröffentlicht in 5/80 der „Nachrichten“), einen neuen Abschnitt 23 mit dem Titel „Sicherheit und Abrüstung“ in unser künftiges Grundsatzprogramm einzufügen. Ebenso überzeugt mich der Änderungsvorschlag dieser Kollegen für den entsprechenden Abschnitt der Präambel. Auf diese Weise würde das zentrale Thema Abrüstung und Frieden so zur Geltung kommen, wie das unbedingt erforderlich ist. Ich hoffe sehr, daß sich die Gesamtheit der IG Metall, aber auch meine Gewerkschaft, IG Druck und Papier, und möglichst viele andere diese Doppelforderung zu eigen machen, eventuell mit Ergänzungen und noch schlagkräftigeren Formulierungen.

Damit wäre eine realistische Chance gegeben, den Entwurf, der ja das Ergebnis jahrelanger Kompromißbemühungen ist und deshalb nach meinen Erfahrungen von 1963 nicht mehr leicht zu ändern ist, diesen zentralen Punkt doch noch so zu formulieren und zu placieren, wie das seiner ungeheuren Bedeutung angemessen ist.

Nie wieder Faschismus - Nie wieder Krieg

In diesen Wochen wurden es 35 Jahre, daß mit dem Sieg über das faschistische Regime in Deutschland der zweite Weltkrieg zu Ende ging. Nie wieder Faschismus — nie wieder Krieg. Dieser Losung kommt gerade gegenwärtig besondere Aktualität zu. Denn die erneute Runde des Rüstungswettlaufs, die der Aufrüstungsbeschluß der NATO von Ende 1979 eingeläutet hat, bringt eine ungeheuerliche Gefährdung des Friedens mit sich. Das gilt in besonderem Maße für die Bundesrepublik.

Die Forderung nach Beendigung des Wetrüstens und nach Fortführung der Entspannungspolitik stand daher auch im Mittelpunkt der Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen, die Anfang Mai in verschiedenen Städten der Bundesrepublik stattfanden und an denen sich rund 70 000 Menschen beteiligten. In einer Erklärung des Mannheimer Kongresses, der am 10. und 11. Mai unter anderem von der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten

Hervorzuheben bleibt, daß die Sicherung des Friedens als eine der zentralen gewerkschaftlichen Forderungen auch auf verschiedenen Konferenzen der Einzelgewerkschaften, die gegenwärtig tagen, eine Rolle spielt. Den Gewerkschaften kommt hier eine besondere Verantwortung zu. Entsprechend forderte Ende April die Vertreterversammlung der IG Metall Nürnberg, daß über die Verabschiedung von Entschließungen hinaus Initiativen ergriffen werden. Es reiche nicht aus, heißt es in dem entsprechenden Antrag an den Gewerkschaftstag der IG Metall, wenn die Gewerkschaften nur alle drei oder vier Jahre auf ihren Kongressen allgemein gehaltene, gutgemeinte Entschließungen verabschieden, die keinen Gewerkschafter zu irgend etwas verpflichten. Über den Gewerkschaftstag sollen daher die gewerkschaftlichen Gremien aufgefordert werden, sich aktiv für Abrüstung einzusetzen. Es biete sich geradezu an, am 1. September, dem Antikriegstag, mit den gewerkschaftlichen Forderungen an die Öffentlichkeit zu treten.

In diesem Zusammenhang kommt auch den internationalen Kontakten der Gewerkschaften eine wachsende Bedeutung zu. Der Meinungsaustausch zwischen den Gewerkschaftsorganisationen der unterschiedlichsten Länder kann dazu beitragen, den Verständigungsprozeß und die Entspannungspolitik voranzutreiben.

Neben dem Aufruf zu gemeinsamen Handeln zur Sicherung des Friedens beinhaltet das Motto „Nie wieder Faschismus — nie wieder Krieg“ auch die Warnung vor den neofaschistischen Tendenzen in der Bundesrepublik. So stellte Fritz Karg, der DGB-Kreisvorsitzende in Mannheim, in seiner Rede auf der Kundgebung am 10. Mai fest, daß wirtschaftliche Krisen und Arbeitslosigkeit als Nährboden für die politische Reaktion und für den Faschismus auch gegenwärtig bekämpft werden müssen. Niemand habe vor 35 Jahren geglaubt, daß man nach dem Ende des zweiten Weltkrieges noch einmal zum Widerstand gegen neofaschistische Entwicklungen aufrufen müsse. Renate Bastian

Abrüstung

„Der Gewerkschaftstag fordert Vorstand, Bezirksleitungen und Ortsverwaltungen auf, künftig an jedem 1. September... und bei anstehenden gravierenden rüstungspolitischen Entscheidungen mit geeigneten organisationsinternen und/oder öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen auch gegenüber den Abgeordneten des Deutschen Bundestags und der Bundesregierung die gewerkschaftlichen Forderungen nach sofortiger Einstellung des Wetrüstens, nach Einfrieren der Rüstungshaushalte in allen Ländern, dem sofortigen Verzicht auf alle neuen Rüstungsprojekte in Ost und West mit Nachdruck zu vertreten.“

(Auszug aus dem Antrag der Verwaltungsstelle Nürnberg der IG Metall an den 13. ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall)

einberufen wurde, heißt es in diesem Zusammenhang: „Der Sieg über den Faschismus war vor allem Voraussetzung dafür, daß unser Kontinent 35 Jahre ohne Krieg erlebt hat. Damit sind alle in die Pflicht genommen, dieses wichtigste Gut heute nicht aufs Spiel zu setzen. Die Verträge zwischen den östlichen und westlichen Staaten Europas und die Konferenz von Helsinki haben die Perspektive eröffnet, vom Nichtkrieg zum dauerhaft gesicherten, durch Abrüstung und Zusammenarbeit untermauerten Frieden zu gelangen.“

Welche Elle?

Mitte Mai wurde bekannt, daß eine Mehrheit im DGB-Bundesvorstand zur diesjährigen Bundestagswahl keine Prüfsteine herausgeben will. Das ist ein ungewöhnlicher Verzicht darauf, sachliche Maßstäbe zu entwickeln, nach denen sich Gewerkschaftsmitglieder bei der Wahl einer politischen Partei orientieren können. In den zurückliegenden Wahlkämpfen hatte es sich jedenfalls als sehr nützlich erwiesen, wenn die Gewerkschafter in Diskussionen mit Vertretern politischer Parteien auf gewerkschaftliche Schwerpunktforderungen hinweisen und eine Stellungnahme abfordern konnten. Das umfangreiche Aktionsprogramm des DGB kann diese Funktion sicherlich nur notdürftig erfüllen.

Es ist jedoch nicht zu übersehen, daß bereits seit Monaten verschiedene Initiativen existieren, die Aussagen zur Bundestagswahl treffen und an denen sich auch Gewerkschaftsfunktionäre beteiligen. Sie haben durchweg die zentrale Stoßrichtung gegen einen eventuellen Bundeskanzler Strauß, der ja für ein gewerkschaftsfeindliches Programm steht. Ob solche Aussagen aber auch gleichzeitig eine Befürwortung der Politik der Bundesregierung beinhalten, ist umstritten. Die „Initiative gegen rechts! Stoppt Strauß“ nimmt von der Kritik auch die Bundesregierung nicht aus. Dagegen fordert die „Initiative Freiheit statt Strauß“, wenn auch unter vielen Bedenken, doch zur Wahl der SPD auf. Allemal wird aber aus diesen unterschiedlichen Stellungnahmen ersichtlich, daß gerade die aktuellen sozialen und politischen Probleme und auch die Lösungsvorschläge von Seiten der Parteien gerade von Gewerkschaftern verlangen, Position zu beziehen. Eine entsprechende Aufforderung traf auch die Jugendkonferenz der IG Metall. Und die Prüfsteine des DGB wären hierzu bestimmt dienlich gewesen.

Erstaunen muß aber eine weitere Wählerinitiative erregen, die unter dem Motto „Arbeitende Jugend für die SPD“ wirbt. Sie wird getragen von Gerd Andres, IG Chemie, Ingo Lehmann, IG Druck und Papier, Willi Kaminski, IG Bergbau und Energie, Hinrich Oetjen, Leiter der DGB-Bundesjugendschule in Oberursel, und Manfred Wilke, GEW-Landesgeschäftsführer in Nordrhein-Westfalen. Verantwortlich zeichnet Norbert Römer, Redakteur der Zeitschrift der IG Bergbau und Energie. Diese Gruppe trat bisher hauptsächlich gegen die stark gewerkschaftspolitisch orientierte Jugendarbeit der IG Metall auf. Es wäre sicherlich interessant zu wissen, was diese „undogmatischen“ Streiter wider die „Gremienarbeit“ nun zu Verfechtern von SPD- und Regierungspolitik macht. R. B.

Frontalangriff

Auf der Geschäftsführerkonferenz der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) wurde deutlich, wie systematisch die Unternehmerverbände die nächste Tarifrunde vorbereiten (siehe S. 25). Der Präsident der BDA, Esser, meinte, daß die letzte Tarifrunde, die bekanntlich gerade einen Ausgleich für die gestiegenen Preise und nur für Teile eine geringfügige Reallohnsteigerung brachte, insgesamt falsch gelaufen sei. Es ergebe sich daraus die Notwendigkeit, für das Jahr 1981 rechtzeitig Vorsorge und Vorbereitungen zu treffen, daß auf der Seite der Unternehmen die Voraussetzungen „für einen verantwortungsvollen Beitrag der Tarifpolitik zu Wachstum und Stabilität geleistet werden können“.

Damit kein Mißverständnis aufkommt, was darunter zu verstehen sei, meinte Esser, es müsse die Bereitschaft geweckt werden, „sich mit geringeren Erhöhungen des Realeinkommens zufriedenzugeben“. Objektiv gesehen, müßte „bei unserem hohen Wohlstandsniveau“ es leichter sein, „etwa notwendige Einschränkungen zu verkraften“. In den letzten Jahren hätten wir „über unsere Verhältnisse gelebt“. Im übrigen sei es notwendig, „mehr zu leisten, mehr zu produzieren und weniger zu fordern“.

H. Sch.

Wechsel im Bundesvorstand

Innerhalb des geschäftsführenden Bundesvorstandes des DGB hat es personelle Veränderungen gegeben, weitere sollen folgen. Ende Mai ist das für Tarifpolitik und Handwerk zuständige Bundesvorstandsmitglied Martin Heiss, 57, aus Gesundheitsgründen zurückgetreten. Inzwischen hat der DGB-Bundesausschuß die bisherige Leiterin der Abteilung Frauen im Bundesvorstand Irmgard Blättl, 51, als Nachfolgerin für Heiss gewählt. Beide Gewerkschafter sind Mitglieder der CDU. Allerdings wurde die Geschäftsverteilung geändert. Nach „Welt der Arbeit“ hat das bisher wichtigste Arbeitsgebiet von Heiss, die Tarifpolitik, die stellvertretende DGB-Vorsitzende Maria Weber, 60, ebenfalls CDU, übernommen.

Im September sollten weitere Rücktritte folgen. Wegen seines „schlechten Gesundheitszustandes“ wollte Karl Schwab, 59, zuständig für Jugend, Organisation ausländischer Arbeitnehmer und Kultur, seine Funktion niederlegen. An seiner Stelle sollte sich nach zuverlässigen Quellen der bisherige GEW-Vorsitzende Erich Frister, 53, zur Wahl

stellen. Schwab soll in der Zwischenzeit seine Rücktrittsabsichten korrigiert haben.

Diese Personalveränderungen haben innerhalb des DGB Kritik ausgelöst. Einmal sind viele Gewerkschafter besorgt, daß damit die für die Wahlen vorgesehenen Bundeskongresse unterlaufen werden. Zum anderen wird die Frage gestellt, ob mit dieser Art von Schnellschüssen bestimmte Gewerkschafter in Funktionen gelangen sollen, die möglicherweise auf einem Kongreß keine Mehrheit finden würden.

Ungehalten ist man auch über die erneut sichtbar gewordene Proporzpolitik. Wenn ein CDU-Mitglied aus dem Gremium ausscheidet, warum muß dann unbedingt wieder ein CDU-Vertreter folgen? P.

GLOSSE

Ein „neuer Sinn“

Wunderte sich ein Zuschauer, warum der Artist auf dem Hochseil, wo das Gehen sowieso schon schwierig ist, auch noch eine lange Stange mit sich schleppt. Als ihm gesagt wurde, daß er so besser die Balance halten könne, war ihm das sofort klar. So ist das im Leben. Manche einfache Wahrheit muß einem erst gesagt werden, damit man sie erkennt.

Auf der Geschäftsführerkonferenz der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) am 8. Mai in Westberlin war es Dr. Erdmann, BDA-Bundesgeschäftsführer, der eine solche einfache Wahrheit aussprach. Bei weniger als einer Million Arbeitslosen einerseits und Facharbeitermangel andererseits müsse man die Begriffe „Arbeitslosigkeit“ und „Vollbeschäftigung“ neu definieren. Er stelle sich die Frage, ob es nicht richtiger sei, von „Vollbeschäftigung im neueren Sinne“ zu sprechen.

Völlig richtig und die ideale Lösung des Problems! Neu definieren ließen sich so auch andere Begriffe. Angehts Berufsverbote, 5-Prozent-Klausel, Betriebsrätebeschnüffelung, Telefon- und Postüberwachung sowie Notstands-, Atomkraft- und Rüstungspolitik gegen den Volkswillen könnte man von „Demokratie im neueren Sinne“ sprechen. Das Bonner Wettrüsten wäre „Friedenssicherung im neueren Sinne“, der Olympiaboykott ein Beitrag zur „Entspannungspolitik im neueren Sinne“ usw.

Nun müßte man nur noch wissen, was die Erdmann-Theorie selbst ist. Bestimmt Volksverdummung im alten Sinne.

okulus

Vergessen?

Eben vorbei und schon vergessen. Diesen Eindruck kann man gewinnen, wenn man die Berichterstattung und die Auswertung der Veranstaltungen zum 1. Mai in den gewerkschaftlichen Zeitungen nachlesen will. Einen traurigen Rekord stellte hier die „Welt der Arbeit“, immerhin Wochenzeitung des DGB, auf. In der Ausgabe, die am 1. Mai selbst erschien, findet sich ein Hinweis auf diesen traditionellen Tag der Demonstration für gewerkschaftliche Rechte zwar bei der Eröffnung der Ruhrfestspiele. Man muß aber befürchten: Läge dieser Eröffnungstermin nicht genau am 1. Mai, fände der gewerkschaftliche Kampftag, der sich zum 90. Mai geöhrt hat, noch nicht einmal als Datum eine Erwähnung. Dagegen erhielten gleich mehrere CDU- und CSU-Politiker Gelegenheit zur Selbstdarstellung. Hans Preiss vom geschäftsführenden Vorstand der IG Metall stellte daher Ende Mai auf einer DGB-Kreisdelegiertenkonferenz in Frankfurt die Frage, wohin man eigentlich gekommen sei, wenn statt dessen „solchen Leuten, die unsere Kollegen Schriftsteller als Ratten und Schmeißfliegen bezeichnen, Platz in einem Gewerkschaftsorgan eingeräumt bekommen“.

Aber auch in den folgenden Ausgaben der „Welt der Arbeit“ findet sich kein Überblick über die Aktivitäten zum 1. Mai. Dabei hätte es von den zahlreichen Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen wahrlich genug Stoff für eine ausführliche Berichterstattung gegeben. Immerhin sprachen hier die führenden Repräsentanten des DGB und der Einzelgewerkschaften.

Aber es erscheint ein einziger Bericht über eine Demonstration in Bochum. Warum verschweigt auch die Gewerkschaftszeitung, was die bürgerliche Presse ohnehin unter den Teppich kehrt? Was Gerd Muhr, stellvertretender DGB-Vorsitzender, in Stuttgart vor mehreren tausend Kundgebungsteilnehmern sagte, ist jedenfalls nicht der „Welt der Arbeit“ zu entnehmen.

Und sicherlich wäre es für die Millionen Gewerkschaftsmitglieder auch einmal interessant gewesen, zu erfahren, auf welche Weise in den Städten der Bundesrepublik der 1. Mai gestaltet wurde. Insgesamt war zu beobachten, daß die traditionellen Demonstrationen und Kundgebungen immer häufiger ergänzt werden durch kulturelle Veranstaltungen, die zum Teil sogar mit eigenen Kräften durchgeführt werden. Der große Zuström bei der Eröffnung der Ruhrfestspiele am 1. Mai, an der über 50 000 Menschen teilnahmen, beweist, daß hierfür in der Gewerkschaftsbewegung ein großes Potential und viel Interesse besteht.

R. B.

Abgeschlossene Lohnrunde gibt erste Erkenntnisse für 1981

Bis auf die Tarifverträge in der chemischen Industrie wurden in den ersten fünf Monaten des Jahres 1980 für die überwiegende Mehrheit der Arbeiter und Angestellten neue Lohn- und Gehaltstarife abgeschlossen. Abgesehen von in ihren materiellen Auswirkungen kleineren Nebenleistungen bzw. dem Wirkwerden bereits früher vereinbarter tariflicher Leistungen — so z. B. in der Bauindustrie —, bewegen sich die Abschlüsse zwischen 6,3 Prozent im öffentlichen Dienst und 7,15 Prozent im Steinkohlebergbau. Die Mehrheit der Abschlüsse liegt bei oder leicht unter 7 Prozent.

Wenn man diese Ergebnisse an den Zielsetzungen der meisten Gewerkschaften mißt — Ausgleich für die Preissteigerungen, Anteil an der steigenden Produktivität, eine Umverteilung der Einkommen sowie eine soziale Komponente — so ist festzustellen, daß das gewerkschaftliche Ziel nicht unerheblich verfehlt wurde. Da die Preisentwicklung gegenwärtig 6 Prozent überschritten hat und auch wieder Wirkungen der Steuerprogression sichtbar werden, können die vereinbarten Tariflöhne und -gehälter, wenn sie in voller Höhe effektiv werden, die Preissteigerungen und Steuererhöhungen gerade ausgleichen oder allenfalls eine geringfügige Erhöhung der realen Löhne und Gehälter bewirken. Die Ergebnisse der enormen Produktivitätsentwicklung stecken die Unternehmer fast völlig in ihre eigenen Taschen. Von einer Umverteilung kann überhaupt nicht die Rede sein.

Die Zurückhaltung der Gewerkschaften in der letzten Tarifrunde wird, und dies ist auch nicht anders zu erwarten, von den Unternehmern und ihren Freunden auf ihre Weise „honoriert“. Der Vorsitzende des Sachverständigenrates, Sievert, lobte die Gewerkschaften. Sie hätten verstanden, daß sich die Verteilungsspielräume verengt hätten. Die Gewöhnung an geringere Reallohnzuwächse sei deutlich. Aber die Unternehmer wollen mehr. Sie wollen den erreichten sozialen Besitzstand angreifen.

Der Vorsitzende der IG Metall, Eugen Loderer, vermerkte daher auf der Konferenz des Bezirks Frankfurt seiner Gewerkschaft, daß das gewerkschaftliche Streben nach sozialem Fortschritt auf den geschlossenen Widerstand von politischem Konservatismus und unternehmerischer Restauration stoße. Die Unternehmer wollten die Umverteilung des wirtschaftlichen Fortschritts zugunsten der Gewinne. Dies sei nur über die Schwächung der gewerkschaftlichen Vertretungsmacht zu erreichen. Wörtlich sagte er: „Heute ist sogar das gewerkschaftliche Ringen um die Sicherung des Erreichten zum Gegenstand harter Auseinandersetzungen geworden.“

Wenn deshalb in Gewerkschaftskreisen verschiedentlich die Meinung geäußert wird, daß im Zentrum künftiger Tarifpolitik nicht mehr Prozente und Zehntelpennige stünden, so sollte ein Blick über unsere Landesgrenzen hinaus, so nach Schweden, uns eines Besseren belehren. Der Kampf um höhere Löhne und Gehälter wird weiter einen hohen Stellenwert behalten, da von dem erreichten Lohnniveau der Lebensstandard maßgeblich bestimmt wird. Dabei wird keinesfalls übersehen, daß auch andere Aktionsfelder, wie die Verkürzung der Arbeitszeit und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, an Bedeutung gewinnen werden. Sicherlich werden in der Mitgliedschaft

NGG-Aktion „Gerechter Lohn“

Zwei Tage lang diskutierten und berieten in Essen über 1000 Frauen, Mitglieder der Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, über ihr Verlangen nach „gerechter Eingruppierung und gerechtem Lohn“. Die unter diesem Motto durchgeführte Veranstaltung mit Teilnehmern aus der ganzen Bundesrepublik war der Auftakt für eine Aktion, die die Beschäftigten in der Nahrungs-, Genußmittel- und Gaststättenwirtschaft diesem Ziel näherbringen soll. Ruth Köhn, im geschäftsführenden Hauptvorstand zuständig für Frauenarbeit, forderte alle Frauen, die sich falsch eingestuft fühlen, zur Gegenwehr mit Hilfe ihrer Gewerkschaft auf.

De 1. Gewerkschaftsvorsitzende, Günter Döding, warf den Unternehmern vor, die Frau unverändert als „beschäftigungspolitisch variable Größe“ zu betrachten, die — je nach Konjunkturlage — in die Betriebe gelockt oder „wieder an den Kochtopf zurückgeschickt“ werde. Viele Frauen würden noch immer bei gleichwertiger Arbeit weniger verdienen als Männer.

Nach einer Kundgebung und Podiumsdiskussion am 15. Mai wurden am nächsten Tag die Probleme in drei Ar-

schon erste Gedanken über Forderungshöhe und Forderungsformen in der bevorstehenden Tarifrunde 1981 gemacht. Übereinstimmung wird darüber vorhanden sein, daß nichts falscher wäre, als jetzt dem Druck der Unternehmer nachzugeben. Die wichtigsten Eckdaten, die gegenwärtig zu erkennen sind, zeigen eine Preissteigerungsrate, die — wie schon gesagt — die 6 Prozent überschritten hat. Die Produktivitätssteigerung im volkswirtschaftlichen Maßstab wird sich um die 3 Prozent bewegen. Auch der in diesem Jahr nicht realisierte Umverteilungsanspruch wird sicherlich weiter bestehen bleiben. Neu ist, daß 1980 die Lohnsteuer schon wieder stärker steigt als die Bruttolohnsumme. Dies zeigt, daß die Steuerprogression wieder wirkt und dadurch die abgeschlossenen Tarifverträge mindestens um einige Zehntelprozentpunkte zusätzlich entwertet werden.

Aus alledem ergibt sich, daß Vorstellungen, die davon ausgehen, daß auch in der nächsten Tarifrunde die Forderungshöhe wieder zweistellig sein müßte, keineswegs illusionär sind. Des Weiteren kann davon ausgegangen werden, daß die soziale Komponente, die in diesem Jahr nicht oder nur andeutungsweise durchgesetzt werden konnte, d. h. das stärkere Anheben der unteren Lohngruppen, auch in der nächsten Tarifrunde wieder zur Diskussion anstehen wird.

Heinz Schäfer

beitsgruppen diskutiert. Bei kritisch engagierter und sachkundiger Moderation durch Carola Sommery vom Westdeutschen Rundfunk wurden von vielen Gewerkschafterinnen in der Podiumsdiskussion den anwesenden Unternehmerrepräsentanten Arend Oetker (Verband Nahrung und Genuß) und Joachim Schwahn (Zigarettenindustrie) scharfe Vorhaltungen wegen der Frauendiskriminierung in den Betrieben gemacht. Die Frauen qualifizierten die Diskriminierung als Mittel zur höheren Profiterlangung.

In erster Linie seien an der Zurücksetzung der Frauen im Erwerbsleben die gesellschaftlichen Verhältnisse schuld, in denen ihnen bestimmte und feststehende Rollen zugewiesen würden. Dies sei eine wesentliche Erkenntnis in der Arbeitsgruppe gewesen, die sich mit Eingruppierung und Entlohnung beschäftigt habe, erklärte der NGG-Betriebsvorsitzende von Niedersachsen, Niebrügge, in seinem Bericht vor dem Plenum. Die Betriebsräte müßten jedoch auch mutiger bei der Fraueneingruppierung von ihren Rechten und Möglichkeiten nach dem Betriebsverfassungsgesetz Gebrauch machen.

G. S.

Kontroverse Diskussion um Leistungslohn für Angestellte

Wie bereits kurz berichtet, hat sich die 10. Angestelltenkonferenz der IG Metall im März dieses Jahres, neben vielen anderen „heißen Eisen“, mit der Frage der Leistungsentlohnung für Angestellte beschäftigt. Auf DGB-Ebene gibt es hierzu bereits seit geraumer Zeit Kontroversen, die sich allerdings nur auf den Teilaspekt: Prämien-systeme in Schreibdiensten, in der Datenerfassung usw. — ja oder nein? beziehen. Die ÖTV lehnt solche Vereinbarungen mit der Begründung strikt ab, es handle sich hier um gesundheitsschädliche und entsolidarisierende Antreibersysteme, die nur die Konkurrenz unter den Beschäftigten förderten.

Funktionäre der IG Metall haben in der Vergangenheit dagegehalten, daß die Unternehmer gegebenenfalls auch ohne Geldprämien durch Psychotechniken und Vergabe von Statussymbolen die Konkurrenz anheizen und die Beschäftigten zu „freiwilligen“ Mehrleistungen anstacheln — ohne daß Betriebsrat und Gewerkschaft Einfluß nehmen können. Allerdings ist die Meinungsbildung dazu auch in der IG Metall keineswegs abgeschlossen, wie die lebhaft und kontroverse Diskussion in der Arbeitsgruppe 2 mit dem Titel „Akkord im Büro durch Einsatz neuer Technologien — soziale Folgen und gewerkschaftliche Gegenstrategien“ bewies.

Unumstritten ist die Einschätzung der gegenwärtigen Probleme:

● In einer Vielzahl von Betrieben sind Organisationsabteilungen oder Betriebsberatungsunternehmen dabei, die Arbeitsabläufe der Angestellten zu „durchleuchten“, um Daten über das Leistungsverhalten zu gewinnen, die Arbeit zu vereinfachen, zu „straffen“ und die Leistung zu verdichten — bei gleichbleibendem Gehalt, versteht sich. Will der Betriebsrat einhaken und seine Mitbestimmung geltend machen, so wird stereotyp versichert, die Arbeitsablaufuntersuchungen dienen lediglich internen Kalkulationszwecken. Weder sollten die Angestellten kontrolliert werden, noch hätte das etwas mit der Entlohnung zu tun. Das ändert natürlich nichts daran, daß die Leistungsabforderung ständig steigt. Es werden den Angestellten Termine gesetzt, „Zielzeiten“, „Richtzeiten“, Pensen usw. Die „natürliche Fluktuation“ wird nicht mehr ersetzt. Darüber, daß bei Urlaub oder Krankheit die verbleibenden Kollegen die Arbeit der Abwesenden mitmachen, redet man erst gar nicht. Die Betriebsräte stehen mit dem Rücken an der Wand, vereinbaren bestenfalls Regelungen, in denen sich Geschäftsleitungen verpflichten, die so gewonnenen Leistungsdaten nicht zur individuellen Leistungsüberwachung oder Gehaltsfindung zu nutzen. Dabei wissen sie aber ganz genau, wie es ein

Teilnehmer treffend formulierte, „daß die Daten vorhanden sind, daß die Vorgabezeiten entweder ganz offen oder in der Schublade des Vorgesetzten vorhanden sind“.

● Der nächste Schritt ist die Einführung computerunterstützter Informationssysteme, die über automatische Maschinenprotokolle, automatische Passiersysteme, Personalinformationssysteme usw. die ständige totale Überwachung der Beschäftigten und ihres Leistungsverhaltens, d. h. also den „gläsernen Menschen“ ermöglichen.

● Das alles ist möglich, weil der „Entlohnungsgrundsatz Gehalt bzw. Zeitlohn“ eben nicht definiert ist. Es steht nirgends, wieviel Leistung der Unternehmer dem einzelnen Angestellten für sein Gehalt abverlangen kann, und es steht auch nirgendwo, daß Betriebsrat oder Gewerkschaft bei der Festlegung der Leistungshöhe mitzubestimmen haben, so wie es im Akkordbereich bei den gewerblichen Kollegen der Fall ist.

Damit hängt es auch zusammen, daß es seit geraumer Zeit eine Tendenz der Unternehmer gibt, vom Leistungslohn auf den Zeitlohn umzusteigen. Ein Teilnehmer berichtete, daß vor 20 Jahren noch 80 Prozent der Kollegen in den Betrieben im Akkord arbeiteten, während es heute nur noch 50 Prozent seien. Die Situation wird noch weiter dadurch verschärft, daß in den bestehenden Tarifverträgen eine enge Kopplung von Eingruppierung, sprich: Geld, an die vom Unternehmer bestimmten Arbeitsbedingungen oder Qualifikationsabforderungen besteht. Verändert der Unternehmer die Anforderungen, wird also beispielsweise die Arbeit vereinfacht, so ist es rechtlich nach diesen Eingruppierungsmerkmalen möglich, eine Abgruppierung vorzunehmen — obwohl möglicherweise gleichzeitig die Leistung des Angestellten steigt.

Diese Probleme sind allgegenwärtig und unstrittig. Kontrovers ist allerdings die Frage, was man dagegen tun sollte. Ist es möglich, die Erhebung und Verwendung von Leistungsdaten

zur ständigen Leistungssteigerung tatsächlich zu verhindern? Vertreter der Tarifabteilung in der Arbeitsgruppe (aber nicht nur sie allein) hielten dies für unrealistisch. Sie schlugen eine Doppelstrategie vor:

1. Definition der Entlohnungsgrundsätze: Der Entlohnungsgrundsatz Zeitlohn soll für Arbeitnehmer gelten, denen keine Mengenleistung abverlangt wird, aber dann darf es auch keinerlei Zwänge durch Arbeitsablauf, Arbeitsverfahren, Organisation, Aufsicht, Vorgaben, technische Geräte usw. geben — das heißt, solche Arbeitsplätze sind praktisch nicht vorhanden. Alle anderen Beschäftigten würden dann unter den Entlohnungsgrundsatz Leistungslohn fallen. Dabei schlägt die Tarifabteilung vor, detaillierte Vereinbarungen über die Entlohnungsmethode und die Zuordnung von Leistung und Entgelt durch Betriebsvereinbarungen zu regeln.

Die zu erbringende Leistung soll „sittlich, sozial und biologisch zumutbar“ sein, wobei zu betonen ist, daß Leistungsentlohnung nicht automatisch ein Leistungsanreizsystem nach dem Motto: Mehr Leistung, mehr Geld sein muß. Ziel ist vielmehr die Definition und Begrenzung von Leistungsmengen, die Einführung zusätzlicher Erholzeiten, Arbeitszeitbeschränkungen usw. — unter voller Mitbestimmung der Betriebsräte —, das ist das strategische Ziel.

2. Der zweite Ansatzpunkt ist die Schaffung einer neuen „Entgeltdifferenzierung“, d. h. einer neuen Betrachtungsweise menschlicher Arbeitskraft mit dem Ziel, den materiellen und sozialen Status der Beschäftigten von der einseitigen Verfügungsgewalt der Unternehmer über die technisch-organisatorischen Arbeitsbedingungen zu lösen. Angestrebt werden deshalb gemeinsame Entgelttarifverträge für Arbeiter und Angestellte, die zu einer stärkeren Abkoppelung von Entgelt und sozialem Status von den Tätigkeitsanforderungen führen.

Die lebhafteste Diskussion über diese Vorstellungen zeigte, daß sie noch keineswegs in den Organisationen verankert sind. Die einen wandten beim Stichwort Leistungsentlohnung für Angestellte sofort ein: „Akkord ist Mord“, und man möge doch die Fehler aus dem Arbeiterbereich nicht im Angestelltenbereich wiederholen. Wieder andere schienen nur darauf aus zu sein, die Mehrleistung der Angestellten über ein Lohnanreizsystem mit Geld zu honorieren.

Die Kontroverse wird sowohl innerhalb der IG Metall wie im DGB sachlich ausdiskutiert werden müssen, denn niemand bestreitet, daß die Unternehmer die Leistungsschraube ständig weiter anziehen. Frage ist nur, wie sie daran wirksam gehindert werden können. H. R.

Warnstreiks gaben den Ausschlag

Eine weitgehende Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten bei den allgemeinen Arbeitsbedingungen haben die IG Metall und der Verband der Metallindustrie Mitte Mai für die 130 000 Beschäftigten in der Metallindustrie von Südwürttemberg-Hohenzollern erzielt. Dem Abschluß gingen weit über 12 000 Arbeitsniederlegungen voraus; am fünften und letzten Verhandlungstag waren es allein 10 000 Beschäftigte in 20 Betrieben in Albstadt, Reutlingen, Schramberg, Tübingen, Villingen-Schwenningen und Friedrichshafen. Unterschriften- und Protestaktionen spiegelten eine hohe Anteilnahme der Beschäftigten in den Betrieben wider.

Die neue Vereinbarung bringt vor allem Verbesserungen bei den Kündigungsfristen, der Regelung der Arbeitsunfähigkeit und bei Kurzarbeit für die gewerblichen Beschäftigten. IGM-Bezirksleiter Franz Steinkühler führte das gute Ergebnis vor allem „auf die neue Beweglichkeit“ der IG Metall zurück. Nur unter dem massiven Druck aus den Betrieben, unterhalb eines nach Urabstimmung ausgerufenen Streiks, sei der Abschluß möglich gewesen. Die Kündigungsfristen für Arbeitnehmer mit fünfjähriger Betriebszugehörigkeit werden ab 1. Januar 1981 an die der Angestellten angeglichen. Ab diesem Zeitpunkt hat z. B. ein Arbeiter, der 12 Jahre in einem Betrieb arbeitet, einen Kündigungsschutz von sechs Monaten; bisher drei Monate.

Als einen Erfolg, der noch über die entsprechende Vereinbarung vom Okto-

ber 1979 in Nordwürttemberg-Nordbaden hinausgeht, wertet es die IG Metall, daß alle Arbeiter bei Kurzerkrankungen unter drei Tagen in Zukunft keine Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung mehr bringen müssen. Dies galt bisher nur für Angestellte. Gerade bei diesem Punkt seien die Unternehmer besonders hartnäckig gewesen.

In Zukunft sollen Arbeiter bei längerer Krankheit auch einen Zuschuß des Unternehmers zum Krankengeld bis zu 14 Wochen erhalten. Für Angestellte und Arbeiter beträgt er nun hundert Prozent. Für beide Arbeitnehmergruppen besteht jetzt bei der Pflege eines erkrankten Kindes über acht, aber unter 14 Jahren Anspruch auf bis zu fünf Arbeitstage Freistellung „unter Fortzahlung des Arbeitsentgelts“ für jedes Kind. Bei Erkrankungen von Kindern unter acht Jahren wird über die Vergütung der Krankenkasse hinaus die Differenz zum Nettoeinkommen bezahlt.

Eine Gleichstellung mit den Angestellten ist auch bei Kurzarbeit erreicht worden. Hier muß künftig zum gekürzten Lohn oder Gehalt und Kurzarbeitergeld ein Ausgleich bis zu 80 Prozent des vereinbarten Monatseinkommens bezahlt werden.

Für notwendige Arztbesuche und ärztlich verordnete Behandlung während der Arbeitszeit, bisher Streitpunkt, müsse jetzt in jedem Fall die ausgefallene Zeit bezahlt werden. Falls der Unternehmer die Notwendigkeit anzweifelt, muß er sich beim Arzt erkundigen.

IG Chemie ging in die Schlichtung

Die Tarifbewegung in der chemischen Industrie brachte bis Redaktionsschluß dieser Ausgabe kein Ergebnis. Drei Verhandlungsrunden in den größten Tarifbezirken waren am Widerstand der Unternehmer gescheitert; die Gewerkschaft rief die Schlichtungsstelle an. Die ersten Schlichtungsverhandlungen wurden auf den 6. Juni im Bezirk Nordrhein und 11. Juni im Bezirk Rheinland-Pfalz festgelegt.

Die IG Chemie-Papier-Keramik hatte die Lohn- und Gehaltstarifverträge in den Tarifbezirken Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz zum 30. April gekündigt, in den übrigen Bezirken zum 31. Mai bzw. 30. Juni. Die Forderung lautet: Erhöhung der Laborantengehälter um 8,2 bis 9 Prozent, wobei der sich ergebende DM-Betrag auf die vergleichbaren Gruppen der Angestellten und Facharbeiter übertragen werden

soll. Das würde zu Lohn- und Gehaltserhöhungen zwischen 8,6 und 11,2 Prozent führen. Auf diese Weise will die Gewerkschaft ihrem erklärten Ziel, ein gemeinsamer Entgelttarifvertrag für Arbeiter und Angestellte, näherkommen.

Die Chemie-Unternehmer hatten nur 6 Prozent und eine „Strukturverbesserung“ von 0,2 Prozent geboten. Die IG Chemie erklärte daraufhin am 19. Mai in Nordrhein und am 20. Mai in Rheinland-Pfalz die Verhandlungen für gescheitert und rief die Schlichtung an. Im Bezirk Hessen wurde nach der zweiten Verhandlung am 27. Mai als neuer Verhandlungstermin der 7. Juni genannt. Offensichtlich gehen beide Seiten davon aus, daß die für den 6. Juni angesetzte Schlichtung in Nordrhein zu einem Ergebnis führt, das man möglicherweise zu übernehmen gedenkt. G. S.

Neuer Mantel

Inzwischen liegen die ersten Erfahrungen vor, die die Gewerkschaft Textil — Bekleidung und die Beschäftigten mit dem neuen Manteltarifvertrag für die Bekleidungsindustrie gesammelt haben.

Denn erst nach jahrelangen Bemühungen war es gelungen, für diesen Industriezweig neue tarifvertragliche Regelungen zu erreichen, die nun seit dem 1. Januar 1980 in Kraft sind. Nach Angaben der GTB hat dieser Tarifvertrag zum Inhalt, Lohn und Leistung in ein solches Verhältnis zu bringen, daß die materiellen Ansprüche der Beschäftigten gewährleistet werden, ohne die Gesundheit zu gefährden. Insofern soll er auch als ein Beitrag zur Humanisierung der Arbeit verstanden werden.

Herzstück der neuen Vereinbarungen sind die Akkordbestimmungen. Akkorde müssen zwischen Betriebsrat und Betriebsleitung schriftlich so vereinbart werden, daß bei Normalleistung der Akkordrichtsatz verdient wird. Hierzu legt der Tarifvertrag fest: „Normalleistung ist die Leistung, die von einem hinreichend geeigneten Arbeitnehmer nach ausreichender Übung und Einarbeitung mindestens erreicht werden kann, ohne daß die Gesundheit und Arbeitsfähigkeit auf die Dauer gefährdet wird.“ Auf Verlangen sind dem Betriebsrat alle Berechnungsunterlagen zur Verfügung zu stellen. Auf seinen Antrag hin sind neue Kontrollaufnahmen durchzuführen. Alle Akkorde müssen auch den Beschäftigten zusammen mit einer Arbeitsbeschreibung bekanntgegeben werden. Oberhalb der Normalleistung steigt der Verdienst proportional zum Mengenergebnis. Erreicht ein Beschäftigter bei einer Veränderung seiner Arbeitsaufgabe nicht unmittelbar seinen bisherigen Lohn, so muß ihm eine ausreichende Einarbeitungszeit zugestanden werden, deren Dauer mit dem Betriebsrat vereinbart wird.

Außerdem wurden Kurzpausen vereinbart, die bei einer regelmäßigen täglichen Arbeitszeit von acht Stunden insgesamt 30 Minuten betragen. Diese bezahlten Erholzeiten dürfen nicht auf die Pausen nach der Arbeitszeitordnung angerechnet werden und nicht am Anfang oder Ende der Arbeitszeit liegen. Über die Anzahl der Kurzpausen und ihre zeitliche Verteilung treffen der Betriebsrat und die Betriebsleitung schriftliche Vereinbarungen. Aufgrund der bereits aus früherer Erprobung gewonnenen Erfahrungen schlägt die Gewerkschaft Textil-Bekleidung dreimal zehn Minuten Pause vor. Diese Einteilung gilt unter arbeitsmedizinischen Gesichtspunkten als optimal. Zugleich werden die Leistungen über die gesamte Schichtdauer gleichmäßiger und leichter überschaubar. R. B.

Durch Warnstreiks einen Schritt vorwärts

Mitte Mai wurden die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des hessischen Verkehrsgewerbes erfolgreich abgeschlossen. Wie die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) mitteilte, erhöhten sich die Löhne zwischen 11,5 und 11,9 Prozent und die Gehälter zwischen 7,2 und 13,6 Prozent. Einheitlich um 40 DM für alle Auszubildenden steigen die Vergütungen. Nach Auffassung der ÖTV war dieses Ergebnis nur möglich, weil in zahlreichen Betrieben durch Warnstreiks die gewerkschaftliche Verhandlungsposition unterstützt wurde. Unter dem Eindruck dieser Warnstreiks sahen sich die Unternehmer gezwungen, einen Schritt zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu machen.

6,6-Prozent-Abschluß in Bekleidungsindustrie

Rückwirkend ab 1. Mai erhalten die rund 236 000 Beschäftigten der Bekleidungsindustrie um 6,6 Prozent höhere Löhne und Gehälter. Zusätzlich um 2 bis 5 Pfennig heraufgesetzt werden die Zeitlohnsätze und die Jahressonderzahlung von 40 auf 45 Prozent eines Monatseinkommens angehoben. Dieser Tarifvertrag gilt nicht für die knapp 25 000 Bekleidungsarbeiter im Tarifbezirk Nordrhein. Diese fordern eine Angleichung der Löhne an die des Tarifbezirks Westfalen. Damit soll bereits ein seit den 60er Jahren entstandener Rückstand ausgeglichen werden.

Zusatzleistungen für leitende Angestellte

Durch Zusatzleistungen an leitende Angestellte unterlaufen die Unternehmer die Wirkungen der fortschreitenden Inflation und der Steuerprogression. Dies berichtet die Kienbaum-Unternehmensgruppe. Die „Frankfurter Allgemeine“ charakterisiert diese „Ausweichstrategie“ als ein „Zurück zur Naturalwirtschaft“. Das Ziel sei „geldwerte“, aber steuerfreie oder zumindest steuerbegünstigte Sachleistungen. Hierzu zählen die Übernahme der Fahrtkosten zur Arbeitsstätte durch den Unternehmer, großzügige Spesenabrechnung, Überlassung eines Firmenwagens auch zur privaten Nutzung, Bereitstellung einer Wohnung oder einer Villa, deren Miete unter der ortsüblichen Vergleichsmiete liegt, Ersatz der Repräsentationskosten. Übernahme eines Teils der privaten Telefonkosten und Abschluß einer Lebensversicherung und Zahlung der Versicherungsprämien durch den Unternehmer.

Für Hamburgs Glaser mehr Lohn und Urlaub

Die IG Bau – Steine – Erden hat für Hamburgs Glaser einen neuen Lohn- und Gehaltstarifvertrag sowie einen Rahmentarifvertrag abgeschlossen. Danach steigen die Löhne und Gehälter um 6,9 Prozent. Stufenweise wird der Urlaub auf 30 Arbeitstage angehoben. Ebenso auch das 13. Monatseinkommen bis zu seiner vollen Höhe.

MTV-Verhandlungen bisher ohne Ergebnis

Auch in der vierten Runde blieben die Manteltarifverhandlungen für Redakteure an Tageszeitungen ohne Ergebnis. Die Vertreter des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger weigerten sich, über eine Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit zu verhandeln. Bei fortbestehender unbegrenzter Arbeitszeit boten sie statt dessen in einem über vier Jahre laufenden Stufenplan eine für die Redakteure und ihre Organisationen nicht akzeptable Freizeitregelung. Bekanntlich fordert die Deutsche Journalisten-Union (dju) in der IG Druck und Papier auch für diese Beschäftigten die Fünftagewoche, wie sie bereits 94 Prozent aller Beschäftigten der Bundesrepublik haben.

Auch außertarifliche Sonderzahlung gesichert

Ende Mai kam es für die Beschäftigten des genossenschaftlichen Großhandels in Rheinland-Pfalz zu einem Tarifabschluß. Die zuständige Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) erreichte Erhöhungen zwischen 90 und 135 DM monatlich. Zusätzlich wurden die außertariflichen Sonderzahlungen abgesichert.

HBV verlangt: 9 Prozent, mindestens 160 DM

Ende Juni sind die Tarifverträge für die rund 87 000 Beschäftigten des Westberliner Einzelhandels ausgelaufen. Kurz zuvor hatte die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen ihre Forderungen bekanntgegeben. Diese betragen 9 Prozent, mindestens aber 160 DM. Einheitlich sollen die Ausbildungsvergütungen um 80 DM im Monat angehoben werden. Darüber hinaus verlangt die Gewerkschaft eine Kürzung der Berufsjahrestafel.

TARIFKALENDER

Die Lohn- und Gehaltstarife für nachstehende Wirtschaftsbereiche und Tarifbezirke sind zum jeweils angegebenen Termin kündbar. Die Zahlen in Klammern geben Auskunft über die Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten. Die Zahl hinter dem Datum enthält auch die Beschäftigten in nicht aufgeführten kleineren Zweigen.

30. Juni – 0,4 Mill.

Nahrungs- und Genußmittelbereich in mehreren Bundesländern (28 000); Klempner, Heizungsbauerhandwerk und Kfz-Gewerbe in Hessen (29 000); Klempner-, Installateur- und Kupferschmiedehandwerk, Bayern (30 000); Großhandel, Pfalz und Saarland (34 000); Nahrungsmittelgroßhandel, Niedersachsen und Bremen (32 000); Energieversorgung, Kraftwerke Rheinpreußen und Bismarck, Kraftwerke Aachen und Siersdorf, Energieunternehmen in Essen (46 000); chemische Industrie Saarland und Bayern (74 000); Kautschukindustrie Hamburg, Schleswig-Holstein, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland (60 000); Heimarbeiter der Bekleidungsindustrie Bundesgebiet und Westberlin (14 000).

31. Juli/31. August – 0,16 Mill.

Hohlglaserzeugung Hessen und Nordwest, Hohl- und Kristallglasindustrie Bayern (11 800), Hohlglasveredelung, Papiererzeugende Industrie (59 500), Friseurhandwerk Nordrhein-Westfalen (30 900), Bäckerhandwerk Hessen (10 900), Milchindustrie Bayern, Süßwarenindustrie Rheinland-Pfalz, Brauereien Nordrhein-Westfalen (15 300), Nahrungsmittelindustrie Schleswig-Holstein, Sektellereien Hessen, Rheinhessen, Pfalz und Trier, Hotel- und Gaststätten Bremen, Energiewirtschaft (VEW u. a.).

30. September/31. Oktober – 0,2 Mill.

Tischlerhandwerk Schleswig-Holstein, Hamburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen (96 000); Texaco und Shell Hamburg (10 000); Erdgas-, Erdöl-, Bohr- und Gewinnungsbetriebe im Bundesgebiet (10 000); – 31. Oktober – Schuhindustrie Bundesgebiet (53 000).

31. Dezember – 0,9 Mill.

Landwirtschaft ohne Rheinland-Pfalz und Saarland (189 000); Hotel- und Gaststättengewerbe Hessen, Saarland und Bayern (99 900); Holzverarbeitende Industrie in einigen Bereichen (136 600); Schlosser- und Schmiedehandwerk in Baden-Württemberg (43 300); Fleischerhandwerk Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Bayern und Westberlin (74 400); Seeschiffahrt- und Seehafenbetriebe (50 700); Tischlerhandwerk in Hessen, Saarland, Bayern und Westberlin (37 600).

Auch Memorandum '80 durchbricht konservatives Meinungsmonopol

Die Veröffentlichung von wirtschaftswissenschaftlichen Gutachten, Stellungnahmen und Prognosen hat sich in den vergangenen Jahren als wichtige Waffe der Unternehmer im Kampf um reaktionäre wirtschafts- und verteilungspolitische Ziele erwiesen. Die „Wissenschaft“ und verteilungspolitische Ziele erwiesen. Die „Wissenschaft“, so konnte es manchmal scheinen, bestätige voll und ganz die Forderungen der Unternehmer. Wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen, die sich an den Interessen der Arbeiter und Angestellten orientieren, sollten als „unwissenschaftlich“ abgestempelt werden.

Als 1975 ein Memorandum „Alternativen der Wirtschaftspolitik“ erschien, unterzeichnet von 41 Wirtschaftswissenschaftlern, das sich eben diesen Interessen der Lohnabhängigen verpflichtet fühlte, da war dies sicher ein wichtiger Schritt zur Durchbrechung des konservativen „Meinungsmonopols“. Seither sind vier weitere „Memoranden“ erschienen, der Unterzeichnerkreis wurde größer und wuchs auch an gesellschaftlicher „Breite“. Eine wachsende Zahl von Gewerkschaftern unterstützt heute die „Gegengutachten“. Das letzte Memorandum, erschienen am 1. Mai 1980, macht deutlich, daß die Autorengruppe inzwischen schon weit mehr leistet als zu demonstrieren, daß „Wirtschaftswissenschaft“ nicht notwendig unternehmerhörig sein muß.

Es hat sich in und um die „Memoranden“ eine wissenschaftliche und politische Diskussion entwickelt, die selbst zur Weiterentwicklung und Formulierung eigenständiger wirtschaftspolitischer Positionen der Arbeiterbewegung beiträgt. Dies bestätigt der DGB in einer Erklärung zur Veröffentlichung des „Memorandums '80“ und betont, daß es „auch den Gewerkschaften in ihrer Auseinandersetzung mit solchen wirtschaftspolitischen Empfehlungen, die den Abbau sozialer Besitzstände und einseitige Begünstigung von Unternehmern befürworten, beachtenswerte Informationen und nachdenkenswert Anregungen“ bietet.

Der Schwerpunkt des diesjährigen „Memorandums“ – entsprechend dem Titel „Gegen konservative Formierung“ – ist der Auseinandersetzung mit einer wirtschaftspolitischen Konzeption gewidmet, die durch Umverteilung zugunsten der Unternehmergewinne, durch Gängelung der Gewerkschaften, durch Sozialabbau im Innern und eine ökonomisch und politisch aggressive Außenwirtschaftspolitik die Krisenhaftigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung zu überwinden hofft. Einen Kernpunkt dieser Konzeption stellt die „Entstaatlichung“ dar, ein wichtiger Punkt im Wahlkampfkonzept der CDU/CSU. Die Autoren des Memorandums machen deutlich, daß es sich bei diesem Begriff im Kern um eine Umschreibung

der Pläne für einen massiven Sozialabbau handelt.

Allerdings wird offensichtlich, daß auch die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung in wesentlichen Punkten den gleichen Prinzipien folgt, an denen sich auch das Konzept der „konservativen Formierung“ orientiert. Auch die Bundesregierung setzt auf die vermeintliche „Selbstreinigungskraft“ der Marktwirtschaft und sucht diese durch Steuererleichterungen für die Unternehmer, durch Sozialabbau und Umverteilungspolitik zugunsten der Gewinne zu unterstützen. Die Bilanz dieser Politik, die das Memorandum an den Anfang stellt, ist für die Arbeiter und Angestellten deprimierend: „Seit fünf Jahren werden den abhängig Beschäftigten mittels der unbewiesenen Formel „niedrige Löhne – hohe Gewinne – mehr Arbeitsplätze“ Vorleistungen abverlangt, ohne daß sich bislang die Beschäftigungssituation durchgreifend gebessert hätte.“

Den Unterschied zwischen der Regierungspolitik und dem Konzept der CDU/CSU kennzeichnet das Memorandum so: „Was für die Sozialdemokratie ein Abrücken von der eigenen Programmatik und ein in vielen Punkten widersprüchliches Zurückweichen und Aufgaben fortschrittlicher Positionen vor den angeblichen Sachzwängen der Marktwirtschaft ist, das ist für die konservativen Kräfte die ungebrochene, offensive Durchsetzung der eigenen Programmatik.“ Wenn auch dem Memorandum hier zuzustimmen ist, daß eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung für die arbeitende Bevölkerung mehr Ansatzpunkte für eine aktive Durchsetzung ihrer Interessen bietet, so muß doch betont werden – und die Darstellung in den Memoranden bestätigt dies –, daß die Regierungspolitik in wesentlichen Punkten ebenfalls einem konservativen wirtschaftspolitischen Konzept folgt. Viele Kritikpunkte, die das Memorandum in der Auseinandersetzung mit dem konservativen Konzept anführt, können ähnlich auch gegen die Regierungspolitik angeführt werden.

Schließlich skizziert das Memorandum in groben Zügen die Umriss einer

Wirtschaftspolitik, die nicht den privaten Profit zum Maßstab aller Dinge macht. Die Alternativvorschläge knüpfen dabei an den vorhandenen wirtschaftspolitischen Instrumentarien an. Kernpunkte sind:

- Steigerung der staatlichen Ausgaben vor allem in gesellschaftlichen Mangelbereichen,
- eine versorgungsorientierte Wendung der Sozialpolitik,
- die Unterstützung von Arbeitszeitverkürzungen ohne Einkommenseinbußen,
- eine Unterstützung kräftiger Steigerungen der Löhne und Gehälter.

Klar wird, daß dies nicht alle sozialen und wirtschaftlichen Probleme lösen und eine krisenfreie Entwicklung sichern kann. Es eröffnet jedoch einen wirtschaftspolitischen Weg, durch den die Auswirkungen der Krise auf den Lebensstandard der Arbeiter und Angestellten in Grenzen gehalten werden können.

Dabei darf nicht erwartet werden, daß sich eine solche, den Interessen der privaten Wirtschaft zuwiderlaufende Konzeption im Selbstlauf durchsetzt. Die Memoranden verstehen sich daher nicht als wissenschaftliche Ratschläge an die Regierung, sondern wollen die „Aufklärung und Mobilisierung“ der arbeitenden Bevölkerung unterstützen. Daher gehören zu den „Alternativen“ auch Vorstellungen, die eine Stärkung der Gewerkschaften, eine Ausweitung der Mitbestimmungsrechte und eine weitgehende Demokratisierung umfassen.

Ein wichtiger Begriff im Memorandum ist der der „Vergesellschaftung“: Er meint die „bewußte Gestaltung aller Lebensbereiche, von denen die gesellschaftlichen und individuellen Entwicklungsmöglichkeiten entscheidend abhängen“. Im Unterschied zum Begriff der „Verstaatlichung“ beinhaltet er auch eine Dezentralisierung bestimmter Bereiche, wenn dies zu einer Stärkung der unmittelbaren Mitwirkungsmöglichkeiten der Betroffenen führt.

Leider kann in dieser kurzen Darstellung nicht auf den wichtigen zweiten Teil des Memorandums eingegangen werden, in dem Einzelaspekte einer alternativen Wirtschaftspolitik von verschiedenen Autoren behandelt werden. Zu Fragen wie den Auswirkungen der Monopolisierung, zu Tendenzen der Arbeitsmarktpolitik, zur Familien- und Frauenpolitik und zur Staatsverschuldung finden sich dort Positionen, die auch die große wissenschaftliche Vielfalt der Memorandumsgruppe deutlich machen. Diese oft materialreichen Darstellungen machen das Memorandum '80 zu einem wichtigen Beitrag für die Weiterentwicklung einer Wirtschaftswissenschaft, die sich der Arbeiterbewegung verpflichtet fühlt. Jörg Goldberg

Bei Schichtdienstleistenden Krankenquoten bis 30 Prozent

Interview mit Oskar Rudolf
Bezirksleiter der Deutschen Postgewerkschaft Hessen

Schichtdienst ist bei der Post an der Tagesordnung. Wegen der speziellen Aufgaben der Post wäre es auch unrealistisch, seine Abschaffung zu verlangen. Was jedoch im Interesse der Schichtdienstleistenden liegt, ist die Reduzierung der Belastungen. Um das zu erreichen, hat die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) vor einigen Monaten die Aktion Schichtdienst gestartet. Dazu und zu den Auswirkungen des Schichtdienstes beantwortet Oskar Rudolf, Bezirksleiter der DPG in Hessen, der nach 17jähriger Tätigkeit als Bezirksleiter auf dem nach Redaktionsschluß stattfindenden DPG-Bezirkslag nicht mehr kandidiert, unserer Redakteurin Gisela Mayer einige Fragen.

NACHRICHTEN: Nach offiziellen Angaben sind in der Bundesrepublik vier bis fünf Millionen Beschäftigte in irgendeiner Form im Schichtdienst tätig. Können Sie uns sagen, wieviel davon bei der Post arbeiten und ob ihre Zahl weiter zunimmt?

Oskar Rudolf: Die Deutsche Postgewerkschaft hat seit 1971 Untersuchungen und Befragungen zu der Frage des Schichtdienstes durchgeführt. Danach gehen wir von einem betroffenen Personenkreis von 200 000 Postlern aus. Die Deutsche Bundespost hat aber auf unsere Veranlassung selbst eine Untersuchung durchgeführt, die davon ausgeht, daß 134 000 vollbeschäftigte und 30 000 teilzeitbeschäftigte Postler im Schichtdienst arbeiten. Der Unterschied erklärt sich daraus, daß die Deutsche Bundespost den Schichtdienstbegriff sehr eng auslegt und nur solche Beschäftigte in ihre Untersuchungen einbezogen hat, die im Wechselschichtdienst oder im Nachtdienst tätig sind.

Unabhängig von dem Zahlenstreit können wir davon ausgehen, daß in Hessen 20 000 Beschäftigte Schichtdienst leisten, das sind 40 Prozent aller Beschäftigten der Bundespost im Bereich der Oberpostdirektion Frankfurt/M. Nach den uns vorliegenden Erkenntnissen, gestützt auf eine Untersuchung des Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Technisierungs- und Automatisierungsplanung der Deutschen Bundespost, ist die Zahl der Schichtdienstbeschäftigten weiter zunehmend. Wir können davon ausgehen, daß Mitte der 80er Jahre mehr als die Hälfte der Postbeschäftigten im Schichtdienst tätig ist.

NACHRICHTEN: Welche Auswirkungen hat der Schichtdienst auf die Betroffenen?

Oskar Rudolf: Nach den Untersuchungen, die bisher in Zusammenarbeit mit Arbeitsmedizinern durchgeführt wur-

den, den Befragungen im Jahre 1976 und 1977 durch die Deutsche Postgewerkschaft und der von der Bundespost selbst vorgenommenen Untersuchung im Jahre 1979 kommt es zu gravierenden Ergebnissen. 80 Prozent der Schichtdienstbeschäftigten leiden an Erkrankungen im Bereich des Magen-Darm-Traktes, des Herz-Kreislauf-Systems, des vegetativen Nervensystems und des Stoffwechselsystems. Dies hat zur Konsequenz, daß in den Dienststellen der Bundespost, in denen Schichtdienst geleistet wird, Krankenquoten bis zu 30 Prozent feststellbar sind. Dies bedeutet, daß durchschnittlich die Beschäftigten in diesen Dienststellen an 60 bis 70 Tagen im Jahr erkrankt sind.

Darüber hinaus mußten wir bei den Untersuchungen und Befragungen feststellen, daß ca. 50 Prozent aller Beschäftigten im Schichtdienst zwischen dem 50. und 58. Lebensjahr erwerbsunfähig werden und damit aus dem Beschäftigungsverhältnis ausscheiden.

Sowohl die Krankenquoten als auch die vorzeitige Zuruhesetzung nehmen ständig zu, weil es nicht mehr möglich ist, die Schichtdienstbeschäftigten wie in den vergangenen 10 Jahren aus dem Schichtdienst herauszulösen und in andere Bereiche umzusetzen.

Neben den gesundheitlichen Belastungen treten zunehmend familiäre Belastungen auf. Es bleibt den Familien in der Regel nichts anderes übrig, als sich dem Rhythmus des Schichtdienstleistenden anzupassen. Dies führt aber zwangsläufig zu Konflikten, insbesondere in der Freizeitgestaltung und in der Kindererziehung. Von unseren Befragungen hier in Hessen wissen wir, daß Schichtdienstleistende, die früher im sportlichen und kulturellen Bereich, aber auch im Bereich der Gewerkschaftsarbeit und der politischen Aktivitäten sehr rege dabei waren, sich zunehmend aus diesen Tätigkeiten zurückgezogen haben, weil es ihnen unmöglich geworden ist, eine regelmäßige

Teilnahme an Veranstaltungen sicherzustellen.

Diese gesellschaftliche Dimension hat also Auswirkungen bis hinein in die Weiter- und Fortbildung des Schichtdienstlers und die aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben.

Diese Auswirkungen werden mit unterschiedlicher Gewichtung inzwischen auch von der Bundesregierung und dem Arbeitgeber Post durch eigene Untersuchungen anerkannt. Dennoch ist man nicht so recht bereit, Abhilfe zu schaffen. Es war deshalb erforderlich, daß wir die Aktion Schichtdienst starteten, um das Problembewußtsein unserer Mitglieder, insbesondere derer, die nicht im Schichtdienst beschäftigt sind, zu schärfen, aber auch um die im Jahre 1979 gestellten konkreten Forderungen anzupacken und durchzusetzen.

NACHRICHTEN: Ihre Gewerkschaft hat vor einigen Monaten die Aktion Schichtdienst gestartet. Können Sie uns die wesentlichsten Forderungen nennen?

Oskar Rudolf: Am 10. September 1979 hat der Hauptvorstand der Deutschen Postgewerkschaft dem Bundespostministerium 10 konkrete Forderungen gestellt:

1. Neuordnung des Schichtdienstbegriffes in den Tarifverträgen und in der Arbeitszeitordnung.
2. Eineinhalbfache Anrechnung der Arbeitszeit für Beschäftigte im Wechselschichtdienst, im Nachtdienst, an Wochenenden und Feiertagen.
3. Anrechnung der Pausen auf die Arbeitszeit.
4. Zusatzurlaub für die Schichtdienstbeschäftigten.

Alle weiteren Forderungen beinhalten bemessungsmäßige Verbesserungen und gesundheitliche Vorsorge.

NACHRICHTEN: Wie weit sind die Verhandlungen fortgeschritten, und gibt es Aussichten auf Erfolg?

Oskar Rudolf: Wir haben im Januar d. J. die Aktion Schichtdienst gestartet, um das Bundespostministerium zu bewegen, sich endlich gegenüber der Deutschen Postgewerkschaft verhandlungsbereit zu zeigen und die einzelnen Forderungen durchzusetzen. Nachdem die Aktivitäten im Bezirk Hessen, aber auch in anderen Bezirken dieser Postgewerkschaft, anliefen und für den Arbeitgeber erkennbar wurde, daß die Forderungen mit einer Reihe von Aktivitäten begleitet wurden, erklärte sich das BPM erstmalig Ende März 1980 verhandlungsbereit. Diese Aktivitäten haben sich in den vergangenen Monaten insbesondere auf den innerbetrieb-

lichen und auf den parlamentarischen Bereich konzentriert.

Das ursprüngliche Ansinnen der Bundespost, lediglich zu einer Anerkennung eines 10-Prozent-Zuschlages für Nachtdienstbeschäftigte zwischen 22.00 und 4.00 Uhr zu kommen und damit die Lösung des Schichtdienstproblems als erledigt zu betrachten, ist in der Zwischenzeit verändert worden. So ist nach den Aussagen des Parlamentarischen Staatssekretärs Wrede im Deutschen Bundestag die Erklärung abgegeben worden, in die Regelung des Schichtdienstes auch Teilzeitbeschäftigte, und dies betrifft insbesondere Frauen, die in den späten Nachmittags- und Abendstunden beschäftigt sind, einzubeziehen.

Dieser kleine Schritt reicht uns aber bei weitem nicht aus. Dies haben auch die über 40 Personalversammlungen in den hessischen Post- und Fernmeldeämtern gezeigt. Selbst die Amtsleitungen verschiedener Ämter sind der Auffassung, daß eine umfassende Regelung erfolgen muß, damit zu vernünftigen Bedingungen Dienstpläne der Schichtdienstler gestaltet werden können. Aufgrund der erklärten Verhandlungsbereitschaft Ende März ist es zum ersten Mal am 27. und 28. Mai in Frankfurt/M. zu Tarifverhandlungen über die Forderungen des Schichtdienstes gekommen. Sie endeten mit der Erklärung des BPMs, daß man zwar verhandlungsbereit sei, aber wegen der notwendigen Abstimmung mit dem Bundesinnenminister ein konkretes Angebot nicht vorlegen könne. Die DPG hat das BPM am 28. Mai 1980 aufgefordert, innerhalb von 14 Tagen ein konkretes Angebot vorzulegen.

NACHRICHTEN: Der 13. Ordentliche Kongreß der DPG findet im Oktober statt. Werden auch dort Probleme des Schichtdienstes eine Rolle spielen?

Oskar Rudolf: Seit eine intensive Diskussion über die Auswirkungen und Folgen des Schichtdienstes in unserer Gesamtorganisation begonnen hat, sind natürlich auch Vorstellungen einzelner Ortsverwaltungen an uns herangetragen worden. Dem Bezirkstag der DPG, der vom 9. bis 12. Juni 1980 in Offenbach stattfindet, liegt eine Reihe von Anträgen zur Schichtdienstproblematik vor. Aber auch im Rahmen der Diskussion über die Arbeitsbedingungen und die Veränderung der Arbeitsbedingungen bei der Bundespost spielt natürlich die Entwicklung des Schichtdienstes eine herausragende Rolle. Wir müssen daher aus dem Bezirk Hessen davon ausgehen, daß die Frage der Gestaltung der Arbeitsbedingungen auf dem 13. Ordentlichen Kongreß mit ein Schwerpunktthema sein wird, daß die Schichtdienstproblematik dort – sofern bis dahin eine Lösung noch nicht vorliegt – mit einer der wesentlichsten Themenbereiche wird.

Gewerkschaft Leder stabilisierte die Zahl ihrer Mitglieder

Mit einem Appell an die „Mächtigen dieser Welt“, den Frieden zu erhalten, beendete der neugewählte 1. Vorsitzende, Helmut Teitzel, am 9. Mai 1980 in Düsseldorf den 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Leder. Zuvor hatten die 108 Delegierten 90 Anträge und Entschließungen, davon die Hälfte zu Organisations- und Satzungsfragen, beraten und verabschiedet. Mangels Diskussionsfreude konnte der Gewerkschaftstag bereits einen ganzen Tag früher beendet werden.

Nach einem starken Mitgliederrückgang bis Mitte der 70er Jahre, der parallel zu einem Schrumpfungszug in der Schuh- und Lederindustrie verlief, konnte die Gewerkschaft ihre Mitgliederzahl seit 1976 stabilisieren. Sie stieg sogar etwas an: von 54 417 Ende 1976 auf 55 266 Ende 1979. Neuaufnahmen erfolgten hauptsächlich unter Angestellten und Jugendlichen. Der Organisationsgrad der in der Lederwirtschaft Beschäftigten beträgt rund 60 Prozent und ist damit erheblich höher als bei den meisten anderen DGB-Gewerkschaften.

In seiner Eröffnungsrede wies der bisherige 1. Vorsitzende, Gerhard van Haaren, jede Spekulation auf ein etwaiges organisatorisches Zusammengehen mit einer anderen Gewerkschaft zurück und betonte, „daß die Gewerkschaft Leder die berechtigte Absicht hat, für die Zukunft eine selbständige Organisation zu bleiben, daß alles Gerede in eine andere Richtung unseren weiteren Auf- und Ausbau und unsere gewerkschaftliche Arbeit stört“.

Die Delegierten sahen sich jedoch genötigt, aus Sparsamkeitsgründen eine Verkleinerung des geschäftsführenden Vorstandes von vier auf drei Mitglieder vorzunehmen. Van Haaren wurde durch Helmut Teitzel, bislang 2. Vorsitzender, ersetzt. Neuer 2. Vorsitzender wurde der bisherige Kassierer Wilhelm Kappelmann, und für das ebenfalls ausgeschiedene Vorstandsmitglied Alfred Stänisch wurde Erwin Kaiser neu gewählt.

Für die Beschäftigten der drei Branchen ledererzeugende, lederverarbeitende und Schuhindustrie steht die Sicherung der Arbeitsplätze ganz oben auf der Liste gewerkschaftspolitischer Aufgaben. In einer Entschließung forderten die Delegierten dazu auf, „sich verstärkt für eine Durchsetzung der von den DGB-Gewerkschaften gemeinsam erarbeiteten Vorstellung zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung einzusetzen“. In diese Richtung zielten auch beschlossene Anträge mit der Forderung, in bevorstehende Manteltarifverhandlungen die Arbeitszeitverkürzung

mit einzubeziehen und den Sechswöchenerholungsurlaub anzustreben.

Weitere Forderungen zur Tarifpolitik betreffen den Abschluß von Rationalisierungsschutzabkommen, einen erweiterten Kündigungsschutz für Beschäftigte, deren Leistungsfähigkeit abnimmt, und die Anhebung der Tariflöhne und -gehälter auf das Niveau der Effektiveneinkommen. Die Delegierten wandten sich gegen Bestrebungen zum Abbau des Systems der sozialen Sicherung, verlangten die Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Rentenanpassung, die Einführung der Gesamtschule als Regelschule und forderten das Verbot der Aussperrung. Von der Bundesregierung forderte der Gewerkschaftstag, Schluß zu machen mit weiteren Steuerergänzungen an Unternehmer. „Die Umverteilung der Gesamtsteuerlast zugunsten der unteren Einkommen muß oberstes Orientierungsdatum der Steuerpolitik sein.“

Unter den vielen Anträgen zur Satzung und zum Organisationsaufbau gab es einen von der Bezirkskonferenz Baden-Württemberg, der ein offensichtliches innergewerkschaftliches Demokratisierungsbedürfnis ansprach. Danach sollte, entsprechend dem „tatsächlichen Organisationsaufbau“, wie es in der Begründung heißt, die Ortsverwaltung am Anfang und nicht – wie jetzt – am Ende der Aufzählung in der Satzung stehen. Der Antrag wurde abgelehnt. Der Gewerkschaftstag folgte damit einer Forderung des neugewählten Vorsitzenden.

Die Satzung der Gewerkschaft Leder kennt als „Organe der Gewerkschaft“ nur: den Gewerkschaftstag, den Hauptvorstand, den Hauptausschuß und den Beirat. In dieser Reihenfolge werden in der Satzung deren Aufgaben erläutert. Bezirke und Ortsverwaltungen werden nicht als Organe genannt, sondern der „Geltungsbereich“ der Gewerkschaft wird vom Hauptvorstand „zur Durchführung der organisatorischen und agitativen Maßnahmen“ in solche „eingeteilt“. „Der Hauptvorstand kann an allen Orten, an denen sich die Notwendigkeit ergibt, Ortsverwaltungen zulassen.“

G. Siebert

Neues Buch von Vetter – geeignet zur Programmdiskussion

Unter dem Titel „Gleichberechtigung oder Klassenkampf, Gewerkschaftspolitik für die 80er Jahre“ hat der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter ein neues Buch vorgelegt, welches viele Probleme aufwirft, die bei der gegenwärtigen Diskussion des DGB-Grundsatzprogramms eine Rolle spielen. Die Publikation ist im Bund-Verlag erschienen, umfaßt 192 Seiten und kostet 14,80 DM. Grundlagen für die Veröffentlichung waren die zahlreichen Reden, die Vetter in den vergangenen Jahren gehalten hat. Manche Aussagen sind recht widersprüchlich.

Zu den Stärken des Buches zählt eine Reihe von analytischen Darlegungen der bestehenden Besitz- und Machtverhältnisse, die im Grundsatzprogramm-entwurf entweder gar nicht oder nur andeutungsweise enthalten sind. Beispielsweise charakterisiert Vetter die wesentlichen Ursachen der bestehenden gesellschaftlichen Gegensätze wie folgt: es zeige sich, „daß unsere Gesellschaft immer noch stark von dem Grundkonflikt aller privatkapitalistischen Ordnungen beherrscht wird, nämlich dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Verfügungsmacht“ (S. 34).

An anderer Stelle heißt es: „Die Konzentration des Kapitals und der wirtschaftlichen Macht in immer weniger Händen, die mißbräuchliche Ausnutzung von Monopolstellungen am Markt zum Nachteil der Allgemeinheit nimmt in beängstigender Weise ständig zu. Sie zementiert nichtlegitimierte Herrschafts- und Verfügungsmacht und verschärft die Abhängigkeit der Arbeitnehmer und der Verbraucher“ (S. 42)... „Großbanken, Chemiekonzerne und andere Großunternehmen sind umfangreicher und mächtiger als früher wiederstanden, und hinzugekommen sind die multinationalen Gesellschaften“ (S. 49).

Vetter schreibt von der „unheiligen Allianz von konservativen Politikern, Zeitungsverlegern und Großkonzernen“ (S. 13) und macht deutlich, daß die Unternehmerverbände einen Klassenkampf gegen die Gewerkschaften führen, der sich insbesondere im Tabukatalog manifestiere (S. 14). Zugleich wollten die Unternehmer die Tätigkeit der Gewerkschaften an ein „imaginäres Gemeinwohl“ binden, das „als Vorwand“ diene, „um die bestehenden Machtverhältnisse abzusichern“ (S. 26).

Angesichts dieser Charakterisierung der Unternehmerabsichten bleibt unverständlich, wenn Vetter an anderer Stelle des Buches die Sozialstaatsverpflichtung des Grundgesetzes als einen ständigen Aufruf an den Gesetzgeber definiert, um „eine gemeinwohlorien-

tierte Gesellschaftsordnung zu entwickeln“ (S. 41). Noch deutlicher wird der Widerspruch, wenn Vetter für die Gewerkschaften die Aufgabe stellt, „sowohl Ordnungsfaktor zu sein als auch Gegenmacht“ (S. 24).

Diese Inkonsistenz zeigt sich auch bei der Gesamtorientierung, die bereits im Titel des Buches deutlich wird. Als Alternative zum Klassenkampf der Unternehmer verlangt Vetter die Gleichberechtigung der Arbeitnehmer. Er stellt nicht die Aufgabe, wie in zahlreichen Gewerkschaftsbeschlüssen formuliert wurde, die bestehenden Besitz- und Machtverhältnisse zugunsten

Weitere Literatur

IMSF (Herausgeber)

DGB wohin?

Eingeleitet und kommentiert von Frank Deppe

2. Auflage mit Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms

326 Seiten, Preis 14,- DM

Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt durch unseren Verlag (per Vorkasse plus 2,- DM für Porto und Verpackung)

der abhängig Beschäftigten zu verändern.

Ebenfalls unterschiedlich sind Veters Aussagen zur Rolle der Einheitsgewerkschaft. Zunächst wird sie als „eine durch die leidvollen Erfahrungen der Naziherrschaft geprägte historische Errungenschaft“ (S. 14) dargestellt. Dieser im Entwurf des DGB-Grundsatzprogramms nicht enthaltene antifaschistische Aspekt der Einheitsgewerkschaft wird ergänzt mit der Feststellung: „Die organisatorische Zersplitterung in sozialistische, christliche, liberale und kommunistische Richtungsgewerkschaften, wie vor 1933, wurde so überwunden. Diese historische Entscheidung hat die deutsche Gewerkschafts-

bewegung wesentlich gestärkt“ (S. 44). „Bei der Auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen politischen Strömungen wird und darf das grundsätzliche Bekenntnis zum Prinzip der Einheitsgewerkschaft nicht in Frage gestellt werden. Die gemeinsame und für alle verbindliche Basis liegt in der Aufgabe, die Interessen der Arbeitnehmerschaft wahrzunehmen, während unterschiedliche Weltanschauungen und politische Bekenntnisse demgegenüber zurücktreten müssen“ (S. 35).

Diese Feststellungen werden an anderen Stellen des Buches relativiert und eingeschränkt, weil dort entgegen der historischen Wahrheit Behauptungen enthalten sind, die darauf hinauslaufen, den Mitgliedern der DKP innerhalb der Gewerkschaften gewerkschaftliche Rechte mehr oder minder zu beschneiden. Ohne einen Beweis zu liefern, wird in dem Kapitel, welches sich mit „Terrorismus, Extremismus und Rassismus“ beschäftigt, indirekt behauptet, die DKP würde die Gewerkschaften als Spielwiese für ihre Propaganda benutzen, und deren Kaderpolitik würde auf die Zerstörung der Einheitsgewerkschaft hinauslaufen (S. 122). Daraus leitet Vetter ab, daß kein Funktionär für die Gewerkschaften sprechen könne, der die freiheitliche Demokratie ablehne und sich zur Diktatur des Proletariats bekenne (S. 123). Hier zeigen sich gefährliche Parallelen zu den Beschlüssen in der Deutschen Postgewerkschaft und der Gewerkschaft Nahrung-Genuß-Gaststätten (S. 23).

Mit seiner Darlegung greift Vetter die Unternehmerthese und Strauß-Behauptung von der angeblichen kommunistischen Unterwanderung der Gewerkschaften auf und erkennt nicht, daß sie einzig und allein dem Zweck dient, wie Eugen Loderer feststellte, die Gewerkschaften zum Stillhalten zu bewegen. Objektiv schadet der DGB-Vorsitzende damit den Einheitsgewerkschaften und diffamiert jene Gewerkschafter, die nach 1945 diese Errungenschaft mitgeschaffen haben und heute zu den Aktivsten gehören.

Wertvolle Hinweise sind in dem Buch zu einzelnen Schwerpunkten enthalten, beispielsweise zu Streik und Aussperung, Recht auf Arbeit, Einkommensverbesserung sowie Friedens- und Entspannungspolitik. Diese Meinungen enthalten zahlreiche Impulse für die Programmdiskussion. Hier sei nur ein Satz zitiert: „Friedens- und Entspannungspolitik müssen trotz bitterer Enttäuschungen weitergehen, und Grabenkämpfer des kalten Krieges dürfen nicht die internationalen Beziehungen bestimmen“ (S. 179). Man kann nur hoffen, daß der Bundesvorstand diese Erkenntnis auch in der praktischen Politik anwendet und sich mit dem „Grabenkämpfer des kalten Krieges“ Jimmy Carter auseinandersetzt.

Werner Petschick

Leonhard Mahlein: Perspektiven für die achtziger Jahre

Am 10./11. Mai fand in Frankfurt der 12. ordentliche Landesbezirkstag der IG Druck und Papier Hessen statt. Vor den 113 Delegierten stellte Leonhard Mahlein, Vorsitzender dieser Gewerkschaft, die Aufgaben für die kommenden Jahre in den Mittelpunkt seines Grundsatzreferats. In diesem Zusammenhang kritisierte er den Verzicht des DGB-Bundesvorstands auf die Herausgabe von Prüfsteinen zur bevorstehenden Bundestagswahl. Ein bereits vorliegender Entwurf ist zurückgezogen worden. Das sei ein erneuter Schritt zur Entpolitisierung der Gewerkschaften. Nach den Worten Mahleins kam es seiner Organisation vor allem darauf an, die Friedenssicherung zum Wahlprüfstein Nr. 1 zu machen.

Die in verschiedenen Presseorganen unvollständig und aus dem Zusammenhang gerissene Publizierung einiger Passagen der Mahlein-Rede hat zu Reaktionen geführt. So verlangt der Vorsitzende der Gewerkschaft Textil-Bekleidung, Berthold Keller, von Mahlein eine Erläuterung. Damit unsere Leser die Rede des IG-Druck-Vorsitzenden selbst beurteilen können, veröffentlichen wir nachfolgend wesentliche Auszüge.

In der Gewerkschaftsbewegung gibt es eine gewisse Tradition, eine gründliche Krisendiskussion zu vermeiden. Das mag einmal damit zusammenhängen, daß es die Gewerkschaften – bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben – in der Krise oft sehr viel schwerer haben als unter günstigen Konjunkturbedingungen. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Es gibt aber auch – gerade in einem Wahljahr – genügend politische Anstrengungen für Schönfärberei, die darauf ausgerichtet sind, ein Krisenbewußtsein bei den Arbeitnehmern überhaupt nicht aufkommen zu lassen. Die Gewerkschaften sind da nicht auszuklammern. Eine entscheidende Voraussetzung für eine richtige Bestimmung der Rolle und der Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung in den 80er Jahren ist es aber, daß mit den verschiedensten Formen des Opportunismus, der Schönfärberei und auch der Ängstlichkeit im Hinblick auf die Analyse dieser weitgreifenden Veränderung der gesellschaftlichen und politischen Entwicklung – und damit unserer gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen – gebrochen wird.

Ein Blick auf die Geschichte sollte folgendes deutlich machen: Immer dann

– wenn die Gewerkschaftsbewegung sich vor einer ungeschminkten Analyse – im wirtschaftlichen wie im politischen Sinne – gedrückt hat;

– wenn sie Ideologen aufgesessen ist, die behaupteten, daß es keinen Kapitalismus und keine Krisen mehr gebe;

– wenn sie sich der blinden und unsicheren Hoffnung und Illusion verschrieben hat, es werde nach einer Talfahrt schon bald alles wieder besser werden, und deshalb müsse man jetzt den Gürtel etwas enger schnallen;

– müsse man auch einmal zu größeren Zugeständnissen im Interesse des Gemeinwohls bereit sein;

immer dann sind die Gewerkschaften in den Strudel einer höchst gefährlichen Orientierungslosigkeit und Handlungsunfähigkeit geraten. Das sollte zumindest eine der geschichtlichen Lehren sein, die wir aus den Erfahrungen der Krise 1929 bis 1933 gewonnen haben. Von anderen Erfahrungen und Lehren wird noch zu sprechen sein.

Zusammenhänge erkennen!

Perspektiven der Gewerkschaftspolitik für die 80er Jahre, das heißt auch, daß wir uns Klarheit verschaffen über den Zusammenhang zwischen der allgemeinen politischen und gesellschaftspolitischen Entwicklung; den Problemen der Gewerk-

schaftsbewegung im allgemeinen und unserer Organisation im besonderen. Mit anderen Worten: Die Perspektiven der Gewerkschaftspolitik für die 80er Jahre sind nicht allein nur aus dem engen Blick unserer Organisationserfahrungen zu bestimmen, denn die Gewerkschaften sind als die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftspolitische Interessenvertretung der Arbeitnehmer

– nur ein Bestandteil, nur ein Element der gesellschaftlichen Bewegung;

– ja, sie sind in einer Gesellschaftsordnung, die durch das Privateigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln – also der Übermacht des Kapitals gegenüber der Arbeit gekennzeichnet ist,

Gesetzmäßigkeiten unterworfen, die sie nicht autonom in ihrem Inhalt bestimmen oder außer Kraft setzen können. Es handelt sich in erster Linie um die Gesetzmäßigkeit der Profitproduktion – auf die in letzter Instanz alle Strategien und Handlungsorientierungen der wirtschaftlichen und politischen Vertreter der Kapitalinteressen bezogen sind. Ob Gewerkschaften stark oder schwach sind; ob sie kampffähig oder des Kampfes entwöhnt sind; ob das gewerkschaftliche wie das politische Bewußtsein der Arbeitnehmer schwach entwickelt ist oder ein hohes Niveau der Einsicht in die gesellschaftlichen Strukturen und Machtverhältnisse sowie in die eigenen Zielvorstellungen erreicht hat, alles das sind Faktoren, die natürlich darauf einwirken, wie die unternehmerischen Strategien verwirklicht werden können;

– ob sie zu Kompromissen gezwungen werden

– oder ob sie ohne größere Widerstände durchgesetzt werden können.

Aber – um es noch einmal zu wiederholen – es sind nicht die Gewerkschaften, die durch ihre Politik die gesellschaftliche Entwicklung bestimmen – obwohl es ein fester Bestandteil der konservativen Ideologie ist, die Krisenerscheinungen auf die Übermacht der Gewerkschaften zurückzuführen. Das heißt aber zugleich, daß wir beim Nachdenken über die gewerkschaftlichen Handlungsbedingungen und -perspektiven immer auch vom Standpunkt, von der Betrachtung der Gesamtheit der gesellschaftlichen und politischen Bedingungen dieses Systems auszugehen haben.

Würden wir dies nicht tun,

– dann würden wir uns selbst auf die Positionen der bloßen Reaktion – der Defensive – festnageln;

– wir würden unfähig, Gewerkschaftspolitik in der Einheit von Schutz- und Gestaltungsfunktionen;

– in der Einheit der Verteidigung der unmittelbaren Interessen der Arbeitnehmer;

mit einer Politik der demokratischen Veränderung dieser Gesellschaft zu konzipieren und in der Praxis zu entwickeln.

Verstärkter Klassenkampf von oben

H. O. Vetter hat gerade ein wichtiges Buch veröffentlicht, in dem er sich mit der Gewerkschaftspolitik der 80er Jahre auseinandersetzt. Im ersten Kapitel stellt er als Hauptmerkmal dieser Zeit die Verschärfung der sozialen Auseinandersetzungen heraus. Er schreibt: „Die Konfliktsituation verschärft sich weiter durch die uneinsichtige Haltung der Unternehmer und ihrer Verbände bei den Versuchen, die Probleme des tiefgreifenden Wandlungsprozesses in unserer Wirtschaft und der technologischen Entwicklung mit ihren existenzbedrohenden Folgen für die Arbeitnehmer gemeinsam zu bewältigen. Die Unternehmer reagieren auf die Ansätze einer arbeitsschutzschützenden Politik seitens der Gewerkschaften in den meisten Fällen negativ oder setzen ihre ganze finanzielle und organisatorische Macht ein, um die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise einseitig den Arbeitnehmern aufzubürden. So bestimmt ein ‚Klassenkampf von oben‘ immer mehr das soziale Geschehen.“

Nachdem H. O. Vetter die auf dieser Linie liegenden verschiedenen Versuche, die gesellschaftspolitische Entwicklung zurückzudrehen, behandelt hat, fährt er fort: „In dieser Situation stellt sich für die Gewerkschaften die Aufgabe, alle Kräfte zu-

sammenzufassen, um solche bedrohlichen Tendenzen bereits in den Anfängen entschlossen abzuwehren. Die Gewerkschaften haben niemals leichtfertig Arbeitskämpfe vom Zaune gebrochen und betrieben keine abenteuerliche Aktionspolitik. Aber sie werden in einem ihnen aufgezwungenen Klassenkampf mit gleicher Härte antworten, mit der man sie angreift."

Soweit H. O. Vetter. — Worauf aber, so ist zu fragen, beruht diese Verschärfung der sozialen Auseinandersetzungen? Worauf beruht die Notwendigkeit, dem „Klassenkampf von oben“ durch den „Klassenkampf von unten“ zu begegnen? Die entscheidende Grundlage dafür liegt zweifellos in den grundlegend veränderten wirtschaftlichen Wachstumsbedingungen des kapitalistischen Systems — wie sie in den 70er Jahren voll zum Ausdruck gekommen sind —, die soziale Polarisierung ist nur der soziale und politische Ausdruck dieser Veränderung.

Es würde zu weit führen, jetzt im Detail auf die wirtschaftliche und soziale Entwicklung einzugehen. Im Hinblick auf die Gewerkschaftspolitik der 80er Jahre ist vielmehr die Beschäftigung mit der Frage ausschlaggebend: Wird es zu einem Trendumschwung kommen? Ist nach den „mageren“ 70er Jahren nun für die 80er Jahre mit der Mobilisierung der Wachstumsreserven, mit der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Verunsicherung, mit der Lösung all der angeführten Krisenprobleme zu rechnen? Und — so könnte weiter gefragt werden — zeigt nicht gerade das Beispiel der wirtschaftlichen Entwicklung in der Bundesrepublik zwischen 1978 und 1980 — vor allem auch die Entwicklung in der Druckindustrie, wo enorme Umsatz- und Produktionssteigerungen gefeiert werden —, daß wir uns schon mitten in einem solchen Aufschwung befinden? Diese Fragen lassen sich — soweit man sich gründlich mit den vorliegenden Analysen und Prognosen auseinandersetzt — klar mit einem Nein beantworten — und hier eben liegen die Anforderungen, die an die Gewerkschaftspolitik der 80er Jahre gestellt werden.

Betrachtet man die Daten zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik in den letzten beiden Jahren, so ergibt sich ein einigermaßen günstiges Bild. Denn die Zahl der Beschäftigten hat sich um 380 000 erhöht; die Zahl der registrierten Arbeitslosen ist um 120 000 auf jahresdurchschnittlich 876 000 zurückgegangen. Dennoch — man sollte sich durch diese Zahlen nicht zu trügerischen Illusionen verleiten lassen. Selbst in diesen beiden — ausnahmsweise wachstumsintensiven Jahren — bleibt die Steigerung der Beschäftigung deutlich hinter der Steigerung des Wirtschaftswachstums zurück. Und schon heute deuten sich in diesem Jahr — mit dem Rückgang des Wachstums — erneute Umschwungstendenzen an — schon wieder sind die Arbeitsmarktprognosen für 1980 äußerst pessimistisch.

Für die 80er Jahre droht eine anhaltende Arbeitslosigkeit, und zwar trotz möglicher verbesserter Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten; und trotz einer vorgezogenen Ruhestandsmöglichkeit. Denn: Durch die geburtenstarken Jahrgänge wird das Arbeitskräftepotential in der Bundesrepublik bis 1989 um rund 800 000 zunehmen — so stellte gerade eine Untersuchung der Bundesanstalt für Arbeit fest. Für die Gesamtheit der OECD-Mitgliedsländer — das sind die hochindustriell entwickelten westlichen Staaten — wird eine Zunahme der Arbeitslosen von 17 Millionen im Jahre 1979 auf 20 Millionen für 1980 prognostiziert. Diese Zahlen sind eine ungeheure Anklage gegen ein System, das sich so gerne mit dem Etikett Wohlstandsgesellschaft schmückt — das den Anspruch auf das Wort „frei“ erhebt.

Was verbirgt sich hinter diesen trockenen Zahlen: Nicht nur Angst und Elend, sondern soziale und moralische Entwurzelung, Drogen- und Alkoholabhängigkeit, Kriminalität und psychische Erkrankungen; der Verfall von Städten und vieles andere mehr steht in einem direkten Zusammenhang mit diesen modernen Phänomenen der Verarmung und der Verelendung. Dieser Zusammenhang besagt aber auch, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht nur von der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft lebt, sondern es lebt

— von der Unterdrückung des Menschen als soziales, politisches Wesen;
— und lebt von der Ausbeutung der Natur durch Raubbau an Bodenschätzen;

— von der Vernichtung der menschlichen Arbeitskraft bzw. des menschlichen Lebens.

Massenarbeitslosigkeit — Lohnraubversuche — Abbau sozialer Rechte — Gefährdung der politischen Demokratie — Zerstörung der menschlichen Gesundheit durch Arbeitshetze und Arbeitsstoffe; die Gefährdung der Grundlage jeder gesellschaftlichen Produktion und jeden gesellschaftlichen Lebens durch Raubbau der Bodenschätze — Verseuchung der Nahrungsmittelkette durch Umweltvergiftung sind alles Erscheinungsformen ein und desselben Ausbeutungsverhältnisses. Zyniker sind diejenigen, die immer noch behaupten wollen, in der modernen Industriegesellschaft sei das Problem der Armut gelöst und die „soziale Sicherung“ sei eine „Hängematte für die Faulen“.

Der große Widerspruch unserer Zeit und der gegenwärtigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung besteht ganz offenkundig darin, daß die Instrumente und Mittel zur Krisenüberwindung — die diesem System als privatwirtschaftlichem Profit- und Konkurrenzsystem eigen sind — nicht mehr greifen. Über welche wirtschaftlichen Möglichkeiten verfügt das Profitsystem zur Krisenüberwindung:

- Konzentration des Kapitals und fortschreitende Monopolisierung;
- Rationalisierung, Erhöhung der Arbeitsproduktivität und der Intensität der Arbeit;
- Export von Waren und Kapital ins Ausland;
- Indiennahme des Staates für die Interessen der Unternehmer durch Subventionen, Exportsicherungen, Steuererleichterungen, Investitionsfinanzierung u. a. m.

All das haben wir in den vergangenen Jahren in verstärktem Maße erlebt. Aber zu welchen Konsequenzen hat die Anwendung dieser Instrumente auf die Verschlechterung der Gewinnsituation der Unternehmer geführt?

- Zur Vernichtung kleiner und mittlerer Unternehmen;
- zur weiteren Vernichtung von Arbeitsplätzen;
- zur Intensivierung der Arbeit und zur Dequalifikation der Arbeitskraft und zu teilweisen Lohneinbußen;
- zur Verschärfung der wirtschaftlichen und politischen Konkurrenz auf den Weltmärkten;
- zur Einschränkung der Fähigkeit der staatlichen Politik, der Krise entgegenzusteuern;
- und gleichzeitig — im Zeichen der staatlichen Finanzkrise — zur massiven Zurücknahme staatlicher Reformprojekte in den verschiedenen Bereichen der Sozial-, Bildungs- und der allgemeinen Infrastrukturpolitik.

Untaugliche Rezepte

Schauen wir uns an, was die Gesundheitsbetreiber und Ideologen der angeblich „freien“ und „sozialen“ Marktwirtschaft — zu der, wie sie immer wieder schwören, es keine Alternative gibt — an Rezepten und Perspektiven in der Praxis zu bieten haben? Nicht nur in Schweden, auch in England wird uns gerade vorgeführt, was insbesondere die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften von einer solchen „radikalen Gesundung“ zu erwarten haben. Die „eiserne Lady“ Thatcher — wie sie von ihren konservativen Sympathisanten respektvoll tituliert wird — führt ein durch und durch brutales Programm einer Klassenpolitik im Interesse des Unternehmertums durch. Gesundheitschumpfen heißt hier:

- brutale Vernichtung von Arbeitsplätzen;
- massives Ansteigen der Arbeitslosenrate und der Inflationsquote;
- Verminderung der staatlichen Sozialausgaben;
- bewußte Förderung der Verelendung breiter Bevölkerungsteile;
- Einschränkung der Gewerkschaftsfreiheit usw. und so fort.

Sagen wir nicht: England ist weit; denn es gibt auch hierzulande einen Politiker, der von sich behauptet: „Ich bin der

deutsche Thatcher“ — der Kanzlerkandidat der Unionspartei Franz Josef Strauß. Wenn Strauß immer wieder betont: „Die Grenzen des Sozialstaates sind erreicht und überschritten“, wenn er und seine politischen Freunde immer wieder die gesteigerte Aktivität des Staates im sozialen Bereich und Forderungen in diese Richtung als „sozialistische Umgestaltung“ auf kaltem Wege denunzieren, dann werden schon die Konturen seines „Alternativprogramms“ deutlich, nämlich

— Rückführung des Staatsanteils am Sozialprodukt auf den Stand Mitte der 60er Jahre;

— Steuererleichterungen für die Wirtschaft;

— und das bedeutet wiederum: Abbau sozialer Leistungen Verzicht auf den Ausbau kollektiver Einrichtungen.

Mit anderen Worten: Alles das, was z. B. im DGB-Grundsatzprogrammwurf auf den Gebieten der Sozial-, Struktur-, Bildungs- und Umweltpolitik gefordert wird, wird radikal zurückgewiesen. Mehr noch: Es wird als gefährliche Systembedrohung und -veränderung denunziert. Herr Stoiber, der „Gewerkschaftsspezialist der CSU“, hat denn auch beim letzten CSU-Parteitag im September 1979 diese prinzipielle Feindbeziehung zum DGB deutlich gemacht, als er sagte: „Wenn ich mir den Entwurf zum neuen Grundsatzprogramm des DGB ansehe, dann lese ich von Investitionslenkung, Investitionsmeldstellen, paritätischer Mitbestimmung, überparitätischer Mitbestimmung — immer die alte Leier. Wenn wir das durchführen würden, hätten wir unsere Wirtschaft bald bankrott gemacht.“

Hier wird doch deutlich: Wenn irgend etwas die Polarisierung und die Verschärfung der sozialen und gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen in unserem Lande dokumentiert, dann ist es der Aufstieg von F. J. Strauß zum Kanzlerkandidaten der CDU/CSU. Er vertritt nicht nur das Programm der sozialen Demontage, sondern auch und vor allem die Offensive der konservativen Kräfte gegen die Gewerkschaften und ihre Forderungen. Man sollte sich nicht damit zufriedengeben, daß die CSU — vielleicht unter dem Druck der öffentlichen Empörung — auf die Wiederholung ihrer ungläublichen Diffamierung, nämlich die Gleichsetzung von Sozialisten und Nationalsozialisten, verzichtet. Sondern hier sollte man keine Angst davor haben, mit einer geistigen Gegenoffensive zu antworten.

Untersuchen wir doch geschichtlich einmal die Frage nach den Wegbereitern des Faschismus: Wer hat denn dem Ermächtigungsgesetz zugestimmt, mit dem Hitler die totale Macht übertragen wurde? Doch nicht die Sozialdemokraten, die als einzige im Reichstag ihre Stimme dagegen erhoben, oder die Kommunisten, die schon inhaftiert, verfolgt oder außer Landes getrieben waren. Haben denn nicht die Vorläufer der CDU und der CSU — die Zentrums- und die Bayerische Volkspartei — geschlossen für Hitler gestimmt?

Stellen wir doch einmal eine Liste der Unternehmer und späteren Wehrwirtschaftsführer auf, die sich nicht nur dafür eingesetzt haben, Hitler an die Macht zu bringen — eben weil er ihnen versprach, die Arbeiterbewegung zu vernichten — und die ihm bedingungslos gedient haben; die tief in die Verbrechen des Naziregimes verstrickt waren — die in Nürnberg als Kriegsverbrecher verurteilt wurden. Dann vergleichen wir die Liste dieser Namen einmal mit den führenden Köpfen des Wirtschaftsrates der CDU/CSU; viele davon werden wir dort wiederfinden. Untersuchen wir die Frage, wer unter Einsatz seines Lebens Widerstand gegen dieses unmenschliche Regime geleistet hat — eine wichtige Frage, die noch zum unbewältigten Selbstverständnis dieser Republik gehört. Natürlich werden wir dabei auch auf Namen konservativer Politiker stoßen, denen wir mit Achtung und Ehrfurcht begegnen.

Aber es führt doch kein Weg an der Wahrheit vorbei, daß es vor allem Frauen und Männer aus der Arbeiterbewegung gewesen sind, die diesen Widerstand geleistet haben.

Wir haben niemals behauptet, daß F. J. Strauß ein Nazi oder Faschist sei — von solchen dummen und falschen Gleichsetzungen sind wir weit entfernt. Wenn aber von seiten der CSU eine Gleichsetzung von Sozialisten und Faschisten vorgenommen wird, dann muß klargestellt werden, daß das von Strauß vertretene Konzept in einer Tradition konservativer, deutschna-

tionaler, antirepublikanischer und vor allem gegen die Arbeiterbewegung gerichteten Politik steht — und daß der Faschismus der bislang brutalste Höhepunkt dieser rechten Politiktradition in Deutschland, aber auch in anderen Ländern, gewesen ist. Wenn ich davon gesprochen habe, daß das herrschende System der Profitwirtschaft nicht in der Lage ist, Antworten auf die gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit zu geben, dann bezieht sich das nicht nur auf die Sicherung der Beschäftigung, auf die Einkommenssicherung, sondern auf die soziale Sicherung insgesamt.

Merkmal unserer Zeit

Es ist ein Merkmal unserer Zeit, daß zahlreiche Probleme der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, aber auch der Entwicklung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer, nur auf der gesellschaftlichen Ebene gelöst werden können. Das gilt auf der einen Seite für den ganzen Komplex

- der Energiepolitik, der Kontrolle des Wachstums;
- der Bewältigung der Umweltprobleme
- sowie der regionalen und sektoralen Entwicklung;

und das gilt auf der anderen Seite — und davon ist auch die Gewerkschaftspolitik betroffen —

— für die Entwicklung des Bildungs- und Gesundheitssystems;

— für die Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie für eine Vielzahl anderer Bereiche, in denen sich die „Lebensqualität“ bestimmt.

Es dürfte aus dem vorher Gesagten schon deutlich geworden sein, daß sich unter den Bedingungen des Fortwirkens der kapitalistischen Systemkrise in den 80er Jahren gerade die Probleme und Auseinandersetzungen erheblich verschärfen werden — ja, es ist geradezu ein wesentliches Merkmal dieser Krise, daß die Unfähigkeit, gesellschaftliche Lösungen zu entwickeln und durchzusetzen, die den Interessen der lohnabhängigen Mehrheit der Bevölkerung gerecht werden, immer offener zutage tritt. Wir haben uns bisher vorwiegend mit den wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aspekten dieser Krise beschäftigt. Das reicht jedoch offensichtlich nicht aus, denn bei der Bewältigung der Probleme geht es immer auch um Machtinteressen, die im politischen Raume ausgetragen werden und ausgetragen werden müssen. Wir wissen aus eigener Erfahrung zur Genüge, was dies bedeutet:

Krise des kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems heißt nicht nur,

— daß die Krisenlasten auf die lohnabhängige Bevölkerung abgewälzt werden;

— sondern daß zugleich — mit den verschiedensten Mitteln — eine Generaloffensive gegen die Gewerkschaften in Gang gesetzt wird.

Der Zweck dieser Offensive ist klar: Da die kapitalistische Krisenbewältigungsstrategie ganz bewußt eine Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer anvisiert, soll der Widerstand der arbeitenden Bevölkerung, soll vor allem die Macht der Gewerkschaftsbewegung gebrochen, an die Kette gelegt werden. Unsere eigenen Organisationserfahrungen, wie die zweimalige Anwendung der brutalen Machtaussperrung, die diktatorische Wirkung des „Tabukatalogs“ bis hin zur Rechtsprechung der Arbeitsgerichte gegen unsere Lohnklagen, sind nur ein Teil der Beispiele dafür.

Aber die Gewerkschaften tragen zum Teil noch selbst mit dazu bei. So betrachte ich z. B. den 6. Mai 1980 als einen „schwarzen Dienstag“ in der Nachkriegsgeschichte der deutschen Gewerkschaften, denn an diesem Tag wurde im DGB-Bundesvorstand der Entwurf der „Wahlprüfsteine“ für die Bundestagswahl 1980 zurückgezogen und das „Aktionsprogramm '79“ des DGB zu dessen Wahlprüfstein erklärt. Der von der IG Druck und Papier gestellte Antrag, die Friedenssicherung — in Anbetracht der gespannten internationalen politischen Situation — zum Wahlprüfstein Nr. 1 zu machen, wird lediglich im Wahlauftrag seinen Niederschlag finden.

Unsere Anträge

- zur Beseitigung des Tendenzschutzparagraphen im BetrVG;
- zum Presserechts-Rahmengesetz;
- zum „Tabukatalog“ der BDA

sind durch dieses Verfahren völlig weggefallen - andere Forderungen wie z. B. zur Aussperrung oder zur Arbeitszeitverkürzung sind dagegen im „Aktionsprogramm '79“ verarmlost dargestellt. Durch diese Verfahrensmethode wurde ein erneuter Schritt zur „Entpolitisierung“ der Gewerkschaften eingeleitet. Ich lasse es dahingestellt, welche Partei dafür die treibende Kraft gewesen ist; aber immerhin bleibt festzuhalten, daß es auch im DGB-Bundesvorstand Kollegen gibt, die dafür die Hand reichen. Man sollte ihnen manchmal weniger „aufs Maul“ und mehr auf die Finger schauen! Daß ausgerechnet in der 1.-Mai-Nummer der „Welt der Arbeit“ sich sowohl der CSU-Gewerkschaftsspezialist Stoiber als auch der CDU-Generalsekretär Geißler sich mit spalterischen und für zwei Gewerkschaften des DGB beleidigenden Äußerungen darstellen konnten, ist sicher auch kein unglücklicher Zufall.

Wichtigste Aufgabe: Erhaltung des Friedens

Wenn wir im Hinblick auf die Gewerkschaftspolitik der 80er Jahre von den politischen und gesellschaftspolitischen Dimensionen der Krise sprechen, dann dürfen wir auch und gerade als Gewerkschafter nicht die Augen verschließen vor den gefährlichen Spannungen und Konflikten - die sich gegenwärtig in der Weltpolitik entwickeln. Die Gewerkschaften haben sich in den 50er und 60er Jahren immer wieder darum bemüht, einen wirkungsvollen Beitrag zur Entspannung, zur Abrüstung und zur Friedenssicherung zu leisten. Denn die Sicherung des Friedens ist eine der Grundforderungen der Arbeiterbewegung seit ihrer Entstehung. Hier handelt es sich um die elementarsten menschlichen Lebens- und Überlebensbedürfnisse - und gerade nach den schrecklichen Erfahrungen, die unser Volk in zwei Weltkriegen hat erleiden müssen, muß es klar sein, daß dieses Kampffeld mit zu den wichtigsten gesellschaftspolitischen Aufgaben auch der Gewerkschaften gehört.

Es kann hier jetzt keine eingehende Analyse und Bewertung der jüngsten weltpolitischen Ereignisse - die ja gerade für die 80er Jahre plötzlich wieder die Gefahr weit ausgreifender

kriegerischer Auseinandersetzungen auf die Tagesordnung gerückt haben - vorgenommen werden. Eines scheint jedoch sicher zu sein: Es sind gerade die konservativsten Kräfte, die in jüngster Zeit wieder auf Hochrüstung, Anheizen von Spannungen, verschiedenartige Versuche, zum politischen und ideologischen Klima des „kalten Krieges“ zurückzukehren, mit aller Kraft setzen.

Ganz offensichtlich träumen diese Kräfte davon,

- die Krise durch eine Art militärischer und „moralischer“ Hochrüstung zu kanalisieren;
- Spannungen und innere Widersprüche abzuschwächen durch das Wiederaufrichten alter Feindbilder;
- durch das Wecken von Aggressionspotentialen und Emotionen;
- durch das Erzeugen von politischen Angstzuständen und einer Art Kriegsvorbereitungsklima

von den großen sozialen Problemen und Widersprüchen abzulenken.

Man braucht nur unsere rechte Presse - von BILD bis zur FAZ - durchzublättern, um dafür eine massive Bestätigung zu erhalten. Auch die innenpolitische Szene in den USA liefert dafür täglich neue Beweise. Auf diesem Felde darf die Gewerkschaftsbewegung nicht zögern, ihre Stimme und ihre Kraft ganz entschieden für die Fortführung einer Politik

- der internationalen Friedenssicherung und der Abrüstung in Ost und West;

- der Lösung von Konflikten und Spannungsherden auf dem Wege von Verhandlungen

einzusetzen und sich denjenigen Kräften entgegenstellen, die das Rad der Geschichte in die Periode des „kalten Krieges“ zurückdrehen möchten. Jedes Abenteuerertum auf diesem Gebiete kann eine unübersehbare Katastrophe herbeiführen. Hier geht es nicht nur um Lebens-, sondern auch um Überlebensfragen der Menschheit - und in die Auseinandersetzung um Entspannung und Abrüstung sind stets auch die Probleme der Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeitnehmer eingeschlossen. Denn jeder Schritt vorwärts in der Aufrüstung bedeutet einen Schritt rückwärts nicht nur auf dem Felde der politischen, sondern auch der sozialen Sicherheit...

IG-Metall-Jugend setzt neue Akzente in der Jugendarbeit

Die 12. Jugendkonferenz der IG Metall vom 24. bis 26. April in Travemünde hat weit über den Bereich dieser Gewerkschaft hinaus Aufmerksamkeit gefunden. Schwerpunkte waren u. a. Inhalt und Aufgabenstellung gewerkschaftlicher Jugendarbeit. Einen großen Stellenwert wurde der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit für Jugendliche eingeräumt und in diesem Zusammenhang scharfe Kritik an denjenigen geübt, die wie die Mitarbeiter des Hauses der Gewerkschaftsjugend in Oberursel mit hochtrabenden und nichtssagenden Begriffen hantieren. Dazu kämen außerhalb des Organisationsbereichs bestellte oder selbsternannte Gewerkschaftsexperten. Es fielen die Namen Crusius und Wilke, die ein überzeichnetes und verfälschtes Bild innerer Zerrissenheit und widersprüchlicher Grundsatzzpositionen innerhalb der gewerkschaftlichen Jugend- und Jugendbildungsarbeit präsentierten. Wir dokumentieren hier die wichtigsten Beschlüsse.

Inhalt und Aufgaben gewerkschaftlicher Jugendarbeit (B 1)

Ziel gewerkschaftlicher Jugendarbeit ist es, durch die Arbeit mit Jugendlichen die Voraussetzungen zur Verbesserung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen zu schaffen. Davon wird die grundsätzliche Aufgabe des Staates, die Jugend durch eine entsprechende Bildungs- und Berufsbildungspolitik zu fördern und sie vor Überforderungen im Arbeitsprozeß durch entsprechende Schutzbestimmungen zu bewahren, nicht berührt. Allerdings gilt es festzustellen, weder die Bildungs- und Berufsbildungspolitik noch das Jugendrecht in der Bundesrepublik entsprechen den Ansprüchen, die Jugendliche an Staat und Gesellschaft stellen. Darüber hinaus ist auch die Einhaltung besonderer Schutzbestimmungen gefährdet. Sie werden in vielen Betrieben nicht eingehalten. Jugendarbeitslosigkeit wird zum Mittel der Unternehmer, um die ohnehin mangelhaften Rechte der Jugendlichen noch weiter auszuhöhlen. Auch deshalb bedürfen Jugendliche der besonderen Unterstützung der Gewerkschaften durch eine an ihren Interessen und Bedürfnissen orientierten Gewerkschaftsarbeit für die Jugend.

Probleme wie Jugendarbeitslosigkeit, Ausbildungsplatzmangel, mangelnde Kenntnisse über bestehende Rechte wirken sich auf die gewerkschaftliche Jugendarbeit aus. Die Bereitschaft der Jugendlichen, sich verstärkt für die Durchsetzung ihrer Rechte aktiv einzusetzen, wird durch betrieblichen Druck erschwert. Der Betrieb als Ausgangspunkt für die gewerkschaftliche Jugendarbeit ist aus diesen Gründen von besonderer Bedeutung. Bei der Umsetzung unserer Arbeit muß nicht nur der Inhalt, sondern auch die Arbeitsform ständig diskutiert und weiterentwickelt werden.

Schwerpunkte unserer gewerkschaftlichen Jugendarbeit sind:

- die gewerkschaftliche Arbeit in Betrieb und Verwaltung, orientiert an den Konflikten, die sich aus den Abhängigkeitsverhältnissen und Anpassungszwängen in der kapitalistischen Gesellschaft ergeben;
- die politische und gewerkschaftliche Bildungsarbeit soll junge Arbeitnehmer befähigen, ihre politischen und gesellschaftlichen Interessen zu erkennen, um sie in die Lage zu versetzen, ihre Interessen solidarisch mit ihrer Gewerkschaft durchzusetzen;
- die gewerkschaftliche Jugendarbeit in der Öffentlichkeit als Interessenvertretung der jungen Arbeitnehmer in gesellschaftlichen Institutionen, wie z. B. Berufsschulen und Parteien, sowie durch politische Aktionen und kulturelle Veranstaltungen;
- die stärkere Zusammenarbeit mit Jugendverbänden, insbesondere auf der Ebene der Jugend-, Bildungs- und Berufsbildungspolitik;

- die Stärkung der Organisation durch Werbung neuer Mitglieder und die solidarische Mitarbeit der Jugend in der Organisation bei Wahrnehmung aller Einwirkungsmöglichkeiten, die der demokratische Aufbau der Organisation gewährleisten;
- die Verstärkung der Arbeit mit kultur- und freizeitbezogenen Elementen. Dazu gehören u. a. die Forcierung der Jugendklub-, Jugendcamp-, Song- und Theatergruppen-, Foto- und Videarbeit. Eine verstärkte Zusammenarbeit mit Profikünstlern, die der gewerkschaftlichen Zielsetzung und Politik aufgeschlossen gegenüberstehen, muß zur Vervollständigung der eigenen Arbeit angestrebt werden.

Diese Schwerpunkte gewerkschaftlicher Jugendarbeit haben sich allerdings qualitativ und auch quantitativ unterschiedlich entwickelt. Es gilt, die Notwendigkeit dieser Arbeit in allen Gliederungen unserer Organisation deutlich zu machen. Dazu dient auch die Fülle von Kommunikationsmitteln wie Jugend- und Funktionärszeitschriften, Infos der Ortsjugendausschüsse, Informationsveranstaltungen, Flugblätter und Arbeitshefte, die zu zentralen Fragen entwickelt wurden. Diese Arbeit muß fortgesetzt werden.

Gewerkschaftliche Jugendarbeit ist keine konfliktfreie Arbeit. Oft kommt es zu Auseinandersetzungen zwischen Jugendvertretungen und Betriebsräten, zwischen Ortsjugendausschüssen und Ortsverwaltung, DGB-Kreisjugendausschüssen und DGB-Kreisen. Es trafen unterschiedliche Positionen aufeinander, die nicht selten einseitig mit dem Hinweis auf einen großen Erfahrungshintergrund beendet wurden. Gewerkschaftliche Jugendarbeit kann sich nur dann weiterentwickeln, wenn der für diese Arbeit notwendige Freiraum bestehen bleibt. Jugendliche verfügen kaum über einen breiten Erfahrungshintergrund, durch gegenseitige Informationen und Kommunikationen zwischen jüngeren und älteren Kolleginnen und Kollegen kann die Mehrzahl der entstehenden Konflikte gelöst werden.

Ein wesentlicher Bestandteil innergewerkschaftlicher Kommunikation ist die verstärkte Bereitschaft der jungen Kolleginnen und Kollegen in der Organisation, in allen ihren Gliederungen mitzuarbeiten. Das schafft die Voraussetzung und die Möglichkeit, die Meinung der Gewerkschaftsjugend in der Organisation zur Geltung zu bringen und Einfluß zu nehmen auf die Gestaltung zukünftiger Gewerkschaftsarbeit. Die 12. Jugendkonferenz der IG Metall hält an diesem Weg der integrativen Jugendarbeit fest, weil nur die verstärkte Zusammenarbeit von jüngeren und älteren Kolleginnen und Kollegen die Interessen und Forderungen aller Lohnabhängigen berücksichtigen und durchsetzen kann. Die Gewerkschaftsjugend arbeitet auf allen Ebenen in der Gesamtorganisation aktiv mit. Ihre an den Interessen der Arbeitnehmer orientierte gewerkschaftliche Arbeit soll verdeutlichen und klarmachen, daß sie vorrangig, aber nicht ausschließlich für die Interessen der arbeitenden Jugend eintritt. Gewerkschaftliche Jugendarbeit geht nicht von irgendeiner Form der Sozialpartnerschaft aus, sondern vom Interessengegensatz zwischen Kapital und Arbeit. Deshalb engagiert sich die Gewerkschaftsjugend nicht nur in den jugendpolitischen Fragen, sondern ist Teil der Arbeit in der Gesamtorganisation.

Die Arbeit der Gewerkschaftsjugend zielt darauf ab, den Interessengegensatz, wie er in Betrieb und Verwaltung, im Bereich der Berufsausbildung und der Gestaltung der Arbeitsbedingungen jugendlicher Arbeitnehmer besteht, zu verdeutlichen, seine Ursachen zu erklären und gemeinsam mit den Betroffenen Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Dabei geht es vorrangig um die:

1. Verbesserung der Ausbildungssituation und der Arbeitsbedingungen Jugendlicher;
2. Entwicklung eines kritischen politischen und gewerkschaftlichen Bewußtseins;
3. Stärkung der Gewerkschaft als Instrument für Koordinierung und Austragung des Kampfes um sozialen Fortschritt auf allen Ebenen.

Diese Ziele können sowohl durch die verstärkte Arbeit der gewerkschaftlichen und betrieblichen Interessenvertretung zur Einhaltung vertraglicher und gesetzlicher als auch durch den überbetrieblichen Kampf um Reformen und tarifvertragliche Verbesserungen erreicht werden.

1979: Erneut Mitgliederzuwachs im DGB

Gewerkschaft	Arbeiter			Angestellte			Beamte			Gesamt		Insgesamt m. u. w.	in Prozent	Zu-/Abnahme gegenüber Vorj.
	männlich	weiblich	Gesamt	männlich	weiblich	Gesamt	männlich	weiblich	Gesamt	männlich	weiblich			
IG BSE	470 845	8 962	479 807	39 240	6 544	45 784	-	-	-	510 085	15 506	525 519	6,7	+ 7 749
IG BE	315 821	1 506	317 327	41 309	5 060	46 369	-	-	169	357 299	6 566	363 865	4,6	+ 1 717
IG ChPK	448 375	91 735	538 110	89 416	30 394	119 810	-	-	-	535 791	122 129	657 920	8,4	+ 7 245
IG DruPa	97 019	19 840	116 859	15 061	7 149	22 210	-	-	-	112 080	26 989	139 069	1,8	- 6 911
GdED	194 589	11 287	205 876	4 600	4 270	8 870	189 999	3 189	193 188	389 188	18 746	407 934	5,2	- 6 261
GEW	-	-	-	13 155	22 206	35 361	75 258	63 261	138 519	88 413	85 467	173 880	2,2	+ 15 146
GGLF	33 681	2 921	36 602	2 399	396	2 795	-	-	-	38 856	3 323	42 179	0,5	+ 868
HBV	35 244	15 929	51 173	120 401	162 462	282 863	-	-	-	155 645	178 391	334 036	4,3	+ 19 792
GHK	114 570	16 248	130 818	7 877	2 338	10 215	-	-	-	122 447	18 586	141 033	1,8	- 4 043
GK	-	-	-	36 809	7 304	44 113	-	-	-	36 809	7 304	44 113	0,6	+ 2 004
GL	28 989	22 870	51 859	2 458	949	3 407	-	-	-	31 447	23 819	55 266	0,7	+ 198
IGM	2 008 695	276 171	2 284 866	295 427	104 216	399 643	-	-	-	2 304 122	380 387	2 684 509	34,3	+ 3 711
NGG	149 356	55 117	204 473	28 015	20 366	48 381	-	-	-	177 371	75 483	252 854	3,2	+ 414
ÖTV	470 295	85 812	556 107	278 926	190 988	469 914	83 128	9 598	92 726	832 349	286 398	1 118 747	14,3	+ 19 351
GdP	5 530	2 357	7 887	6 708	5 639	12 347	140 247	1135	141 382	152 485	9 131	161 616	2,1	+ 9 130
DPG	81 632	46 155	127 787	8 974	22 163	31 137	230 506	46 977	277 483	321 112	115 295	436 407	5,6	+ 7 529
GTB	110 285	156 825	267 110	16 254	10 487	26 741	-	-	-	126 539	167 312	293 851	3,7	+ 3 708
DGB - Gesamt	4 562 926	813 735	5 376 661	1 007 029	602 931	1 609 960	722 083	124 166	846 249	6 292 038	1 540 832	7 832 870	100,0	+ 81 347
	34,9 %	15,1 %	100 %	62,5 %	37,5 %	100 %	85,3 %	14,7 %	100 %	80,3 %	19,7 %	100 %		
Vergleichszahlen 13. 12. 1978	4 569 541	800 947	5 370 488	983 178	565 769	1 548 947	716 455	115 633	832 088	6 269 174	1 482 349	7 751 523	100 %	
	85,1 %	14,9 %	100 %	63,5 %	36,5 %	100 %	86,1 %	13,9 %	100 %	80,9 %	19,1 %	100 %		
		69,3 %			20,0 %									

Die Abkürzungen der Gewerkschaften bedeuten: IG BSE = IG Bau, Steine, Erden; IG BE = IG Bergbau und Energie; IG ChPK = IG Chemie-Papier-Keramik; IG DruPa = IG Druck und Papier; GdED = Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands; GEW = Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft; GGLF = Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft; HBV = Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen; GHK = Gewerkschaft Holz und Kunststoff; GK = Gewerkschaft Kunst; GL = Gewerkschaft Leder; IGM = IG Metall; NGG = Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten; ÖTV = Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr; GdP = Gewerkschaft der Polizei; DPG = Deutsche Postgewerkschaft; GTB = Gewerkschaft Textil-Bekleidung.

Organisatorische Voraussetzungen dafür sind:

1. Werbung und Aktivierung von Mitgliedern mit dem Ziel, eine breite Bereitschaft zur Mitarbeit zu erhalten;
2. Wahl von Jugendvertretern in allen Betrieben und Verwaltungen, in denen die Voraussetzungen dazu gegeben sind. Das gilt in verstärktem Maße gerade für den Bereich, in dem die Möglichkeiten einer aktiven Interessenvertretung nur unzureichend entwickelt sind — im Handwerk. Die intensive Zusammenarbeit zwischen Betriebsräten und Jugendvertretungen muß fortgesetzt und verbessert werden.
3. Wahl von Vertrauensleuten der Jugendlichen und aktive Mitarbeit in den Vertrauenskörpern.

In den größeren Betrieben ist zur Unterstützung unserer Forderungen der weitere Aufbau von Arbeitskreisen oder Projektgruppen zu betreiben. Gerade diese betrieblichen Jugendgruppen bieten den Jugendlichen oft erstmalig die Gelegenheit, den Kontakt mit der Organisation aufzunehmen. Es fehlt ihnen oft die politische und inhaltliche Voraussetzung, gestaltend in der Jugendgruppenarbeit mitzuwirken. Jugendgruppenarbeit muß immer an den Erfahrungen, Interessen und Bedürfnissen der Jugendlichen ansetzen. Sie ist deshalb nicht unpolitisch. Sie schafft vielmehr die Voraussetzung, durch längerfristige und intensive Arbeit das notwendige Vertrauen und die Bereitschaft zur Mitarbeit bei den Jugendlichen zu wecken. Betriebliche Jugendgruppen müssen aber immer in engem Kontakt mit den Jugendlichen, Jugendvertretern, Betriebsratsmitgliedern und dem Vertrauenskörper zusammenarbeiten. Örtlich sind die Voraussetzungen zu schaffen, um die Bildung von Arbeitskreisen und Branchengruppen weiterzuentwickeln. Oft haben Jugendliche im Handwerksbereich nur in diesen Gruppen die Möglichkeit, den notwendigen Kontakt und Erfahrungsaustausch mit Vertretern aus anderen Betrieben zu erhalten.

Im Rahmen der Auseinandersetzung um die Einhaltung, Durchsetzung und Erweiterung vertraglicher und gesetzlicher Bestimmungen muß gewerkschaftliche Jugendarbeit darauf ausgerichtet sein:

- die Jugendlichen zu informieren und zu mobilisieren;
- ihnen gleichzeitig die Grenzen betrieblicher Durchsetzungsmöglichkeiten aufzuzeigen;
- sie zugleich für die weitere Auseinandersetzung um die Veränderung der Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen außerhalb des Betriebes und der Verwaltung zu gewinnen.

Es ist verstärkt darauf zu achten, daß die Arbeit in kurzfristigen, überschaubaren Zielen entwickelt wird. So schaffen wir die Voraussetzungen für eine erfolgreiche, von Erfolgserlebnissen getragene Jugendarbeit. Grundsatzpolitische Forderungen der Gewerkschaften müssen den Jugendlichen verdeutlicht werden. Den Jugendlichen muß klarwerden, daß diese Forderungen nur durch eine langfristige Arbeit mit vielfältigen Aktivitäten realisiert werden können.

Unsere Forderungen können aber nur dann realisiert werden, wenn:

- wir den älteren Arbeitskollegen, den Mitgliedern und Funktionären in Gesprächen am Arbeitsplatz, in Betriebsrats- und Vertrauenskörpersitzungen als auch in Betriebsversammlungen die Forderungen der Jugendlichen verständlich machen, um so ihre Unterstützung zu gewinnen;
- wir als entscheidende Voraussetzung für das erfolgreiche Wirken der Jugendfunktionäre die enge Zusammenarbeit mit den organisierten Betriebsratsmitgliedern und den Vertrauensleuten und die ständige aktive Beteiligung der jungen Funktionäre an der Arbeit der betrieblichen Vertrauenskörper erreichen.

Die Arbeit auf örtlicher Ebene setzt funktionierende Ortsjugendausschüsse voraus. Die Jugendausschüsse haben sich in ihrem jeweiligen Organisationsbereich verstärkt mit tarifpolitischen und anderen Möglichkeiten der Interessenpolitik für die jugendlichen Arbeitnehmer auseinanderzusetzen und Einfluß zu nehmen auf die Vertretung der jugendlichen Mitglieder in Tarifkommissionen, Berufsschulbeiräten, Berufsbildungs- und Prüfungsausschüssen bei Industrie- und Handels- sowie

Handwerkskammern und in allen anderen Gremien, in denen eine konsequente Interessenvertretung der arbeitenden Jugend möglich und nötig ist.

Die Arbeit der Ortsjugendausschüsse muß stärker den Bereich der Information, Koordination und Hilfestellung beachten. Die Jugendausschüsse sind Aktionszentren der gewerkschaftlichen Jugendarbeit am Ort, im Bezirk und auf Bundesebene. In ihnen müssen Erfahrungen ausgetauscht, Hilfsmittel entwickelt und die zukünftige Arbeit geplant werden. Sie haben die Jugendgruppenarbeit am Ort zu betreuen und fortzuentwickeln. Aktive junge Gewerkschafter müssen sich zur Wahl als Betriebsratsmitglieder oder für andere Funktionen in der Organisation zur Verfügung stellen.

Für die Gewerkschaftsbewegung, die eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse anstrebt, sind Fragen der Bildung von besonderer Bedeutung. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit hat von der tatsächlichen Lage der abhängig Beschäftigten auszugehen. Sie darf nicht bei der Analyse und Erklärung dieser Lage stehenbleiben, sondern muß die Jugendlichen in die Lage versetzen, durch die Vermittlung von praktischen Handlungshinweisen, Probleme im Betrieb und am Ort auch kurzfristig lösen zu können.

Der organisierte Kapitalismus verschleiert die tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnisse. Das oft strapazierte Wort von der pluralistischen Gesellschaft in der Bundesrepublik kann über die nach wie vor bestehenden Klassengegensätze nicht hinwegtäuschen. Diese ergeben sich vorwiegend aus der privatkapitalistischen Organisation des Produktionsprozesses, die wiederum die Struktur der Gesellschaft bedingt.

Deshalb beschränkt sich die Abhängigkeit der Arbeitnehmer nicht nur auf den Betrieb, sondern setzt sich in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen fort. Besonders deutlich wird das im Bereich der Erziehung und Bildung. Auch heute noch vermittelt das Elternhaus, die Schule und der Betrieb Erziehungsprinzipien der bestehenden Gesellschaft. Indem sie das tun und diese Werte nicht grundsätzlich in Frage stellen, rechtfertigt und stabilisiert diese angeblich „neutrale“ Erziehung die bestehenden Verhältnisse, das heißt, sie rechtfertigt Herrschaft und Abhängigkeit.

Ziel und Aufgabe der Gewerkschaften ist es, die Lage der abhängig Beschäftigten zu verbessern. Der Katalog der Ziele erstreckt sich vom Schutz vor Ausbeutung über die Durchsetzung höherer Löhne und Gehälter bis zur Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft. Zur Erreichung dieser Ziele kann die gewerkschaftliche Bildungsarbeit für Jugendliche nicht „neutral“ sein, sondern muß einseitig Positionen beziehen für die abhängig Beschäftigten.

Gewerkschaftliche Bildungsarbeit für Jugendliche muß:

- a) die Struktur der Gesellschaft aufdecken;
- b) die Gesellschaft als Ergebnis bestehender Herrschaftsverhältnisse bewußt machen und die Notwendigkeit sowie die Möglichkeiten ihrer Veränderung aufzeigen;
- c) Sachwissen und Kenntnisse vermitteln sowie Hilfestellung bieten zur Durchsetzung der praktischen Gewerkschaftsarbeit in Betrieb und Gesellschaft.

Bildungsarbeit hat jedoch auch den Entwicklungsstand der Jugendlichen zu berücksichtigen:

- a) Die Jugendlichen sind durch die Bindung an das Elternhaus und die Ausbildungssituation in einem Abhängigkeitsverhältnis.
- b) Die Fülle einschlägiger Rechtsnormen (Jugendarbeitsschutzgesetz, Berufsbildungsgesetz usw.), auf die sie nur unzureichend oder auch gar nicht vorbereitet wurden, wirken sich auf das Verhalten des Jugendlichen aus. Gerade der Übergang von der Schule in den Betrieb schafft zusätzliche Probleme, die es notwendig machen, auf die Situation und das Bewußtsein von Jugendlichen besonders einzugehen.
- c) Die Bereitschaft zum gewerkschaftlichen Engagement ist meist noch nicht oder nur in Ansätzen vorhanden.

All diese Bedingungen machen es nach wie vor notwendig, für unsere jugendlichen Mitglieder Bildungsmaßnahmen anzubie-

ten. Für aktive junge Mitglieder ist gewerkschaftliche Jugendarbeit ein zeitlich begrenzter Entwicklungsabschnitt. Wesentliche Veränderungen der Ausbildungs-, Arbeits- und Lebensbedingungen auch junger Arbeitnehmer sind nur solidarisch mit den älteren Kolleginnen und Kollegen zu realisieren. Deshalb muß gewerkschaftliche Jugendarbeit als in die Zukunft gerichtete Gewerkschaftsarbeit gesehen werden. In dieser Arbeit hat die Lösung kurzfristiger Probleme den gleichen Stellenwert wie der Kampf um die Realisierung unserer längerfristigen politischen Ziele.

Gewerkschaftliche Jugendarbeit unter erschwerten Bedingungen (B 2)

Die gewerkschaftliche Jugendarbeit findet nach wie vor unter erschwerten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen statt. Insbesondere mit den zunehmenden gesellschaftspolitischen Kontroversen um die Abwälzung von Krisenlasten hat das ideologische Trommelfeuer der Unternehmerverbände und ihrer politischen Hilfstruppen auf die Gewerkschaften erheblich zugenommen. Ihnen geht es um die Verhinderung von gewerkschaftlichem Widerstand gegen die rücksichtslose Durchsetzung von Kapitalinteressen. Dazu dient insbesondere auch die Disziplinierung der Jugend in Ausbildung und Beruf. Durch die mangelnde Anzahl qualifizierter Ausbildungsplätze, durch erschwerte Eingangsbedingungen und drohende Nichtübernahme, durch erhöhten Leistungsdruck und Rückgang der Ausbildungsqualität werden Jugendliche massiv in ihren Entwicklungs- und Zukunftschancen beeinträchtigt. Die Erziehung zur Anpassung mit allen Mitteln gehört zu den Folgewirkungen eines an die alleinige Verfügungsgewalt der Unternehmer geknüpften Ausbildungs- und Beschäftigungssystems.

Die zunehmende Ablenkung der Jugendlichen von ihren unmittelbaren Interessen und den tatsächlichen gesellschaftlichen Verhältnissen durch die Angebote und Zwänge der Freizeitindustrie sowie die Ideologie des individuellen Versagens treiben viele Jugendliche in die Resignation oder in die Hände der „Aussteiger-Idealisten“. Die aus dem Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital erwachsenden Abhängigkeiten in Freizeit und Beruf lassen sich weder durch individuelles noch kollektives Aussteigen aufheben. In diesem Zusammenhang stellt die Zunahme der Aktivitäten von neonazistischen Jugendorganisationen und die damit verbundene Gefahr eines Abrutschens von Teilen der Arbeiterjugend in rechtsradikale Gruppierungen ein ernstes Problem dar. Die Gewerkschaftsjugend hat die Aufgabe, diese Entwicklung zu verhindern. Nur wenn sich die Gewerkschaftsjugend nicht als zerstritten und unfähig zur Lösung der Probleme der Jugendlichen darstellt und eine überzeugende Alternative bietet, kann sie dieser Aufgabe gerecht werden.

Hierzu stellt die 12. Jugendkonferenz der IG Metall folgendes fest:

1. Der Grundsatzantrag 300 vom 9. ord. DGB-Bundeskongreß beschreibt ausführlich das Selbstverständnis und die daraus folgenden Aufgaben und die Funktionsbestimmung der Gewerkschaftsjugend.
2. Die im Antrag 300 enthaltenen Prinzipien haben nach wie vor Gültigkeit und sind verbindliche Grundlage der Gewerkschaftsjugend für ihre betriebliche und gesellschaftliche Interessenvertretung sowie für ihre Jugendbildungsarbeit.
3. Zur Orientierung in der aktuellen Situation müssen auf der Grundlage des A 300 Arbeits- und Aufgabenfelder beschrieben werden.

Schwerpunkte sind insbesondere:

- Kampf für eine umfassende Reform der beruflichen Bildung, Sicherung von Quantität und Qualität;
- Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit im Zusammenhang mit den Zielen und Strategien der Gesamtorganisation zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit;
- Stärkung und Weiterentwicklung der betrieblichen Interessenvertretung, insbesondere der Jugendvertreter- und Betriebsjugendgruppenarbeit;

— Verbreiterung und massive Unterstützung der Aktionen der Gewerkschaftsjugend zum Antikriegstag. Vor dem Hintergrund wachsender internationaler Spannungen und angestrebter Aufrüstungsbestrebungen ist der Kampf der Gewerkschaftsjugend für Entspannung, Frieden und Abrüstung wesentlicher Bestandteil unserer Arbeit;

— Der Kampf der Gewerkschaftsjugend gegen den Abbau demokratischer Rechte beschränkt sich nicht nur auf die Problematik der Berufsverbotspraxis, sondern gewinnt gerade durch die Bespitzelung von BR und JV in der betrieblichen Interessenvertretungsarbeit an Bedeutung.

4. Zur Umsetzung der Aufgabenstellungen ist die Arbeit der Jugendausschüsse zu unterstützen und zu qualifizieren. Die Jugendgruppenarbeit muß ausgeweitet und stabilisiert werden. Hierzu sind besonders die positiven Ansätze in der Freizeit- und Kulturarbeit zu nutzen und auszubauen. Gewerkschaftliche Freizeit- und Kulturarbeit ist Bestandteil der gewerkschaftlichen Jugend- und Jugendbildungsarbeit.

5. Zur Unterstützung dieser Vorstellungen stellt die Gewerkschaftsjugend ein „Jugendpolitisches Programm“ vor. Für die innerorganisatorische Arbeit soll die Schriftenreihe „Theorie & Aktion“ wiederaufgegriffen werden.

6. Die Zeitschriften „solidarität“ und „ran“ müssen beide bestehen bleiben und entsprechend ihrer Aufgabenstellung weiterentwickelt werden. Insbesondere die „solidarität“ ist eine unabdingbare Hilfestellung für die Arbeit von Jugendausschüssen und Jugendgruppen.

Aufgrund verschiedener Konflikte in der jüngsten Zeit weist die 12. Jugendkonferenz der IG Metall erneut auf die Prinzipien der Einheitsgewerkschaft und der innergewerkschaftlichen Demokratie hin. Innerorganisatorische Ursache für die erschwerten Bedingungen gewerkschaftlicher Jugendarbeit, im besonderen hervorgerufen durch ein Papier der DGB-Bundesjugendschule Oberursel, sind die

— Diskriminierung der Gewerkschaftsjugend als kommunistisch unterwandert,

— Abqualifizierung der im Rahmen des demokratischen Aufbaus der Gewerkschaften notwendigen Gremienarbeit,

— Diffamierung der Arbeit der Funktionäre als sogenannte Stellvertreterpolitik,

— Darstellung der gewerkschaftlichen Reformpolitik als ungeeignet, Arbeitnehmerinteressen zu vertreten; Ablehnung der gewerkschaftlichen Forderungen, wie paritätische Mitbestimmung oder Investitionslenkung.

Diese formulierten Auffassungen der Mitarbeiter des Hauses der Gewerkschaftsjugend in Oberursel haben besonders innergewerkschaftlich dazu beigetragen, keine Perspektiven für die erschwerte Jugendarbeit zu schaffen. Vielmehr ist in den letzten Jahren vom DGB und großen Teilen des Bundesjugendausschusses eher eine Desorientierung ausgegangen. Dabei wurden für die traditionellen Arbeits- und Aktionsfelder der Gewerkschaftsjugend nicht die Ziele, Inhalte, Aktionen und Maßnahmen beschrieben, sondern eine perspektivlose Strategiediskussion eröffnet und geführt.

Die Behauptung, die Gewerkschaftsjugend sei kommunistisch unterwandert, ist gegenstandslos. Sie kennzeichnet allerdings ihre Verursacher als diejenigen, die die Einheitsgewerkschaft gefährden. Auch die Angriffe auf das Prinzip der Funktionäre- und Gremienarbeit, die als „Stellvertreterpolitik“ diffamiert wird, werden zurückgewiesen.

Die 12. Jugendkonferenz der IG Metall wendet sich gegen alle Versuche, die Gewerkschaftsjugend durch die Einführung von unverbindlichen Arbeitsprinzipien einer sogenannten „offenen“ Jugendarbeit zu einer „Spielwiese“ zu degradieren. Sie bekennt sich zum Prinzip der innergewerkschaftlichen Demokratie, welches die offene Einwirkungs- und Mitwirkungsmöglichkeit für jedes Mitglied gewährt, das sich aktiv an gewerk-

schaftlicher Arbeit beteiligen will. Allerdings erwartet die 12. Jugendkonferenz der IG Metall von der Gesamtorganisation zukünftig andere Verfahrens- und Umgangsweisen, als dies beispielsweise bei der Amtsenthebung des Koll. Heinz Hawreliuk als DGB-Bundesjugendsekretär erlebt wurde. Geheimhaltung der näheren Umstände und Hintergründe über diesen für die Gewerkschaftsjugend folgenreichen und schwerwiegenden Vorgang stehen im Gegensatz zum Anspruch der Gesamtorganisation, die Gewerkschaftsjugend ernst zu nehmen und nicht als „Kindergarten“ zu betrachten. Der Dialog zwischen Gesamtorganisation und ihrer Jugend darf nicht bei der Feststellung allgemeiner Grundsätze stehenbleiben, sondern muß gerade in konkreten Konfliktfällen offen geführt werden.

Die fristlose Entlassung zweier „ran“-Redakteure trägt nach Auffassung der 12. Jugendkonferenz der IG Metall ebenfalls eher zur allgemeinen Disziplinierung, Verunsicherung und Resignation in der Gewerkschaftsjugend als zu einer vorwärtsorientierenden Stabilisierung und Weiterentwicklung von gewerkschaftlicher Jugendarbeit bei. Ganz zu schweigen von der Wirkung dieser völlig überzogenen Maßnahmen auf die bisher noch abseits stehenden, aber gewerkschaftlich interessierbaren Jugendlichen, die sich in ihrer „Apparatkritik“ eher noch bestätigt sehen. Abschließend erwartet die 12. Jugendkonferenz der IG Metall, daß zukünftig die Auseinandersetzung um Probleme der gewerkschaftlichen Jugendarbeit kollegial und solidarisch geführt wird. Die derzeit unbefriedigende innere Situation der Gewerkschaftsjugend kann nur durch vorwärtsweisende Orientierung und geschlossenes Handeln überwunden werden.

Es gibt vielfältige positive Ansätze in der örtlichen Arbeit, die aufgegriffen und auf allgemeiner Ebene in Aktionen umgesetzt werden müssen. In diesem Sinne bietet die Gewerkschaftsjugend der arbeitenden und lernenden Jugend Orientierung und eröffnet die Perspektiven im Kampf um die Durchsetzung der Interessen der abhängig Beschäftigten insgesamt.

Situation der Gewerkschaftsjugend (B 3)

Die Bedingungen gewerkschaftlicher Jugendarbeit sind einem ständigen, sehr starken Wandel unterzogen. War es für die Gewerkschaftsjugend in der Aufbauphase der Bundesrepublik den Verhältnissen entsprechend leicht, die Organisation der Freizeitbetätigung der Jugendlichen zu übernehmen, so mußten wir Ende der 60er Jahre feststellen, daß die Basis für diesen Teil der Jugendarbeit entfallen war. Andere, in der Regel kommerzielle Träger, deckten entsprechende Bedürfnisse Jugendlicher ab. Konnten wir Anfang der 70er Jahre eine sehr starke Belegung der Jugendarbeit durch die Auseinandersetzungen um mehr Jugendvertreterrechte, um die Durchsetzung der neuen Möglichkeiten nach dem Berufsbildungsgesetz von 1969 und dem Betriebsverfassungsgesetz von 1972 sowie durch Impulse aus der Studentenbewegung erfahren, so mußten wir wenige Jahre später starke Einschränkungen unserer Arbeit durch Verunsicherung und Angst bei den Jugendlichen erleben. Grund für die letztgenannte, bis heute anhaltende Erscheinung ist im wesentlichen die zum Teil katastrophale Ausbildungssituation und die in den letzten Jahren rapide angestiegene Zahl von Schulabgängern.

Unter diesen sich ständig ändernden, teilweise sehr schwierigen Bedingungen für gewerkschaftliche Jugendarbeit bestand in dieser immer Einigkeit über folgende Punkte:

– Die Jugend in der Organisation nimmt sich das Recht, eigene erarbeitete Positionen offensiv in die Einzelgewerkschaften und den DGB zu tragen.

– Auseinandersetzungen interner Art wurden auch innerhalb der Gewerkschaftsjugend ausgetragen. (Dazu gehörten vor allem auch Fragen des Einflusses anderer Gruppen.)

– Kontroverse Positionen innerhalb der Gewerkschaftsjugend konnten ohne Schaden und ohne Vorbehalte vorgetragen und behandelt werden.

Dieses Selbstverständnis führte letztlich zu einer Politik der Gewerkschaftsjugend, die diese innerhalb der letzten zehn Jahre zum geschlossensten und – häufig schlicht übersehen – auch erfolgreichsten Jugendverband werden ließ. Dies sowohl in der Tarifpolitik als auch bei der Verwirklichung zahlreicher „jugendpolitischer Forderungen“, so z. B. die Ausweitung der Jugendvertreterrechte. Dieser Konsens wurde durch eine Reihe von Vorgängen der letzten Jahre durchbrochen.

– So wurden in einer Auswertung der 10. Bundesjugendkonferenz des DGB die auf Sachfragen bezogenen Gegensätze zu politischen Unterstellungen umgemünzt. In Verbindung damit und in einer entsprechenden Pressekampagne kam es zur politischen Diffamierung der Arbeit von Einzelgewerkschaften und zum Vorwurf der kommunistischen Unterwanderung der Gewerkschaftsjugend. Diese Vorwürfe lieferten politischen Gegnern die Munition für ihre Kampagnen gegen den DGB und für ihre Angriffe auf die Einheitsgewerkschaft. Gewerkschaftsgegnern in den Betrieben wurde in ihren Aktivitäten dadurch Vorschub geleistet.

– Trotz der bereits erkennbaren negativen Auswirkungen wurde kurz darauf ein von den Mitarbeitern der DGB-Bundesjugendschule in Oberursel verfaßtes „Diskussionspapier zur Strategie der DKP und SDAJ im gewerkschaftlichen Jugendbereich“ bekannt. Die darin formulierten Prinzipien gewerkschaftlicher Jugendarbeit stehen im krassen Gegensatz zu DGB-Beschlüssen und führen zur politischen Katalogisierung von Jugendfunktionären. Die dadurch hervorgerufene Verunsicherung wirkt sich äußerst hemmend auf die Arbeit der Gewerkschaftsjugend aus.

– Am 1. 5. 1979 erscheint in der „Tageszeitung“ ein Interview mit dem Leiter der DGB-Bundesjugendschule, in dem die Positionen des Papiers wiederholt werden, obwohl man sich darüber einig war, daß dieses Papier für die Diskussion über die gewerkschaftliche Jugendarbeit ungeeignet ist und nicht weiterverbreitet werden darf.

– Völlig überraschend gliedert Kollege Karl Schwab am 8. 6. 1979 die Bundesjugendschule aus der Abteilung Jugend aus und erweitert die Kompetenzen der Schule. Damit wird die inhaltliche Arbeit der Schule ausdrücklich von der Arbeit der Abteilung Jugend und des Bundesjugendausschusses des DGB getrennt.

– Völlig unvermittelt und ohne ersichtlichen Grund wird der Bundesjugendsekretär aus seiner Funktion enthoben und damit erste Ansätze einer sich wieder stabilisierenden DGB-Jugendarbeit zerstört.

Die Delegierten der 12. Jugendkonferenz der IG Metall stellen deshalb fest:

– Die Verantwortlichen der DGB-Jugendarbeit haben mit dem Bundesjugendausschuß unverzüglich den (bereits vorhandenen) Rahmen für gewerkschaftliche Jugend- und Bildungsarbeit auf der Grundlage des Antrags 300 (angenommen auf dem 9. ordentlichen DGB-Bundeskongreß 1972) zu konkretisieren und wenn nötig, allen in der Jugendarbeit Tätigen zu verdeutlichen. Dieser ist für die Praxis unserer Arbeit und insbesondere für hauptamtliche Jugendsekretäre und Bildungsreferenten verbindlich.

– Im Interesse einer langfristigen Erhaltung der zentralen Bildungsstätte der Gewerkschaftsjugend und zur Erfüllung ihrer Aufgaben sind die Bedingungen der dort geleisteten Schulungsarbeit zu verändern. Dazu gehört die Konkretisierung der Schulungsinhalte und ihre Anpassung an formulierte und verbindliche Positionen ebenso wie die Durchschaubarkeit der Auswahl von Teilnehmern. Nur so kann die verständliche Verunsicherung über die Schulungsarbeit in Oberursel beseitigt werden, die in den betroffenen Organisationsstellen herrscht. Eine sofortige Eingliederung der Bildungsstätte Oberursel in die Abteilung Jugend beim DGB-Bundesvorstand ist dringend erforderlich ...

DruPa-Bezirke für Entspannung

Auf den Landesbezirkskonferenzen der IG Druck und Papier, die in den letzten Wochen stattfanden, wurde neben einer Fülle tarifpolitischer Forderungen die Einführung der 35-Stunden-Woche verlangt. Die Aussperrung wurde einmütig verurteilt. Zahlreiche Anträge an den 12. ordentlichen Gewerkschaftstag wurden verabschiedet.

Die bayerische Landesbezirkskonferenz in Nördlingen sprach sich für die Fortführung der Entspannungspolitik aus. Große Sorge bereite der Nato-Beschluß vom Dezember 1979 zur Stationierung neuer Atomraketen. In Nördlingen wurde festgestellt, daß dieser kein Beitrag zur politischen Entspannung, zur Rüstungskontrolle und zur Abrüstung sei. Deshalb dürfe die Stationierung neuer Atomraketen in unserem Lande nicht zugelassen werden.

In Frankfurt a. M. kam die Landesbezirkskonferenz Hessen zu dem Ergebnis, daß sie diesen Nato-Beschluß keineswegs als Sicherheitsmaßnahme betrachten könne. Durch ihn erhielten die USA-Generale die Möglichkeit, einen atomaren Krieg zu europäisieren, während die USA selbst verschont blieben. Dieser Beschluß wirke sich schon heute auf den Kampf um höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen negativ aus.

„Ungeachtet unterschiedlicher Auffassungen über die Geschehnisse im Iran

oder Afghanistan“, meinten die bayerischen Delegierten, „wissen wir als Gewerkschafter: Kalter Krieg und die damit verbundene Hochrüstung ging schon immer zu Lasten der arbeitenden Menschen.“ In Hessen wurde zum afghanischen Problem beschlossen, daß es die Landesbezirkskonferenz für erforderlich hält, „daß die sowjetischen Truppen aus Afghanistan abgezogen werden, ohne daß die sozialen Errungenschaften der afghanischen Revolution von 1978 und das Gleichgewicht in dieser Region gefährdet werden“.

Obwohl die Mehrheit der Mitglieder der geschäftsführenden Landesvorstände wiedergewählt wurde, gab es jedoch eine Reihe erwähnenswerter Veränderungen. Im Landesbezirk Nordmark wurde an Stelle des aus Altersgründen ausscheidenden Heinz Wolf als neuer 1. Landesbezirksvorsitzender Uwe Körner gewählt. Auch in Hessen schied mit Max Melzer und Ernst Häring zwei langjährige Funktionäre aus. Gewählt wurde als neuer 1. Landesbezirksvorsitzender Ernst Kersting und als neuer Landeskassierer Dietmar Glaßer. In Bayern schied wegen Erreichens der Altersgrenze Max Jäger aus. Für ihn wurde als neuer Landeskassierer Ernst Späth gewählt. Schließlich wurde in Westberlin auf einer außerordentlichen Landesbezirkskonferenz Ernst Lipski als neuer 2. Landesbezirksvorsitzender bestimmt, der Horst Schelske ablöst.

H. Sch.

Der Bär war in Hamburg los

Unter dem Motto „Jugend für ihre Zukunft“ stand die Hansestadt Hamburg über Pfingsten ganz im Zeichen junger Menschen und ihrer Forderungen. Der DGB hatte gerufen, und weit über 30 000 Menschen aus Hamburg, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Westberlin waren gekommen. Versprochen worden war ihnen ein „Bärensprung“. Und der Bär sprang tatsächlich mit einem Fallschirm vom Himmel.

In einem riesigen Zeltlager, aufgebaut in Hamburgs Stadtpark, wurden in Dutzenden von Veranstaltungen die Forderungen der jungen Gewerkschafter nach Frieden und Sicherheit, Beseitigung des Lehrstellenmangels sowie nach besserer Bildung und Ausbildung erhoben. Diese Problematik bestimmte auch das abwechslungsreiche Programm, das von über 100 Jugendgruppen zusammengestellt worden war.

Zu den Tausenden sprach der stellvertretende Vorsitzende des DGB-Landesbezirks Nordmark, Dieter Heering. Der DGB werde verhindern, so versicherte er, „daß das Arbeitsamt zum Jugend-

heim für kaputtgemachte Jugendliche wird“. Auch nach Pfingsten werde der DGB „überall den Bär losmachen, damit sich unsere berechtigten Forderungen durchsetzen“. Es sei nicht zuletzt die Aufgabe der jungen Gewerkschafter, dafür zu sorgen, daß die antifaschistischen Traditionen der Arbeiterbewegung die Zukunft bestimmen. Und Irene Börjes, Leiterin der Abteilung Jugend beim DGB Nordmark, erklärte, daß die Rechte der jungen Menschen nicht vom Himmel fallen, sondern erkämpft werden müssen.

In Hamburg gab es Begegnungen mit Antifaschisten, Fahrten zu den traditionellen Stätten der Hamburger Arbeiterbewegung sowie ein Treffen junger Werftarbeiter. In mehreren Diskussionsrunden, standen auch Probleme der Friedenssicherung im Mittelpunkt und daneben ein buntes Programm mit einem Filmfestival, Chöretreffen, sportlichen Wettkämpfen und einer Theaterwerkstatt. Zahlreiche Gelegenheiten gab es dabei zum Mitmachen, so u. a. an der Pfingstjugendzeitung „Bärenstark“.

G. M.

Eugen Loderer 60 Jahre

Am 28. Mai wurde der 1. Vorsitzende der IG Metall und Präsident des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB), Eugen Loderer, 60 Jahre. Loderer wurde am 28. Mai 1920 in Heidenheim/Brenz geboren und absolvierte nach dem Besuch der Volksschule eine dreijährige Lehre als Metallgewebemacher. Von 1938 bis 1947 war Loderer, unterbrochen durch Militärdienst und Kriegsgefangenschaft, bei der Metalltuchfabrik Oberdorfer in Heidenheim tätig. Am 1. November 1945 trat er in die IG Metall ein. Nach zweijähriger Betriebsratsstätigkeit ist Loderer seit 1947 hauptamtlich in der IG Metall tätig, zunächst als Jugend- und Organisationssekretär bei der Ortsverwaltung der IG Metall in Heidenheim und ab 1950 als 1. Bevollmächtigter dieser Verwaltungsstelle.

1959 wurde er Bezirkssekretär in der Bezirksleitung Stuttgart der IG Metall und 1963 Landesvorsitzender des DGB in Baden-Württemberg. Im September 1968 wählte der 9. Gewerkschaftstag der IG Metall Eugen Loderer zum 2. Vorsitzenden seiner Organisation. Auf dem außerordentlichen Gewerkschaftstag der IG Metall in München wurde Loderer nach dem Tode Otto Brenners am 10. Juni 1972 als einziger Kandidat mit 442 von 468 Stimmen zum 1. Vorsitzenden der IG Metall gewählt. In diesem Amt wurde er 1974 auf dem 11. Gewerkschaftstag in Hannover und auf dem 12. Gewerkschaftstag in Düsseldorf bestätigt.

Loderer ist ein entschiedener Befürworter der Einheitsgewerkschaft. Vor wenigen Wochen sagte er auf der 12. Jugendkonferenz der IG Metall in Travemünde: „Die Gewerkschaften sind parteipolitisch unabhängig. Die gemeinsame Wahrung von Arbeitnehmerinteressen, die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften beruht auf der Einheit, die aus der Integration der parteipolitischen Vielfalt erwächst.“

Zum Präsidenten des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes wurde Eugen Loderer 1973 gewählt. Dem Zentralkomitee des IMB gehört er seit 1968, dem Exekutivausschuß seit 1972 an. Loderer ist außerdem Mitglied des Exekutivausschusses des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB). Seit 1949 ist er Mitglied der SPD. Loderer hält engen Kontakt mit den Gewerkschaften sozialistischer Länder. Erst vor wenigen Tagen konferierte er wiederum mit dem Vorsitzenden des Zentralvorstandes der IG Metall des FDGB, Reinhard Sommer. Hervorzuheben ist, daß es Loderer bisher ablehnte, sich mit Orden und Ehrenzeichen dekorieren zu lassen.

H. Sch.

DPG-Bundesjugendkonferenz packte „heiße Eisen“ an

Mit rund 90 000 Mitgliedern unter 25 Jahre nimmt in der DGB-Statistik die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) zusammen mit der IG Chemie den dritten Platz ein. Vom 15. bis 17. Mai zogen nun die 127 Delegierten dieser Gewerkschaft auf ihrer 13. Bundesjugendkonferenz in Ludwigshafen Bilanz und legten die Aufgaben für die kommenden Jahre fest. Neben postspezifischen Fragen wie neue Medien wurden auch solche Probleme wie Berufsverbote, Erhaltung des Friedens, Abrüstung und Entspannung offensiv diskutiert und dazu Beschlüsse gefaßt.

Ein Plädoyer für die Erhaltung der Einheitsgewerkschaft hielt Bundesjugendausschubvorsitzender Rolf Büttner. Jedem müsse auf die Finger geklopft werden, der die „Gewerkschaften zu einer alten kraftlosen Oma ohne Zähne“ degradieren wolle. Scharf attackierte Büttner in diesem Zusammenhang diejenigen, die das Gespenst einer angeblichen kommunistischen Un-

terwanderung der Gewerkschaften an die Wand malten. Das seien Behauptungen „aus der polemisch-politischen Giftküche der Gewerkschaftsgegner“.

Ebenso wie DPG-Vorsitzender Ernst Breit in seiner Begrüßungsrede setzte sich Büttner mit dem Gerede made in Oberursel von „Gremienarbeit und Stellvertreterpolitik, leitfadendoktri-

nierte Bildungsarbeit, Massenmobilisierung gegen Kaderpolitik, rechten Apparatschiks in den Vorständen“ auseinander. „All die selbsternannten Apostel“, so der DPG-Bundesjugendausschubvorsitzende wörtlich, „müssen sich die Frage gefallen lassen, wo sie eigentlich in den letzten Jahren aktive gewerkschaftliche Jugendarbeit geleistet haben. Im Betrieb oder in akademischen Zirkeln?“ Betriebliche Erfahrungen, z. B. in Nachtschichten, könnten diesen Aposteln weiterhelfen, bemerkte er treffend.

Der Begrüßungsrede Breits und dem mündlichen Geschäftsbericht schloß sich eine rege Diskussion an. Von mehreren der 49 Diskussionsredner wurde der letzte Tarifabschluß kritisiert. Er halte einer kritischen Betrachtung nicht stand, besonders was die sogenannte soziale Komponente betreffe, die diese Bezeichnung überhaupt nicht verdiene. Richtschnur könnten auch nicht die Abschlüsse anderer Gewerkschaften sein.

Ein weiterer Schwerpunkt der Diskussionsreden war der Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte und hier besonders gegen Berufsverbote. Kritisiert wurde die vom DGB empfohlene Zurückhaltung gegen den Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, Strauß. Mehrere Delegierte beschäftigten sich auch mit dem Beschluß des Gewerkschaftsrates gegen Mitglieder der DKP. Er sei ein Angriff auf die Einheitsgewerkschaften und unvereinbar mit der Satzung der DPG (siehe auch nebenstehenden Kasten und Seite 23).

Zur Beratung und Beschlußfassung lagen den Delegierten 278 Anträge und Entschließungen sowie mehrere Initiativanträge vor. Einstimmig verlangten die Delegierten die Erhöhung der Ausbildungsquote im Fernmeldehandwerk und auch, daß Rationalisierungsgewinne zum Wohle der Beschäftigten eingesetzt werden. Ohne zeitliche Verzögerung sei auch die 35-Stunden-Woche notfalls durch Streik durchzusetzen.

Umfangreich an der Zahl und gewichtig im Inhalt waren auch die Anträge, die zu politischen Themen Stellung nahmen. So wurde die „sofortige Aufhebung des Ministerpräsidentenerlasses“ verlangt und den Gewerkschaftspalern Strauß und Stoiber eine eindeutige Absage erteilt. In einem anderen Beschluß sind die Vorstände von DPG und DGB aufgefordert, „durch Wahlprüfsteine zur bevorstehenden Bundestagswahl unsere gewerkschaftlichen Positionen deutlich zu machen“. Durch geeignete Informationen solle aufgezeigt werden, welche politischen Positionen durch Franz Josef Strauß und die durch ihn vertretene politische Richtung in der Vergangenheit zur Einheitsgewerkschaft und zu gewerkschaftlichen Grundforderungen eingenommen wurden.

Mit überwältigender Mehrheit sprachen sich die Delegierten gegen die Stationierung atomarer Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik aus. Alle ge-

NGG-Spitze übernimmt Empfehlung der DPG gegen DKP-Mitglieder

Dem negativen Beispiel des Gewerkschaftstages der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) — der Empfehlung, Mitglieder der DKP weder in Funktionen zu wählen noch in Ausschüsse oder als hauptamtliche Mitarbeiter zu berufen — ist jetzt der 1. Vorsitzende der Gewerkschaft Nahrung — Genuß — Gaststätten, Günter Döding, gefolgt. Im einzelnen wurde die NGG-Version einer Empfehlung zum Funktionsverbot von DKP-Mitgliedern noch verschärft. Innerhalb der DPG entwickeln sich starke Proteste gegen die Empfehlung ihres Gewerkschaftsrates vom 16. November 1979, insbesondere unter der DPG-Jugend.

Auf der am 14. Mai in Essen stattgefundenen Beiratstagung seiner Gewerkschaft hielt Döding ein 30 Manuskriptseiten umfassendes Referat. Eingepackt zwischen einer Kritik an den „Grünen“ und einer Stellungnahme zur Gesundheitspolitik von Frau Bundesministerin Antje Huber nahm Döding ausführlich zur DKP Stellung und rief zum Funktionsverbot auf. Im nachhinein hat er den Beirat über das gesamte Referat förmlich abstimmen lassen. Es gab zwei Gegenstimmen und zwei Stimmenthaltungen. Anschließend wurde der Presse mitgeteilt, daß jetzt die NGG eine gleiche Empfehlung habe wie die DPG.

Döding hat die Entscheidung des Gewerkschaftsrates der DPG für seine Gewerkschaft noch weiter verschärft und ist bei seiner Argumentation auf den Antrag 951 an den 12. DPG-Kongreß 1977 zurückgegangen. Dieser sah eine Unvereinbarkeit zwischen der Mitgliedschaft in der DPG und DKP vor. Zwar wurde dies von Döding nicht übernommen, jedoch die Begründung dieses Antrages.

In seinem Referat vor dem Beirat ging Döding von einem aktuellen politischen Ereignis aus, nämlich dem Aufenthalt sowjetischer Truppen in Afghanistan. Weil die DKP dazu eine andere Meinung habe als die Bundesregierung und die NGG-Spitze, wäre sie in der Bundesrepublik und auch ihre Mitglieder in der Gewerkschaft NGG nicht

gewerkschaftlichen Gremien und demokratischen Kräfte werden aufgerufen. „sich unmißverständlich und energisch für die Erhaltung des Friedens“ einzusetzen. Zusätzlich zu diesem Beschluß wurde in einem Initiativantrag das Vorhaben der 12. IG-Metall-Jugendkonferenz begrüßt, einen Protestmarsch gegen die Stationierung von Mittelstreckenraketen durchzuführen.

Die Bundesjugendkonferenz wählte erneut Rolf Büttner zum Bundesjugendausschubvorsitzenden. Sein Stellvertreter wurde wie bisher Günter Ott. G. M.

mehr wählbar. Hier fragt man sich, ob die vorgesehene Streichung des Toleranzbegriffs im neuen Grundsatzprogramm schon vorher Anwendung finden soll? Besteht damit nicht die Gefahr, daß morgen christlich orientierte Gewerkschafter, die aus religiösen Gründen zum Paragraphen 218 eine andere Meinung vertreten als der DGB, als nicht mehr für gewerkschaftliche Funktionen wählbar bezeichnet und wegen ihrer Meinung diffamiert werden?

Um weiterhin die Mitglieder der DKP als nicht wählbar hinzustellen, greift Döding das Verhältnis dieser Partei zur DDR an. Dabei bediente er sich eines Zitats des Antrages 951 an den DPG-Kongreß von 1977 aus dem Bezirk Koblenz. Ohne das Zitat zu überprüfen, übernahm er die dort enthaltenen Veränderungen. Ausschnitte aus zwei Thesen des Düsseldorf Parteitages der DKP aus dem Jahre 1971 sind sinnentstellend zitiert, ganz abgesehen davon daß heute diese Thesen mit dem 1978 beschlossenen Programm der DKP nicht mehr in Kraft sind.

Im Original der These 40 der DKP wird ausgesagt, daß das Grundmodell in den Ländern der sozialistischen Staatengemeinschaft „verwirklicht wird“. Im DPG-Antrag und bei Döding heißt es aber „verwirklicht ist“, um eine angeblich dogmatische Übernahme der Verhältnisse der DDR auf die Bundesrepublik besser behaupten zu können. Mit der zweiten Veränderung soll offenbar ähnliches erreicht werden. In der These 18 wird gesagt, daß in der DDR die Arbeiter und die SED befähigt werden, ihre von Marx, Engels und Lenin theoretisch begründete historische Rolle praktisch zu verwirklichen. Die Worte „theoretisch“ und „praktisch“ fehlen im DPG-Antrag und auch bei Döding.

Bei der Begründung seiner Empfehlung greift Döding ebenfalls die im DPG-Antrag von 1977 angesprochene Frage eines eventuellen DKP-Verbotes auf. Er übernimmt die Argumentation von Regierungskreisen, ohne ein Verbot könnte die DKP wirkungsvoller bekämpft

werden. Im Klartext heißt das, jetzt will die NGG-Spitze, wie die Bundesregierung mit Berufsverböten gegen die DKP-Mitglieder vorgeht, in den eigenen Reihen mit Funktionsverböten das gleiche nachvollziehen.

Während die Empfehlung des DPG-Gewerkschaftsrates sagt, daß eine gleichzeitige Mitgliedschaft von DPG und DKP „vereinbar“ sei, spricht Döding von „möglich“. Der zweite Punkt der DPG, man wolle sich mit der Politik der DKP auseinandersetzen und die Mitglieder der Gewerkschaft aufklären, hat Döding wortwörtlich von der DPG übernommen. Als Punkt 3 mit der konkreten Empfehlung eines Funktionsverbotes wurde der DPG-Beschluß sinngemäß übernommen. Auch Döding spricht von „Mitgliedern der DKP und anderen Anhängern dieser Ideologie“ bzw. an anderer Stelle „andere Anhänger der kommunistischen Ideologie“, ohne ein Wort darüber zu verlieren, was unter andere Anhänger zu verstehen sei.

Daß es innerhalb der DPG eine breite Stimmung gegen den Beschluß des Gewerkschaftsrates bezüglich der DKP-Mitglieder gibt, verdeutlichte eine Entschließung der 13. Bundesjugendkonferenz im Mai in Ludwigshafen. Diese fordert den Gewerkschaftsrat auf, seinen Beschluß wieder aufzuheben (siehe Kasten auf Seite 22). Insgesamt hatten vier weitere Anträge eine gleiche Forderung zum Inhalt. Bereits im mündlichen Geschäftsbericht hat der Vorsitzende des Bundesjugendausschusses der DPG, Rolf Büttner, deutlich gemacht, daß die Jugend dieser Gewerkschaft den Gewerkschaftsratsbeschluß ablehnt und auf seine Beseitigung hinwirken werde.

Obwohl bei der Debatte zu der angeführten Entschließung der stellvertretende Vorsitzende Gustav Fehrenbach dagegen sprach, folgte die Mehrheit der Delegierten nicht seiner Auffassung. Angesichts der oben dargelegten Veränderungen bleibt die Behauptung von Fehrenbach, „der Gewerkschaftsrat“ habe „eine gründliche Untersuchung durchgeführt“, sehr fragwürdig.

Von den Beschlüssen gegen DKP-Mitglieder der beiden Gewerkschaftsspitzen DPG und NGG profitieren in erster Linie die Unternehmer. Sie wollen im Interesse ihrer Profit- und Machtpolitik die Gewerkschaften als Kampf- und Widerstandsorganisation der Arbeitnehmerschaft schwächen. Sie möchten erreichen, daß die Gewerkschaft nicht in den Unternehmern ihre Gegner sehen, sondern in den eigenen Reihen suchen. Darum liegt es im Unternehmerinteresse, wenn aktive Gewerkschafter verteufelt und zu Mitgliedern zweiter Klasse gemacht werden. In enger Verzahnung mit den Unternehmern spenden Strauß und Stoiber Beifall, wenn einige Spitzen von Gewerkschaften sich deren erpresserischen Druck beugen. Werner Petschick

DPG-Jugend fordert: Beschluß aufheben!

Die Bundesjugendkonferenz der Deutschen Postgewerkschaft fordert die Aufhebung des Gewerkschaftsratsbeschlusses zum Antrag 951 des 12. ordentlichen Kongresses der DPG.

Textziffer 1 des Berufts- und Gesellschaftspolitischen Programms der DPG sagt aus:

„(1) Es ist das Ziel der Deutschen Postgewerkschaft, die Beschäftigten der Deutschen Bundespost zusammenzuschließen und ihre gesellschaftlichen, beruflichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen zu vertreten . . .“ Ferner ist in § 3 Abs. 3 unserer Satzung festgelegt: „Die Deutsche Postgewerkschaft ist unabhängig von Regierungen, Unternehmen, öffentlichen Verwaltungen, Religionsgemeinschaften und Parteien. Ihre Mitglieder sind zur gegenseitigen Achtung der politischen, weltanschaulichen und religiösen Überzeugung verpflichtet.“

Die Beachtung und Verwirklichung des Satzungsgebotes des § 3 Abs. 3 erfordert und gebietet, daß alle Mitglieder der DPG gleiche Rechte und gleiche Pflichten haben und folglich gleiche Behandlung erfahren müssen. Eine Unterscheidung der Gewerkschaftsmitglieder nach Parteizugehörigkeit bzw. vermuteter weltanschaulicher Überzeugung und der vom Gewerkschaftsrat empfohlenen Eignung oder Nichteignung für Funktionen innerhalb der DPG verstehen wir als Widerspruch zu den Prinzipien der Einheitsgewerkschaft. Ebenso mißachtet der Gewerkschaftsratsbeschluß nach unserer Meinung die Verpflichtung des § 9 Abs. 2a der Satzung, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, „sich gegenüber allen Mitgliedern der DPG und anderen im Deutschen Gewerkschaftsbund zusammengeschlossenen Gewerkschaften kollegial zu verhalten und Solidarität zu üben“.

Die Einheitsgewerkschaft ist die logische und notwendige Schlußfolgerung aus den bitteren gemeinsamen Erfahrungen von Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Parteilosen. Zersplitterung und fehlende Geschlossenheit waren die Ursache dafür, daß der Faschismus zur Macht kam und die Arbeiterbewegung zerschlug und viele ihrer Mitglieder und Funktionäre einkerkernte, folterte und ermordete. Die Aussage von Hans Böckler, das Prinzip der Einheitsgewerkschaft zu hüten wie den eigenen Augapfel, gilt heute nach wie vor.

Die massiven Angriffe der Unternehmer und der ihnen nahestehenden politischen Kräfte auf die Einheitsgewerkschaft dürfen keinen Einzug, Niederschlag und Konsequenzen innerhalb der Gewerkschaften haben . . .

GEW-Aktion beendet Ergebnisse liegen vor

Ende Mai wurde die Aktion „Gläserne Schule“ des Landesverbandes Westberlin der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) beendet. Die Ergebnisse von 37 Berliner Schulen haben bestätigt, daß die Lehrer und Lehrerinnen zwischen 53 und 59 Stunden in der Woche arbeiten. Als ein wesentliches Resultat bezeichnet die Gewerkschaft außerdem das gewachsene Bewußtsein über die enormen zeitlichen, körperlichen und seelischen Belastungen. Die gewerkschaftlich organisierten Lehrer wollen weiterhin „gläsern“ bleiben und die Öffentlichkeit über Art und Umfang ihrer Belastungen informieren. Bemerkenswert sei auch gewesen, wie aufgeschlossen sich Eltern und Schüler gegenüber der Gewerkschaftsaktion gezeigt hätten.

Kooperation zwischen Gewerkschaften

Die IG Druck und Papier und die Gewerkschaft Kunst haben auf einer gemeinsamen Klausurtagung eine Einigung über die Möglichkeiten zur Schaffung einer Mediengewerkschaft erzielt. In einem Interview mit der „Welt der Arbeit“ gab der 1. Vorsitzende der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, Ende Mai die Vereinbarung über einen Kooperationsvertrag bekannt. Darüber hinaus sei eine kleine Kommission gebildet worden, die sich aus je drei Mitgliedern zusammensetzt. Auch die wesentlichen Inhalte des Kooperationsvertrages seien bereits abgesteckt. Bisher – so Mahlein – sei ein gegenseitiger Arbeitsschutz beschlossen worden. Mahlein bezeichnete es als dringend notwendig, in der Entwicklung zu einer Mediengewerkschaft voranzukommen, um ein Gegengewicht gegen die Konzentration auf der Unternehmerseite zu schaffen.

Berufliche Bildung entscheidend verbessern

Ende Mai befaßten sich der berufspolitische und der bildungspolitische Ausschuß des DGB mit aktuellen Fragen der beruflichen Bildung und der Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes. Für die Fortschreibung des Bildungsgesamtplanes erwartet der DGB von der Anhörung der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung, daß deutliche Prioritäten für den weiteren Ausbau der Bildung gesetzt werden. Dies gilt insbesondere für die Einführung des 10. allgemeinbildenden Schuljahres, für den Ausbau der Gesamtschulen und der Ganztagschulen, die Anerkennung der Gesamtschulabschlüsse und

für die dringend notwendige Weiterentwicklung des beruflichen Schulwesens.

HBV-Jugendkonferenz in großer Einmütigkeit

Am 31. Mai und 1. Juni trafen sich die Delegierten der knapp 90 000 in der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen organisierten jungen Mitglieder in Gelsenkirchen zu ihrer 6. Bundesjugendkonferenz. In großer Einmütigkeit wurden Beschlüsse gefaßt. Gefordert werden u. a. die Wiederherstellung der demokratischen Rechte. Die Berufsverbote und die Schnüffelpraxis müßten vom Tisch. Abgelehnt wird die von der NATO beschlossene Stationierung von Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik und Kritik an der DGB-Spitze wegen ihres Verzichts auf Prüfsteine zur bevorstehenden Bundestagswahl geübt. Entschieden zurückgewiesen wurde von der Konferenz das Gerede einer „kommunistischen Unterwanderung der Gewerkschaften“. Damit würde das Ziel verfolgt, die Gewerkschaftsbewegung zu schwächen und zu spalten. NACHRICHTEN werden in der nächsten Ausgabe einen Bericht veröffentlichen sowie Beschlüsse und Aussagen führender HBV-Funktionäre dokumentieren.

15. Jugendtag der IG Bergbau und Energie

Bei Redaktionsschluß fand am 30. und 31. Mai im Kurbad Bad Hamm der 15. Jugendtag der IG Bergbau und Energie (IGBE) statt. Er stand unter dem Motto „Erfahrungen nutzen – gemeinsam handeln. Wir nehmen die Herausforderung der 80er Jahre an“. Zu diesem Thema referierte der Senator für Wissenschaft und Forschung in Westberlin, Dr. Peter Glotz. Zu den Aufgaben der 75 Delegierten gehörte die Entgegennahme des Geschäftsberichts des Jugendsekretärs beim Hauptvorstand, Willi Kaminski, sowie die Beratung der künftigen Jugendarbeit und der Anträge sowie die Beschlußfassung. Des weiteren standen Nachwahlen zum Jugendhauptausschuß an. Zum Abschluß sprach der 2. Vorsitzende der IGBE, Hans Alker. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß das sogenannte Oberurseler Papier von den Vertretern der IGBE als diskussionswürdiger Beitrag betrachtet wird. Der Jugendtag nahm insgesamt einen widersprüchlichen Verlauf. Zu erwähnen ist, daß Glotz bedauerte, daß es gegenwärtig keine sozial wirksame Abrüstungsbewegung gibt. Die Abrüstungsdiskussion dürfe nicht ein Expertendialog von 500 Generälen und Abgeordneten sein. NACHRICHTEN werden in Nr. 7/1980 über den Jugendtag ausführlich berichten.

PERSONALIEN

Günter Döding, 49, 1. Vorsitzender der Gewerkschaft Nahrung – Genuß – Gaststätten, wurde am 15. Mai in Essen mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik ausgezeichnet. Arbeitsminister Ehrenberg, der ihm im Namen Präsident Carstens' den Orden verlieh, verwies insbesondere auch auf Dödings Engagement für „neue Wege in der Tarifpolitik“ und für den Kooperationsvertrag zwischen NGG und der Gewerkschaft Textil – Bekleidung. Döding dankte mit der Feststellung, daß die Ordensverleihung „wohl auch zeigen soll, daß diese Gewerkschaft immer besser und immer erfolgreicher geworden“ sei.

Heinz Groteguth, 61, Mitglied des Bundesvorstandes der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), tritt am 30. Juni von seiner Funktion zurück. Die offizielle Begründung, dies geschehe aus Alters- und Gesundheitsgründen, erregte Überraschung, da sich Groteguth erst im vergangenen Jahr neu in sein Amt wählen ließ.

Heinz Hawreliuk, Bundesjugendsekretär des DGB bis September 1979 und anschließend tätig in der Internationalen Abteilung des DGB, begann kürzlich seine Arbeit in der Abteilung Betriebsräte beim Vorstand der IG Metall.

Erich Huber, einer der drei stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Postgewerkschaft (DPG) und im geschäftsführenden Hauptvorstand zuständig für Kasse, Information, Dokumentation, wird auf dem bevorstehenden Gewerkschaftstag im Oktober aus Altersgründen nicht wieder für diese Funktion kandidieren. Als Nachfolger ist **Albert Stegmüller**, Vorstandssekretär in der Abteilung Bildung, im Gespräch.

Clemens Kralenhorst, Alterspräsident im Bottroper Stadtparlament und ehemaliger Betriebsratsvorsitzender, wurde Ende Mai 75 Jahre alt. Kralenhorst, der nach 1945 zu den Mitbegründern der Einheitsgewerkschaft gehörte, wurde 1962 auf Betreiben der CDU entlassen. Seit 1969 wirkt er als Abgeordneter der DKP im Stadtparlament Bottrop.

Walter Sickert, Vorsitzender des DGB-Landesbezirks in Westberlin seit 30 Jahren, erklärte auf einer Landesbezirksvorstandssitzung, daß er für den DGB-Landesvorsitz 1982 nicht mehr kandidieren wolle. Dies wurde auf der Vertreterversammlung der IG Metall in Westberlin Ende Mai bekanntgegeben. In jüngster Zeit hatten vor allem Sickerts Äußerungen zur Aussperrung Kritik unter Gewerkschaftern hervorgerufen. Bereits die Landesbezirkskonferenz der Gewerkschaft HBV hatte Anfang Mai seinen Rücktritt gefordert.

Wahlprogramm der CDU/CSU gegen Gewerkschaftsforderungen

Zweitausend Teilnehmer, darunter 780 Delegierte, hatte die CDU zum Parteitag in das Westberliner Internationale Congreß-Centrum beordert, damit sie das gemeinsame Wahlprogramm der CDU/CSU zur Kenntnis nehmen und eine Rede des Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß anhören. Von vornherein stand fest, daß der vom 19. bis 20. Mai stattgefundene Parteitag an dem Entwurf des Wahlprogramms nichts mehr ändern durfte, denn die CSU hatte ja schon Tage vorher das Strauß-Programm auf einem Parteitag in Ingolstadt gebilligt.

Nach der Regie sollte über das Wahlprogramm bereits am 19. Mai abends abgestimmt werden. Da aber nur noch 30 Delegierte im Saal waren, verschob man die Abstimmung auf den nächsten Tag. Entkleidet man das 43seitige Programm unter dem irreführenden Titel „Für Frieden und Freiheit“ seines demagogischen Beiwerks, dann bleibt nackt übrig: eine Plattform für Unternehmerinteressen gegen Gewerkschaftsforderungen.

So spricht sich das Programm für eine verstärkte Rüstung aus und wendet sich mehr oder weniger offen gegen die Entspannungspolitik. Die CDU/CSU pocht auf das Privateigentum an Produktionsmitteln und die Freiheit der unternehmerischen Entscheidung. Die Vollbeschäftigung soll mit der konsequenten Verteidigung der als soziale Marktwirtschaft umschriebenen kapitalistischen Gesellschaftsordnung gesichert werden. In der Familienpolitik setzt sich die Unternehmernpartei für eine Benachteiligung der berufstätigen Mutter ein und spricht sich für eine Abschaffung des Kindergeldes zugunsten von Steuerfreibeträgen aus, damit die Höherverdienenden mehr bekommen.

Das Wahlprogramm befürwortet Berufsverbote, verlangt eine Verstärkung der Polizei und will demokratische Rechte und Freiheiten weiter abbauen. Ausdrücklich abgelehnt wird die gewerkschaftliche Forderung nach der integrierten Gesamtschule. Kein Wort findet sich im Programm über eine notwendige Reform der Berufsbildung. Dafür setzt sich die CDU/CSU für privaten Rundfunk und Fernsehen ein.

Eine Übereinstimmung mit gewerkschaftlichen Forderungen zeigte sich lediglich in der Frage der Beibehaltung der bruttolohnbezogenen dynamischen Rente. Allerdings erweist sich bei genauerem Hinsehen dieser Wahlköder als reine Demagogie, weil einerseits die Einführung eines Krankenkassenbeitrages für Rentner verlangt wird und andererseits an anderer Stelle des Programms ausgesagt wird, soziale Leistungen können nur gewährt werden, sofern dafür die Mittel vorhanden sei-

en. Allgemein wird die „Bereitschaft zum Opfern“ gefordert.

Zu wesentlichen Forderungen der Gewerkschaften, wie z. B. der 35-Stunden-Woche, Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre, Verbot der Aussperrung, Mitbestimmung und Investitionslenkung, erfolgen überhaupt keine Aussagen.

In Westberlin hat sich erneut gezeigt, daß die „Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft“ (CDA) in dieser Partei als eine bedeutungslose Randgruppe dahingetieren. Wenn schon bei der als Diskussion deklarierten Selbstdarstellung der Parteigrößen – neben Kohl und Geißler von Biedenkopf und Dregger über Albrecht und Leisler Kiep bis zu Stoltenberg und Späth – einmal ein CDA-Vertreter das Wort bekam, dann hörte kaum jemand zu, das Präsidium leerte sich, und die Delegierten strömten in Massen zu den Kaffeeständen der gewerkschaftseigenen Bank für Gemeinwirtschaft.

Als Höhepunkt war die zweistündige Rede des Kandidaten Strauß gedacht. Gegen seine Anwesenheit in Westberlin hatten schon tags zuvor mehr als 15 000 Demonstranten, darunter Tausende Gewerkschafter, protestiert. Vor dem Kongreßgebäude waren 2000 (!) Polizisten mit Wasserwerfern und scharfgemachten Hunden gegen die Demonstranten aufgebaut. Strauß hatte nichts Neues zu verkünden. Erneut klang durch, nur er allein biete die Gewähr, daß es keinen dritten Weltkrieg gäbe. Wie gehabt, drohte er auf die Einheitsgewerkschaft und wiederholte die Behauptung der angeblichen kommunistischen Unterwanderung.

Bei Gesprächen mit Delegierten, vor allem von der CDA, gab es keinen Zweifel, Strauß werde am 5. Oktober die Bundestagswahl ebenso verlieren wie die CDU die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen und im Saarland. Aber, so schätzten manche ein: Auch dieser Parteitag werde dazu beitragen, die Politik der SPD/FDP-Koalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt weiter nach rechts zu drängen. W.P.

BDA-Konferenz

In der inzwischen eingestürzten Westberliner Kongreßhalle hat die Geschäftsführerkonferenz der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) Anfang Mai vollinhaltlich die finanziellen Belastungen in Milliardenhöhe bejaht, die, wie der Präsident der BDA, Otto Esser, meinte, „wir übernehmen müssen, um unseren außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Interessen gerecht werden zu können. Lasten, die wir tragen müssen, um unsere Bündnisverpflichtungen zu erfüllen und einen Beitrag zur Erhaltung des Friedens in der Welt leisten zu können.“ Es wird der BDA zwar schwerfallen nachzuweisen, daß Milliarden in den Händen der pakistanischen Militärdiktatur oder der türkischen Machthaber, die streikende Arbeiter zusammenschießen lassen, dem Frieden dienen, aber dennoch werden die Gewerkschaften damit rechnen können, daß ihnen ein „Afghanistan-Abschlag“ abverlangt werden wird. Es komme im Wahlkampf darauf an, so Esser, den Wählern reinen Wein einzuschenken und Erwartungen, „zumal überzogene Einzelinteressen, rechtzeitig zu korrigieren“ (siehe auch S. 4).

Ein weiterer zentraler Orientierungspunkt der Unternehmer besteht darin, mit den Gewerkschaften eine Übereinstimmung „in den zentralen ordnungspolitischen Grundsätzen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ zu erreichen. Diesem Anliegen steht der Entwurf des neuen DGB-Grundsatzprogramms im Wege, der von Esser heftig attackiert wurde. Besonders angetan hat Esser der Satz: „Freie und unabhängige Gewerkschaften sind eine Voraussetzung jeder wahrhaft demokratischen Gesellschaft... Jeder Angriff auf ihre Autonomie und ihre Handlungsfreiheit ist zugleich ein Angriff auf die Grundlagen der Demokratie.“

Mit demagogischen Manövern versucht Esser, diese Aussagen in Frage zu stellen. Er kommt dann zu dem Ergebnis, daß sich die Gewerkschaften immer deutlicher zu einer Gruppierung entwickelten, „die eher einer ‚Parteiung‘ als einem Interessenverband ähnelt“. Besonders verwerflich erscheint Esser die Forderung nach Vollbeschäftigung, weil dies, und hier trägt ihn seine Ahnung sicherlich nicht, „ohne fundamentale Veränderungen unserer Gesamtordnung nicht zu realisieren“ wäre. Den Unternehmern werde dadurch streitig gemacht, sich an den „notwendigen Kriterien der Rentabilität“, d. h. am höchsten Profit, zu orientieren. Esser hat aber die Hoffnung, „zu einem geordneten Dialog der Sozialpartner mit der Bundesregierung“ zu kommen, „wie immer auch diese Runde in Zukunft zusammengesetzt wird und heißen soll“. H. Sch.

Bundesrepublik – Eldorado für Wirtschaftsmanipulatoren

Im März 1979 begann vor dem Kölner Landgericht der Herstatt-Prozess. Bei täglichen Verhandlungskosten von etwa 15 000 DM sollen die strafrechtlich bedeutsamen Hintergründe des Bankzusammenbruchs vom Juni 1974 aufgeklärt werden. Von den ursprünglich acht Angeklagten, denen Untreue, Betrug, Devisenmanipulation und Bilanzfälschung zur Last gelegt werden, sind bereits zwei, der Namensgeber des Prozesses, Iwan D. Herstatt, sowie Danny Dattel, ausgeschieden.

Manche blicken schon jetzt erwartungsvoll auf den 26. Juni 1984: Wenn bis dahin kein Urteil vorliegt, ist wegen Verjährung der gesamte Prozess geplätzt. Wird der Volksmund ein weiteres Mal recht behalten? Läßt man „die Großen“ laufen, während man „die Kleinen“ hängt? Diese Spruchweisheit hat sich bisher jedenfalls recht häufig bewährt.

Am 16. April 1980 wurde vor dem Lübecker Landgericht die Hauptverhandlung gegen den von Brasilien ausgelieferten Gründer und späteren Verwaltungsratsvorsitzenden sowie zwei ehemalige Geschäftsführer der „Groß- und Einzelhandelsgesellschaft mbH & Co. Großvertrieb KG“ mit dem sinnigen Namen „mehr-wert“ eröffnet. Sie hatte 1976 Pleite gemacht, 18 Banken und rund 100 Kommanditisten verzeichneten einen Schaden von insgesamt über 120 Millionen DM. Bereits zu Beginn des Prozesses kommentierte die Presse, daß in Lübeck „langer Prozeß“ gemacht werde. Aber die Vorwürfe, um die es im „mehr-wert“-Prozeß geht, enthalten nur einen kleinen Ausschnitt der Möglichkeiten, die der Alltag der Marktwirtschaft – nicht selten sanktionslos – bietet. Einige Beispiele sollen dies illustrieren.

Erstes Beispiel: mißbräuchliche Preisgestaltung. Die Wirkungslosigkeit von staatlichen Maßnahmen, die beanspruchen, der mißbräuchlichen Ausnutzung von Macht- und Monopolstellungen entgegenzuwirken, zeigt sich mit dem Hin und Her im Fall der Arzneimittelfirma Hoffmann-La Roche AG. 1974 war ihr vom Bundeskartellamt aufgegeben worden, die Preise für ihre Tranquilizer Valium und Librium um 40 Prozent bzw. um 35 Prozent zu senken. Das Westberliner Kammergericht entschied daraufhin, daß die Preise um 28 Prozent herabgesetzt werden sollten. Der angerufene Bundesgerichtshof verwies die Sache an das Kammergericht zurück, das sich sodann mit einer Senkung um 24 Prozent begnügte. Der Rechtsstreit gelangte wieder vor den Kartellsenat in Karlsruhe, der am 12. Februar 1980 im Ergebnis entschied, daß bei der Hoffmann-La Roche AG der Vorwurf der mißbräuchlichen Preis-

gestaltung unangebracht sei. Die Begründung ist wohlfeil. Das Kammergericht hatte einen Vergleich mit den Preisen angestellt, welche eine niederländische Firma für ihre Tranquilizer verlangt, und so einen „mutmaßlichen Wettbewerbspreis“ ermittelt, also einen Preis, der bei vorhandenem Wettbewerb (!) auf dem bundesdeutschen Markt bestehen würde. Dies sei aber deshalb nicht rechtens, weil man den niederländischen Markt nicht mit dem der Bundesrepublik vergleichen könne. Es bleibt also alles beim alten!

Das Beispiel zeigt, in welchem Maße „die Großen“ in der Lage sind, ihre Monopolstellungen auszuweiten, ohne daß auch nur eine letztlich ernstzunehmende Gefahr wirksamer staatlicher Eingriffe bestünde. Zwar gibt es seit 1957 ein „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ (Kartellgesetz). Es löste die Kartellbestimmungen der Alliierten ab, nach denen Verstöße mit Haftstrafen geahndet werden konnten. Das Kartellgesetz sieht demgegenüber nur Geldbußen vor und soll das „Grundgesetz der Marktwirtschaft“, sozusagen die „Magna Charta der Wirtschaft“, sein. Dieser Charakterisierung durch den damaligen Wirtschaftsminister Erhard entsprach es auch, daß der erste Präsident des Bundeskartellamtes Günther ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes erklärte: „Wir können und wollen (!) die Großen nicht verhindern.“ Die Manager der Großunternehmen konnten also aufatmen.

Ein weiteres Beispiel aus dem Alltag der Marktwirtschaft: Der amerikanische Chemiekonzern Beker hatte 1977 mit eigenen Investitionen von nur 1 Million DM, mit Geldern des Bundes und des Landes Niedersachsen in Höhe von fast 10 Millionen DM und mit Bankkrediten in Brake/Unterweser eine Tochterfirma, die Beker Chemie GmbH, errichtet. Aufgrund zahlreicher Fehlentscheidungen des US-Managements wurde jedoch bereits Ende 1978 der Konkurs unausweichlich. Damals hatten die 108 Arbeiter, denen bereits gekündigt worden war, in eigener Regie die Sicherung des Werkgeländes vor den anrückenden Gläubigern übernom-

men und in der Hoffnung auf neue Arbeit nach einem Käufer gesucht.

Nach Durchführung der Zwangsversteigerung hat das Werk nun einen „neuen“ Besitzer, nämlich den Beker-Konzern. Über Strohmänner hatte er die Firma, deren Verkehrswert auf 20,2 Millionen DM geschätzt wurde, für nur 10,1 Millionen DM ersteigern lassen. Damit ist er die Schulden in Höhe von 40 Millionen DM, die 1979 zum Konkurs geführt hatten, los.

Letztlich geprellt aber ist die Bevölkerung, aus deren Steuern seinerzeit die Investitionszulagen gezahlt wurden. Überdies: Das niedersächsische Wirtschaftsministerium, das vor der drohenden Pleite Landesmittel zur Sicherung der Arbeitsplätze verweigert hatte, deutete bereits wieder seine Bereitschaft zur Vergabe von Subventionen an. Der gesamte Coup ist natürlich völlig strafflos.

Schließlich sei noch auf das hingewiesen, was sich so alles auf dem Gebiet „Schmiergelder“, die von Unternehmen gezahlt werden, abspielt. Kaum ist die öffentliche Erregung über zwei leitende Beamte des hessischen Umweltministeriums, die verdächtigt werden, vertrauliche Informationen aus ihrem Ressort gegen Annahme von Geschenken an die noch im Januar 1980 in einen Umweltskandal verwickelte Hoechst AG weitergeleitet zu haben, abgeklungen, wird ein neuer Fall bekannt. Ein Abteilungsleiter beim Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen, zuständig für die Kontrolle über die Genossenschaftsbanken, wird verdächtigt, jahrelang private Kontakte zu den Chefs zusammengebrochener Geldinstitute unterhalten und daraus Vorteile gezogen zu haben.

Auch ist davon die Rede, er habe sich auf diesem Wege in einflußreiche CSU-Kreise eingeführt in der Hoffnung, nach einem Wahlsieg der CDU/CSU Präsident des Bundesaufsichtsamtes zu werden. Es besteht also auch die Möglichkeit, daß über individuelle Verfehlungen von Beamten das Vorliegen von Umwelt- und Wirtschaftsstraftaten vertuscht bzw. ihre Aufklärung erschwert wird.

Das „Anstandsgefühl aller billig und gerecht Denkenden“, das sonst bei jeder sich bietenden Gelegenheit herangezogen und so lange gedreht und gewendet wird, bis das gewünschte Ergebnis herbeigezaubert ist, ist im Bereich der Wirtschaftskriminalität ausnahmsweise ein zuverlässiger Indikator. Andererseits aber erklärt sich die häufig sehr rücksichtsvolle Behandlung von Wirtschaftsstraftätern daraus, daß sie im Grunde nur das tun, was den inneren Gesetzmäßigkeiten der in der Bundesrepublik bestehenden Wirtschaftsordnung entspricht.

A. S.

Leserbrief

Traurige Erfahrungen mit der „Neuen Heimat“

Mehrere Gewerkschaftszeitungen haben in den letzten Wochen die Kritik zurückgewiesen, die im „stern“ an der gewerkschaftseigenen Wohnungsbaugesellschaft „Neue Heimat“ geübt wurde. Unser Leser Hinrich Genth, Mieter einer Wohnung der „Neuen Heimat“, beschreibt im nachfolgenden Leserbrief die Erfahrungen, die er gemacht hat.

Die Neue Heimat ist ein gewerkschaftseigenes Unternehmen, hat bisher 500 000 Wohnungen gebaut, verwaltet davon 400 000 und läßt etwa 1 Million Menschen bei sich wohnen. Wohnt man bei der Neuen Heimat nun besser als in vergleichbaren Wohnungen, ist die Miete „sozial“? Die Neue Heimat kommt immer wieder ins Gerede, sei es wegen skandalöser Baumängel, wegen unsozialer Mieterhöhungen oder wegen städtebaulich fragwürdiger Betonburgen. Ist die Kritik nur aufgebaut, um den Gewerkschaften was am Zeug flicken zu können?

Tatsache ist, daß die Gewerkschaften mit 60 Millionen DM alleinige Gesellschafter der Neuen Heimat, Gemein-

Besser informiert durch NACHRICHTEN

nützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH, Hamburg, sind, daß etwa 4000 Baufirmen für die Neue Heimat arbeiten und die gesamte Unternehmensgruppe jährlich Umsätze in Milliardenhöhe macht. Nicht demontiert wurde auch der Artikel im „stern“, daß Vorstandsvorsitzender Albert Vietor bei seinem Jahresgehalt von 1 Million DM auch unter den Millionären im Tessin seine Villa hat.

Richtig ist, daß etwa 80 Prozent der Mietwohnungen bei der Neuen Heimat öffentlich gefördert sind, also „Sozialwohnungen“ heißen, und den entsprechenden Gesetzen und Gesetzmäßigkeiten unterliegen, wie natürlich auch die freien oder Eigentumswohnungen, wovon die Neue Heimat einen nicht unbeträchtlichen Anteil erbaut, den Gesetzen der freien Marktwirtschaft unterliegen.

Aus eigener Erfahrung – ich wohne seit 1972 in dem Neubauviertel Mümmel-

mannsberg im Osten Hamburgs bei der Neuen Heimat und bin in deren Mieterbeirat – weiß ich, daß sich anfangs jeder Mieter über den wahren Charakter der „Sozialmiete“ täuscht. Die Mieter, die häufig aus Bruchbuden oder Sanierungsgebieten in ihre erste anständige Wohnung mit Zentralheizung, Bad, WC, fließend heißem und kaltem Wasser und einer eingerichteten Küche ziehen, vertrauen auf den wohlfeilen Klang, der einer „Sozialwohnung“, der „gemeinnützigen“ und dazu noch „gewerkschaftseigenen“ Neuen Heimat anhält.

Mit einer Miete (einschließlich Heizung und Warmwasser) von 4,70 DM pro Quadratmeter begann es 1972. Heute beträgt sie 8,54 DM pro Quadratmeter. Das ist eine Steigerung der „Sozialmiete“ um 82 Prozent, während die allgemeine Statistik bei den Sozialmieten von 1970 bis 1980 eine Steigerung von 53 Prozent ausweist, womit die Sozialmieten auch noch über den Mietsteigerungen insgesamt liegen.

Keiner, der neu in eine Sozialwohnung einzieht, rechnet mit solch einer katastrophalen Entwicklung der Miete, wie sie ihm dann tatsächlich zugemutet wird. Zwar kündigen die Mietverträge des neueren sozialen Wohnungsbaus an, daß im Abstand von vier Jahren mit Mieterhöhungen von 0,60 DM bis 0,80 DM je Quadratmeter zu rechnen ist. Und das nimmt der Mieter gerade noch zähneknirschend hin, hat er doch die freie Wahl, entweder solch eine „Sozialwohnung“ oder eine „freie“ mit Quadratmetermieten von heute zwischen 15 DM und 20 DM zu nehmen.

„Wegfall der Anwendungsbeihilfen“ werden diese Mieterhöhungen im schönsten, keinesfalls erhellendem Beamtendeutsch getauft, weil die staatliche Förderung schrittweise wegfällt. Zu diesen bis zum Jahre 1995 vorprogrammierten Mieterhöhungen um insgesamt 50 Prozent werden neuerdings schon weitere bis übers Jahr 2000 hinaus mit bis dahin insgesamt 110 Prozent angekündigt. Aber mit diesen im Mietvertrag angekündigten Mieterhöhungen ist es nicht genug. Laufend,

mehrmals im Jahr, kommen „Mietänderungserklärungen“, die irgendwelche „Kosten“ – meist staatlich verursachte – „weiterreichen“ und fast doppelt so hoch sind wie die mietvertraglich angekündigten. Die computergefertigten Mietänderungserklärungen mit auszugswisen Zahlenkolonnen aus der Abrechnung für einen ganzen Wohnblock durchschaut kein Mieter. Um mit dem nötigen Sachverstand die gesamte Abrechnung anhand der Originalbelege zu überprüfen, bedarf es viel Energie und auch Zivilcourage gegen die Neue Heimat. Denn selbst wegen krasser Baumängel oder andauerndem Bauärm ist es ungeheuer schwierig, die berechtigten Mietminderungen durchzusetzen.

Die Heizkosten im sozialen Wohnungsbau, der meist über Fernheizungen versorgt wird, sind wie überall von den Multis bestimmt. Aber wenn ein kleiner Hausbesitzer mit öffentlich geförderten Wohnungen die Heizkosten kassiert, ist er selbstverständlich gesetzlich verpflichtet, auf Wunsch Originalbelege vorzuweisen. Wenn nun der Wohnungsbaukonzern Neue Heimat ein Fernheizwerk baut und von Esso oder einer anderen Firma es für viele tausend Wohnungen betreiben läßt, dann ist dieser „Dritte“ „nicht verpflichtet, dem Mieter über Gestehungskosten der Wärmeerstellung und -lieferung Rechnung zu legen“ – so die höchstrichterliche Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 6. Dezember 1978.

Es ist ganz offenkundig, daß die Neue Heimat nicht außerhalb der Entwicklung des sozialen Wohnungsbaus gesehen werden kann. Dieser liegt mit gerade noch 100 000 Wohnungsneubauten im Jahr gegenüber früher über 300 000 fast darnieder. Er wird nicht ausreichend finanziert, und die Sozialmieten werden zu Luxusmieten. Was tut die Neue Heimat dagegen, die ja gewerkschaftseigen ist? Sie kann sich sicherlich nicht den Gesetzmäßigkeiten dieses kapitalistischen Wirtschaftssystems völlig entziehen. Aber wie die Grundlage für gewerkschaftliche Erfolge die massenhafte Mobilisierung ihrer Mitglieder bei kämpferischen Aktionen ist, so könnte die Neue Heimat auch auf die Mieter bauen. Anstatt die Mieter, die sich in Mietergemeinschaften oder -vertretungen oder auch einzeln gegen Mißstände wehren, als Gegner zu betrachten, müßte die Neue Heimat zusammen mit ihnen gegen die unverantwortliche Preis- und Wohnungsbaupolitik der öffentlichen Hand zu Felde ziehen. Anstatt mit den dafür verantwortlichen Politikern und Parteien zu kungeln, müßte sie als Gewerkschaftsunternehmen zusammen mit dem DGB und dem Mieterbund öffentlich und deutlich für eine soziale Wohnungspolitik kämpfen. Die Neue Heimat fordert ihre Mieter zu einer Mieterdemonstration auf – noch klingt das paradox. Das müßte es aber für ein Gewerkschaftsunternehmen nicht sein.

Rentenanpassungsbericht 1980: Sozialrenten im Rückstand

Mehr als 12,4 Millionen Sozialrenten werden nach dem von der Bundesregierung vorgelegten Rentenanpassungsbericht 1980 von der gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt. Der weitaus größte Teil davon, 65,9 Prozent, entfällt auf die Arbeiterrentenversicherung, 28,4 Prozent auf die Angestelltenversicherung und 5,7 Prozent auf die knappschaftliche Rentenversicherung. Nach der letzten, zum 1. Januar dieses Jahres um vier Prozent erfolgten Anpassung beträgt in der Arbeiterrentenversicherung die durchschnittliche Höhe der Versichertenrenten 690,80 DM, die der Witwenrenten 581 DM, in der Angestelltenversicherung die Versichertenrenten 1054,20 DM, die der Witwenrenten 822,80 DM.

Die nur vierprozentige Anpassung bei einer jährlichen Preissteigerungsrate, die im Mai 6,1 Prozent erreichte, brachte also den Rentenbeziehern in der Arbeiterrentenversicherung im Durchschnitt bei den Versichertenrenten ganze 26,60 DM, bei den Witwenrenten 22,40 DM, in der Angestelltenversicherung bei den Versichertenrenten 40,60 DM, bei den Witwenrenten 31,70 DM mehr. Die letzte Rentenanpassung reichte damit vielen Rentnern noch nicht einmal aus, die im Jahre 1979 erfolgte Verteuerung ihrer Miet- und Heizkosten voll auszugleichen. Einen weit „angemesseneren“ Teuerungsausgleich haben sich jedoch kürzlich die niedersächsischen Landtagsabgeordneten bewilligt. Mit 8,5 Prozent erhöhten sie sich allein ihre Grunddiäten und um 550 DM im Monat ihre Aufwandskostenspauschale. Doch solche Vergleiche mit der Entwicklung anderer Bezüge und der Wirtschaft fehlen im Rentenanpassungsbericht.

In der Höhe der Sozialrenten gibt es jedoch eine sehr große Differenzierung. So erreichen von den etwas mehr als 7,7 Millionen Versichertenrenten der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten nur 209 100, das sind 2,7 Prozent aller Versichertenrenten, im Monat den Betrag von 2000 DM und mehr. Aber mehr als 5,7 Millionen, das sind 74,1 Prozent aller Versichertenrenten, liegen unter 1200 DM und damit unter dem Betrag von 1250 DM Mindestversorgung, auf die ein Beamter schon nach weniger als zehn Dienstjahren Anspruch hat.

Der weitaus größte Teil der kleinen Renten sind Frauenrenten. Von den mehr als 4 Millionen Versichertenrenten, die Frauen beziehen, liegen 95,8 Prozent unter 1200 DM, von den gut 3,6 Millionen Männerrenten 49,8 Prozent. Rund 2,86 Millionen, das sind 70,2 Prozent der Frauenrenten, erreichten noch nicht einmal 600 DM. Bei den Männerrenten sind das nur 520 400 (14,4 Prozent). Nimmt man die über 1,56 Millionen Witwenrenten hinzu, die keine 600 DM betragen, so zahlt die Rentenversi-

cherung der Arbeiter und Angestellten 4,94 Millionen, das sind 44 Prozent aller Versicherten- und Witwenrenten, weniger als 600 DM.

Trotz der seit 1959 erfolgenden dynamischen Anpassung sind die Sozialrenten der wirtschaftlichen Entwicklung nicht vorausgeeilt, bilden die Rentnerhaushalte nach wie vor das Schlußlicht in der Einkommensstatistik. Von ihrer „Übersorgung“ kann nicht die Rede sein. Mit der letzten Anpassung wurden die Sozialrenten gegenüber ihrem Niveau von 1957 um 411,8 Prozent erhöht. Das Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik (in jeweiligen Preisen) war 1979 schon um 544,5 Prozent größer als im Jahr 1957.

Unter Berücksichtigung aller Zusatz- und Nebeneinkommen lagen nach einem Bericht des DIW 1978 in den unteren Einkommensgruppen (netto) von den Rentnerhaushalten 49,8 Prozent, von den Haushalten beamtenrechtlicher Versorgungsempfänger 17,3 Prozent, von den Selbständigenhaushalten 0

Bundeskongreß der Jungsozialisten

Vom 30. Mai bis 1. Juni tagte bei Redaktionsschluß in Hannover der Bundeskongreß der Jungsozialisten. Trotz einiger Kritik an der Politik der sozialdemokratisch geführten Regierung sprach sich die Jugendorganisation der SPD mehrheitlich für eine uneingeschränkte Unterstützung der Partei bei den Bundestagswahlen aus. Kontrovers wurden grundsätzliche Thesen zur Gewerkschaftsarbeit diskutiert. Obwohl immer wieder in den Reden betont wurde, daß sich die Jungsozialisten stärker der arbeitenden Jugend zuwenden wollen, kam wenig an konkreten Vorschlägen zur Lösung der anstehenden Probleme. NACHRICHTEN werden in der nächsten Ausgabe ausführlich berichtet.

Prozent, in diesem Jahr erhält ein Arbeiter oder Angestellter mit Durchschnittsverdienst bei 40 Versicherungsjahren eine Sozialrente von 1095,70 DM. Die Abgeordneten des Landtages Baden-Württemberg haben schon nach 16 Jahren Abgeordnetentätigkeit ohne eigene Beitragsleistung ab Vollendung des 55. Lebensjahres Anspruch auf eine Pension von 9145 DM. Ein Arbeiter oder Angestellter mit Durchschnittsverdienst müßte 334 Jahre arbeiten und Beitrag zahlen, um eine Rente in dieser Höhe zu erreichen.

1978 sind nach dem neuen Rentenanpassungsbericht 570 255 Sozialrenten neu zugegangen. Das waren rund 52 000 Renten weniger als im Jahr zuvor. Nur 21,7 Prozent der Rentenneuzugänge 1978 waren Altersruhegelder ab 65. Lebensjahr, fast vier Fünftel also vorzeitige Renten. Fast die Hälfte, 47,2 Prozent der Rentenneuzugänge, waren Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit, 15,2 Prozent flexible Altersruhegelder. Der hohe Neuzugang an Renten vor Vollendung des 65. Lebensjahres dokumentiert erneut, wie inhuman für Arbeiter und Angestellte die Arbeitsbedingungen sind und wie berechtigt unter diesen Bedingungen die Forderung der Gewerkschaften nach Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze ist.

Während 1978 noch damit gerechnet wurde, daß die Reserven der Rentenversicherung Ende 1980 nur noch 8,9 Milliarden DM betragen würden, weist der Rentenanpassungsbericht 1980 für Ende 1979 noch Reserven von 16,4 Milliarden DM aus, und für 1980 wird erstmals wieder mit einem geringen Überschuß gerechnet. Seit Juni 1975 aber sind die damals 44,9 Milliarden DM tragenden Reserven der Rentenversicherung um weit mehr als die Hälfte abgebaut worden. Trotz dieser extrem ungünstigen finanziellen Entwicklung der Rentenversicherung hat der Anteil des Bundes an den Gesamtausgaben der Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten 1978 nur 14,7 Prozent gegenüber 30,9 Prozent 1957 betragen, und ist die 1973 zwangsweise und zinslos erfolgte Stundung der Zahlung von 2,5 Milliarden DM Bundeszuschüssen bis jetzt nicht aufgehoben worden. Erst in diesem Jahr und 1981 sollen diese seit 1973 der Rentenversicherung zustehenden 2,5 Milliarden DM in zwei gleich großen Raten eingelöst werden.

Die Zahlen des neuen Rentenanpassungsberichts bestätigen: Die Forderung der Rentnerverbände nach einem Teuerungsausgleich für Rentner, nach uneingeschränkter Rückkehr zur Bruttolohnanpassung der Renten schon ab Januar 1981 und nicht erst 1982 ist berechtigt und kann ohne Beitragserhöhung verwirklicht werden, wenn der Bund wieder einen größeren Anteil zur Finanzierung der Sozialrenten leistet.

Arthur Böpple

AUS DEM ARBEITS- UND SOZIALRECHT:

Mieterhöhungen und Umlagen

Der Kündigungsgrund, „daß der Vermieter an einer angemessenen wirtschaftlichen Verwertung gehindert ist“, spielt immer mehr bei dem Herausmodernisieren und Herausdrängen der Mieter aus Altbauwohnungen eine Rolle. Auch in diesen Fällen werden häufig juristisch unhaltbare Kündigungen ausgesprochen, die jedoch den Effekt haben, daß viele Mieter in Unkenntnis der Rechtslage die Wohnungen räumen.

Um das gesetzliche Verbot zu umgehen, daß eine Kündigung zum Zwecke der Mieterhöhung nicht möglich ist, schließen viele Vermieter befristete Mietverträge ab, die sie dann immer wieder für eine bestimmte Zeit verlängern. Bei diesen „Kettenmietverträgen“ werden dann jeweils neue Mietpreise festgesetzt. Dieses Verfahren funktioniert, weil die Mieter über die entsprechenden Schutzrechte so gut wie nicht aufgeklärt sind. Bei befristeten Mietverhältnissen kann der Mieter nämlich gem. § 556 b BGB spätestens zwei Monate vor Ablauf der Frist die Fortsetzung des Mietverhältnisses verlangen. In diesem Fall kann sich der Vermieter auf den Fristablauf nur dann berufen, wenn er ein berechtigtes Interesse, also einen Kündigungsgrund, hat.

In dem Gesetz zur Regelung der Miethöhe vom 18. Dezember 1974 ist geregelt, welche Schutzbestimmungen zugunsten der Mieter bei Mieterhöhungen gelten. Die Möglichkeit, die Miete zu erhöhen, sind in diesem Gesetz abschließend aufgezählt. Nach diesem Gesetz kann der Vermieter die Miete erhöhen, wenn er Modernisierungsmaßnahmen in den Wohnungen durchführt. Hier kann er 11 Prozent seiner Unkosten auf den Mieter umlegen (vgl. § 3 Miethöhegesetz). Auch bei Betriebskostensteigerungen und bei Zinserhöhungen sind unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen Mieterhöhungen möglich (vgl. § 4 und 5 Miethöhegesetz).

Liegen diese Sondertatbestände nicht vor, so muß der Vermieter, der die Miete erhöhen will, nach § 2 Miethöhegesetz die Zustimmung des Mieters zu der Mieterhöhung einholen. Voraussetzung einer wirksamen Mieterhöhungserklärung ist, daß der Mietzins ein Jahr unverändert ist und daß der Vermieter unter Hinweis auf den örtlichen Mietspiegel ein Sachverständigengutachten über die Benennung von Vergleichswohnungen nachweist, daß die bisher gezahlte Miete unter der örtlichen Vergleichsmiete liegt. Gibt er

eine derartige Erklärung ab, so besteht zugunsten des Mieters eine Überlegungsfrist bis zum Ablauf des übernächsten Monats. Stimmt der Mieter zu, so wird die Mieterhöhung zu Beginn des 4. Kalendermonats an wirksam. Stimmt der Mieter nicht zu, so ist der Vermieter gezwungen, die Gerichte anzurufen und die Zustimmung des Mieters zu ersetzen.

Die ganz überwiegende Mehrzahl der Mieterhöhungserklärungen mißachtet diese gesetzlichen Vorschriften. Alle Mieterhöhungen, die die Mieterhöhung einseitig dem Mieter aufdiktieren und die die Mieterhöhung nur in sehr allge-

meiner Form begründen (Steigerung der Lebenshaltungskosten etc.) sind rechtlich unbeachtlich. Vertragsklauseln, die den Vermieter berechtigen, „automatisch“ die Miete zu erhöhen, z. B. sogenannte Indexklauseln, sind ebenfalls nach § 10 Miethöhegesetz rechtlich unbeachtlich.

Diese Vorschriften gelten allerdings nur für den freifinanzierten Wohnungsbau. Im sozialen Wohnungsbau sind Mieterhöhungen mit einer weitaus kürzeren Frist möglich. Wenn die Mieterhöhungserklärung bis zum 15. eines Monats wirksam abgegeben wird, so wird die Mieterhöhung zum 1. des Monats wirksam. Auch rückwirkende Mieterhöhungen sind im sozialen Wohnungsbau unter bestimmten Bedingungen gesetzlich zugelassen. Im Gegensatz zum freifinanzierten Wohnungsbau werden die Mieterhöhungen im sozialen Wohnungsbau auch dann wirksam, wenn der Mieter ihnen nicht zugestimmt hat. Die wenigstens geringfügige Kontrolle durch die Gerichte ist nicht gegeben.

—n.

Verstärktes Engagement für Rüstungsbegrenzung

Unter Leitung ihres Vorsitzenden Reinhard Sommer war vom 18. bis 21. Mai eine Delegation der IG Metall im FDGB der DDR bei ihrer gleichnamigen Schwestergewerkschaft der Bundesrepublik zu Gast. Zum Abschluß des Besuches wurde eine gemeinsame Presseerklärung herausgegeben, in der die Notwendigkeit eines verstärkten Engagements für die Einstellung des Wettrüstens, für Rüstungsbegrenzung und kontrollierter Abrüstung betont wird. Nachfolgend veröffentlichten wir die Erklärung im Wortlaut:

„Auf Einladung des Vorstandes der IG Metall im Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) weilte eine Delegation des Zentralvorstandes der IG Metall des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) unter Leitung seines Vorsitzenden, Kollegen Reinhard Sommer, vom 18. bis 21. Mai 1980 in der Bundesrepublik Deutschland. Das Besuchsprogramm umfaßte Gespräche zwischen den beiden Vorständen, einen Empfang in der Ständigen Vertretung der DDR in Bonn, einen Gedankenaustausch mit dem Vorstand und dem Betriebsrat der Krupp Hüttenwerke AG sowie eine Begegnung mit dem Betriebsrat der DEMAG AG.

Die Delegation setzte den im März 1979 geführten Meinungsaustausch mit dem Vorstand der IG Metall unter Leitung ihres Ersten Vorsitzenden, Eugen Loderer, über Schwerpunkte gewerkschaftlicher Interessenvertretung in den unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen, über aktuelle internationale Fragen, über die Situation in der internationalen Gewerkschaftsbewegung so-

wie über die weitere Gestaltung der bilateralen Beziehungen fort.

Die Gespräche verliefen in einer offenen und sachlichen Atmosphäre, wobei auch auf die Darstellung kontroverser Standpunkte nicht verzichtet wurde. Beide Seiten bekräftigten trotz unterschiedlicher Beurteilung der Ursachen der gegenwärtigen weltpolitischen Spannungen, daß die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen beiden Vorständen einen gewerkschaftspolitischen Beitrag zur Fortsetzung des politischen Entspannungsprozesses leisten muß.

Geleitet von tiefer Sorge um die Gefährdung des Friedens und der bisherigen Ergebnisse der politischen Entspannung, ist in den Gesprächen die Verantwortung der Gewerkschaften und ihr verstärktes Engagement für die Einstellung des weltweiten Wettrüstens und Maßnahmen zur Rüstungsbegrenzung und kontrollierten Abrüstung betont worden. Beide Delegationen lasen sich davon leiten, daß es zur Poli-

tik der Entspannung durch konkrete Abrüstung keine vernünftige Alternative gibt.

Beide Seiten informierten einander über ihre Bemühungen im eigenen Lande und in ihren jeweiligen internationalen Organisationen um konkrete gewerkschaftliche Beiträge gegen das Wettrüsten. Die arbeitenden Menschen in der Bundesrepublik und in der DDR an der Nahtstelle zwischen Ost und West haben ein ausgeprägtes Anliegen, den gegenwärtigen Risiken für den Weltfrieden Einhalt zu gebieten. Sie wollen das Ihrige im Rahmen ihrer Möglichkeiten dazu beitragen, damit der Dialog zwischen den Verantwortlichen nicht unterbrochen wird und alle Bereiche der Rüstungsbegrenzung weiter im Gespräch bleiben. Dies entspricht den Intentionen der Schlußakte von Helsinki und ihrer Bedeutung für die Sicherheit und die Zusammenarbeit in Europa. Die Ergebnisse der Entspannungspolitik sind zu verteidigen und zu vertiefen.

In der Entwicklung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaften aus Ländern mit unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen wurden Fortschritte festgestellt. Beide Seiten kamen überein, ihre bilateralen Beziehungen auf den Erfahrungsaustausch zu konkreten Sachthemen in beiderseitigem Interesse auszuweiten. Positiv gewertet wurde der Gedankenaustausch zwischen den internationalen Gewerkschaftsorganisationen im Rahmen der ILO. Diese Möglichkeit sollte auch für den Bereich der Metallgewerkschaften geprüft werden.

Der Vorsitzende des Zentralvorstandes der IG Metall im FDGB, Kollege Reinhard Sommer, dankte für die erwiesene Gastfreundschaft und lud eine Delegation der IG Metall zu einem Besuch in der DDR ein. Die Einladung wurde dankend angenommen.

Rege Kontakte

Auf Einladung des DGB-Bundesvorstandes war Ende Mai eine Delegation der FDGB-Spitze unter Leitung des Präsidiumsmitglieds und Sekretärs Harald Bühl in der Bundesrepublik. Sie besuchte die Ruhrfestspiele. Bei einem Meinungsaustausch mit Heinz Oskar Vetter wurde die Notwendigkeit der Gewerkschaften betont, für die Erhaltung des Friedens und für die Fortsetzung der Entspannungspolitik einzutreten.

Kurz vor Erscheinen dieser Ausgabe – vom 9. bis 13. Juni – hatte auch die Gewerkschaft Textil-Bekleidung eine mehrköpfige Delegation der FDGB-Gewerkschaft Textil – Bekleidung – Leder zu Gast. Die Delegation wurde von der Ersten Vorsitzenden, Charlotte Bombal, geleitet. Neben Gesprächen standen u. a. auch Betriebsbesichtigungen in Düsseldorf und München im Programm.

Schwedens Unternehmer zum Rückzug gezwungen

Der umfangreichste Arbeitskampf, den es in Schweden je gab, ist Mitte Mai mit einem bedingten Erfolg der Gewerkschaften beendet worden. Unter der Wucht der gewerkschaftlichen Aktionen sah sich die bürgerlich-konservative Regierung Fälldin genötigt, den zentralen Unternehmerverband SAF zum Einlenken zu bewegen. Die vereinbarte Lohn- und Gehaltserhöhung liegt ebenso deutlich über der Leitlinie von Unternehmern und Regierung wie unter der Gewerkschaftsforderung.

Nach einem Ende April / Anfang Mai begonnenen Streik von rund 100 000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst und der Privatindustrie und einer gleichzeitig praktizierten Aussperrung von 800 000 Beschäftigten stimmten beide Seiten einem Kompromiß zu: Erhöhung der Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst um 7,3 Prozent und der Löhne in der Privatwirtschaft um 6,8 Prozent. Die Gewerkschaften hatten 11,3 Prozent in der privaten Wirtschaft und 12,5 Prozent im öffentlichen Dienst gefordert. Der jetzt erzielte Abschluß gilt bis zum Ende dieses Jahres.

In Schweden werden Lohn- und Gehaltstarifverträge in zentralen Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverband für alle Beschäftigten der staatlichen und privaten Verwaltungs- und Wirtschaftsbereiche vereinbart. Seit 1977 blieben die Lohn- und Gehaltserhöhungen jedesmal unter der Inflationsrate, so daß der Verlust an Kaufkraft bis Ende 1979 bereits 6 Prozent ausmachte. Um den Reallohnverlust zu stoppen, hatten die Gewerkschaften für die fälligen Verhandlungen Ende 1979 die zweistellige Forderung erhoben. Daneben sollten die Unternehmer 25 Öre (etwa 10 Pfennig) je Beschäftigten und Stunde in einen Fonds einzahlen, aus dem die Gewerkschaften regionale Lohnunterschiede ausgleichen. Man vereinbarte noch vor Beginn des eigentlichen Lohnkampfes 15 Öre.

Mit der Erklärung, erst müsse ein Ergebnis in der Privatwirtschaft vorliegen, weigerten sich die staatlichen und kommunalen Arbeitgeber, mit den Gewerkschaften in Verhandlungen zu treten. Statt dessen forderten sie die Verlängerung des Tarifabkommens von 1979, also Lohnstopp. Die Regierung verfügte im März einen bedingten Preisstopp und erwartete von den Gewerkschaften Zurückhaltung bei den Löhnen. Der Verband der Unternehmer beteiligte sich an dieser Regierungsstrategie mit der Erklärung, die Gewerkschaftsforderungen seien indiskutabel, weil die internationale Konkurrenz- und die Ertragslage der schwedischen Industrie zu schwach seien. Damit war der Verhandlungsweg zu Lohn- und Gehaltserhöhungen blockiert. Ganze 1,3 Prozent mehr hatte nach wochenlangem Hin und Her dann schließ-

lich der Unternehmerverband SAF geboten – eine glatte Provokation.

Die Streiks begannen Ende April im öffentlichen Dienst. In Schweden gibt es das Berufsbeamtentum nur auf höchster Verwaltungsebene; alle anderen Beschäftigten sind Arbeiter und Angestellte und verfügen über ein unbestrittenes Streikrecht. Streiks und Aussperrungen durch die Behörden erfaßten den Nahverkehr, Rundfunk und Fernsehen, die Post, das Gesundheitswesen, die Fähren und andere Bereiche, nachdem zuvor eine wochenlange Überstundenblockade durch die Gewerkschaften praktiziert worden war. In den letzten Apriltagen griffen die Arbeitsniederlegungen auf weite Bereiche der Privatindustrie über und nahmen einen generalstreikähnlichen Charakter an. Das gesamte Transportwesen und die Ölfinerien wurden lahmgelegt.

Der Konflikt eskalierte sich und wuchs durch die besondere Aggressivität des Unternehmerverbandes SAF in die politische Dimension. Als 100 000 streikten, wurden 800 000 ausgesperrt. Die Gewerkschaften antworteten mit der Stilllegung immer weiterer Branchen. Mit Blick auf die schwedischen Unternehmer sagte Eugen Loderer, der Vorsitzende der IG Metall in der Bundesrepublik, die Aussperrungspraxis in Schweden zeige, wie der rigorose Machtwille der Unternehmer eine ganze Volkswirtschaft gefährden könne und auf die Schwächung gewerkschaftlicher Gegenmacht gerichtet sei. Darum müsse Aussperrung verboten werden. Solidarisch zeigte sich die Delegiertenkonferenz des Landesbezirks Hessen der IG Druck und Papier, die spontan rund 1500 DM für die schwedischen Gewerkschafter spendete.

Die Regierung Fälldin, die mit jedem Kampftag mehr um ihr politisches Überleben bangte, drängte schließlich zum Kompromiß, der zwar nicht die Erfüllung der gewerkschaftlichen Forderungen brachte, aber den Sieg über Willkür von Unternehmern und Staat. Noch etwas ist bei diesem erbitterten Konflikt deutlich geworden: Einen „schwedischen Sozialismus“ hat es nie gegeben; die Kapitalherrschaft in diesem Lande ist nach 40 Jahren sozialdemokratischer Regierung (bis 1976) ungebrochen. G. S.

Strauß und die Gewerkschaften – Aufruf zur aktiven Gegenwehr

Frank Deppe u. a., Strauß und die Gewerkschaften, Texte, Materialien, Dokumente, Pahl-Rugenstein Verlag – aktuell –, Band 189. 213 Seiten, Preis 8,- DM, Köln 1980.

Franz Josef Strauß als Kanzler? Auch nach deutlichen Verlusten der CSU/CDU bei den letzten Landtagswahlen ist diese Gefahr nicht aus der Welt. Für die 7,8 Millionen Gewerkschafter und die vielen mit gewerkschaftlichen Zielen übereinstimmenden Menschen unseres Landes steht sicherlich die Frage der moralischen Bewertung dieses mit Skandalen geradestehenden Mannes. Vor allem aber interessiert die Auseinandersetzung mit den gesellschaftspolitischen Zielen der Gewerkschaftsbewegung, wie sie von Strauß und den ihn tragenden Kräften geführt wird.

Das vorliegende Buch von den Gewerkschaftern und Wissenschaftlern Frank Deppe, Detlef Hensche, Witich Roßmann und Mechtild Jansen verfaßt, gibt eine klare Antwort. In einem einleitenden Aufsatz „Franz Josef Strauß und die Gewerkschaften“ skizziert Detlef Hensche, Mitglied des geschäftsführenden Hauptvorstandes der IG Druck und Papier, die Position eines engagierten Gewerkschafters zu dem Bemühen von Strauß, die „Macht“ zu ergreifen. Er stellt die ökonomischen und politischen Voraussetzungen der Kandidatur dar, beschreibt Straußens Haltung zur Gewerkschaftsbewegung und fordert die Gewerkschafter auf, aktiv zu werden.

Der Marburger Politikprofessor Frank Deppe und sein Mitarbeiter Witich Roßmann analysieren in ihrem mehr wissenschaftlich gehaltenen Abschnitt „Gewerkschaftspluralismus und repressive Integration“ die „aktuellen, historischen und ideologischen Hintergründe“ der antigewerkschaftlichen Strategie von F. J. Strauß. Sie weisen nach, daß dieser in allen wichtigen Fragen entgegengesetzte Positionen zur Gewerkschaftsbewegung vertritt, daß sein gesellschafts- und gewerkschaftspolitisches Programm dem der Unternehmerverbände vergleichbar ist. Es wird deutlich, daß es das Bestreben von Strauß und der von ihm repräsentierten Kräfte ist, die Gewerkschaften kaltzustellen, zu spalten, zu schwächen, zu neutralisieren.

Zur Untermauerung der vorangegangenen Beweisführung, zum Nachschlagen und Nachlesen hat Mechtild Jansen im letzten Abschnitt des Buches ausführliches Material in einer Dokumentation zusammengetragen. Zugeschnitten auf die allgemeine Themenstellung der vorliegenden Arbeit finden sich program-

matische Reden und Aussprüche von Strauß und Gesinnungsgenossen sowie in einem abschließenden Teil Stellungnahmen führender Gewerkschafter gegen die Kandidatur von Strauß.

Der vorliegende Band ist zu Recht in der Reihe PRV-aktuell erschienen. Aktuell und fundiert nimmt er zur Herausforderung aller Gewerkschafter Stellung. Dabei bleiben einige Unzulänglichkeiten nicht aus, die in einer zweiten Ausgabe verbessert werden könnten. Neben einer Reihe von Druckfehlern könnte eine detailliertere Gliederung das Lesen erleichtern. Das Vermeiden einiger inhaltlicher Überschneidungen der Beiträge von Hensche sowie von Deppe/Roßmann, die gedankliche Straffung einiger Abschnitte und das stärkere Bemühen um allgemeinverständliche Sprache könnten u. a. den Wert der Arbeit noch erhöhen. a. p.

Weitere Bücher

Manfred Bosch, Der Kandidat, 14 Briefe an einen Jungwähler, der Strauß für wählbar hält, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1980, Band 175, 200 S., 9,80 DM.

Reinhard Kühnl, Die von F. J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus, 2. Aufl., Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1980, Band 167, 64 S., 5,- DM.

Jörg Goldberg/Bernd Semmler, Der starke Mann des Kapitals, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1980, Band 187, 180 S., 8,- DM.

IGM (Hrsg.), Franz Josef Strauß und die Einheitsgewerkschaft. Spalte und herrsche, Union-Druckerei und Verlagsanstalt GmbH, Frankfurt 1979, 112 S., 5,80 DM.

Bernt Engelmann, Das neue Schwarzbuch – Franz Josef Strauß, Kiepenheuer, Köln 1980, 223 S., 9,80 DM.

Klaus Staack, Einschlägige Worte des Kandidaten Strauß, Steidl Verlag, Göttingen 1979, 187 S., 5,- DM.

VERLAGSINTERNES

Nach wie vor erweist sich unser Buch „DGB – wohin?“ als ein Verkaufsschlager. Für uns ist es natürlich sehr interessant zu registrieren, daß in wachsendem Maße Bestellungen aus gewerkschaftlichen Kreisen eintreffen. Immerhin liefert die erste Stellungnahme von Prof. Dr. Frank Deppe zum Entwurf des Grundsatzprogramms und seine weitergehenden Ausführungen zu programmatischen Fragen der Gewerkschaftsbewegung Anregungen. Eine nicht unerhebliche Werbung für dieses Buch brachte möglicherweise auch die Auseinandersetzung des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter. Wie wir bereits in NACHRICHTEN 5/80 berichteten, wartet unsere Zeitschrift und unser Verlag vor, daß wir im Hinblick auf die Programmdiskussion den DGB – wie er meint – scheinheilig nach dem Wohin fragen. Nun, die Frage ist ganz ernst gemeint und die im Buch abgedruckten Reden und Dokumente aus der Gewerkschaftsbewegung selbst geben ja einige Hinweise für den weiteren Weg.

Wie bereits angekündigt, führen wir in dieser Ausgabe die Erörterung von Problemen, die sich aus dem DGB-Programm entwurf ergeben, fort. Wir möchten uns an dieser Stelle ausdrücklich dafür bedanken, daß uns aus den Verwaltungen und Kreisen so zahlreiche Änderungsanträge zum Programm entwurf zugesandt wurden. In der nächsten Ausgabe werden wir die Dokumentation dieser Anträge fortsetzen. Aufmerksam machen möchten wir besonders in der vorliegenden Ausgabe auf den Artikel von Walter Fabian, den langjährigen Chefredakteur der „Gewerkschaftlichen Monatshefte“ und ehemaligen Bundesvorsitzenden der Deutschen Journalisten-Union. Er setzt sich mit den Passagen des Programm entwurfs zu Friedenssicherung und Abrüstung auseinander und unterstützt Forderungen nach einem eigenständigen Programmabschnitt zu diesem Komplex. Dies wurde ja auch bereits von der Vertreterversammlung der Verwaltungsverwaltung Nürnberg der IG Metall befürwortet. Wir haben den Antrag ebenfalls in der Mai-Ausgabe veröffentlicht. Außerdem sei auch noch auf die Rede des Vorsitzenden der IG Druck und Papier, Leonhard Mahlein, verwiesen, die er auf dem Landesbezirkstag seiner Gewerkschaft in Frankfurt gehalten hat.

In Redaktion und Verlag machen wir uns Gedanken, wie wir den Aufwärtstrend in unserer Abonnentenbewegung weiter beschleunigen können. Uns ist klar, daß ein zentrales Element jeder Werbung die Qualität unserer Zeitschrift darstellt. Daher planen wir, mit der September-Ausgabe einen Fragebogen an unsere Leser zu versenden.

TERMINKALENDER

- **1. September**
Antikriegstag
- **5. bis 7. September**
Bundesjugendtreffen der Deutschen Postgewerkschaft in Weiterstadt (Hessen)
- **6. bis 13. September**
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Chemie-Papier-Keramik in Mannheim
- **8. bis 12. September**
11. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft der Eisenbahner Deutschlands in Westberlin
- **14. bis 20. September**
10. ordentlicher Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Wiesbaden
- **21. bis 27. September**
13. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Metall in Westberlin
- **12. bis 18. Oktober**
13. ordentlicher Gewerkschaftstag der Deutschen Postgewerkschaft in Westberlin
- **12. bis 18. Oktober**
12. ordentlicher Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier in Augsburg
- **31. Oktober bis 4. November**
Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft in Westberlin
- **24. bis 28. November**
12. Gewerkschaftskongreß der IG Bergbau und Energie in Aachen
- **6. bis 7. Dezember**
Bundesjugendkonferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Ludwigshafen
- **13. bis 14. Dezember**
Bundesfrauenkonferenz der Gewerkschaft Holz und Kunststoff in Ludwigshafen
- **31. Dezember**
Antragsschluß zum DGB-Programm-entwurf
- **12. bis 14. März 1981**
4. außerordentlicher DGB-Kongreß in Düsseldorf

D 347

Postvertrieb
Gebühr bez
NACHRICHT-
Verlags-Gm
Glauburgstr
Postf. 18 03
6000 Frank

0603650 0039 N1 13
FREIE UNIVERSITÄT B.
VORM. OTTO-SUHR-INSTITUT
IHNFSTR. 21

1000 BERLIN 33

Zu guter Letzt

Die Karawane zieht weiter

„Die Hunde kläffen, doch die Karawane zieht weiter.“ An dieses geflügelte Wort ist man erinnert, wenn man die politischen Vorgänge um die Moskauer Olympiade beobachtet. Die Boykotteure haben sich selbst ins Abseits gestellt.

Die Bundesregierung hat sich in ganz Europa als eifrigste Willensvollstreckerin der USA erwiesen, wie zuvor schon in der Frage des NATO-Langzeitprogramms zur Steigerung der Rüstungsausgaben, des sogenannten Nachrüstungsbeschlusses, des Iran-Boykotts und der Unterstützung des militärfaschistischen Regimes in der Türkei.

Zwar ist die Bundesregierung in der Europäischen Gemeinschaft (EG) mutterseelenallein mit ihrem dem Nationalen Olympischen Komitee abgezwungenen Boykottbeschuß, nicht aber in Europa überhaupt. Da ist einmal das reaktionärste Regime, das es gegenwärtig in Europa gibt, das auch boykottiert: die Türkei. Und dann sind da noch so bedeutende Sommersportnationen wie Liechtenstein und Monaco an der Seite Bonns.

Von edlen, hehren Zielen ist die Rede. Da wird die Solidarität mit den USA bemüht. Da werden die Menschenrechte beschworen, und da findet sich unser Land an der Seite solcher Staaten, die wie Chile, Paraguay, Argentinien, Pakistan, Indonesien, Philippinen, Saudi-Arabien, Thailand, El Salvador, Südkorea und Zaire die Menschenrechte ständig mit Füßen treten.

Die Sportler unseres Landes werden um die Mühen vieler Jahre betrogen und selbst die Fernsehzuschauer von diesem Weltreignis ausgeblendet. Viele Gewerkschaftsorganisationen unseres Landes haben ihre Stimme gegen den Olympiaboikott erhoben. Wo aber blieb der DGB-Bundesvorstand? Er schweigt sich aus. In der „Welt der Arbeit“ werden in einem Artikel „Immer wieder mußten die Besten zusehen“ die empörten Mitglieder beruhigt. Da sind doch die englischen Gewerkschaften aus anderem Holz geschnitzt. Sie bieten den Sportlern, die von der Regierung nicht finanziell unterstützt werden, Hilfe an. Aber darüber berichtet die „Welt der Arbeit“ nichts. G. H.

NACHRICHTEN

ZUR WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLITIK

Gewerkschaftsspiegel
Informationen und Kommentare

Herausgeber: Arthur Böpple, Bremen; Heinz Lukrawka, Dinslaken; Willi Malkomes, Frankfurt; Heinz Seeger, Friedrichshafen.

Verlags- und Redaktionsanschrift:
Postfach 18 03 72, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/Main; Tel. (06 11) 59 97 91; Konto-Nr. 1 615 6129 00 Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M.; Postscheckkonto: Frankfurt/Main 3050 40-606.

Die NACHRICHTEN erscheinen monatlich in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH mit vierteljährlicher Beilage „Informationen zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse“ (März, Juni, September, Dezember – nur für Abonnenten).

Einzelpreis 3,- DM; Jahresabonnement 30,- DM einschließlich Zustellgebühren. Das Jahresabonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, falls es nicht bis zum 30. November des laufenden Jahres schriftlich gekündigt wird.

Redaktionskollegium:

Gisela Mayer, Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.
Dr. Werner Petschick (verantwortlich für den Inhalt), Glauburgstraße 66, 6000 Frankfurt/M. 1.
Dr. Heinz Schäfer, Sterngasse 52, 6103 Griesheim.
Gerd Siebert, Burgstraße 4, 2411 Borstorf/Mölln.

Namentlich gezeichnete Artikel entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt besteht kein Ersatzanspruch. Nachdruck nur mit Quellenangabe, bei Interviews ist die Zustimmung des Gesprächspartners notwendig.

Redaktionsschluß 31. Mai

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 4040 Neuss.

NACHRICHTEN-Verlags-
Gesellschaft mbH
Frankfurt am Main

